

Peter Schäfer

Zwischen Kaiserreich und Ende der Weimarer Republik: Das politische Leben und Wirken des Nikolaus Osterroth



Nikolaus Osterroth, ca. 1919¹

¹ Das Foto ist zitiert nach: <https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:OsterrothNikolaus.jpg> (Zugriff: 25.2.2021) Es stammt aus: Büro des Reichstags (Hg.): Handbuch der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung, Weimar 1919, Berlin; unbekannter Fotograf, ©PD-§-134.

Inhaltsverzeichnis:

- 1. Tabellarischer Lebenslauf von Nikolaus Osterroth**
- 2. Einleitung:**
- 3. Kampf gegen die Widrigkeiten der Obrigkeit**
 - 3.1. Vom Messdiener zum Sozialdemokraten
 - 3.2. Lehrjahre als Sozialdemokrat und Gewerkschaftler im Saarland
 - 3.3. Neue Aufgaben im Kohlerevier Niederschlesien
 - 3.4. Vom „Radikalen“ zum „Revisionisten“ und Abschied aus Niederschlesien
 - 3.5. Osterroth im Ruhrgebiet und Kriegsbeginn 1914
- 4. Erster Weltkrieg und Ende der Kaiserzeit**
- 5. Weimarer Republik und das Ende der Demokratie**
 - 5.1. Nationalversammlung und erste Schritte der Demokratie
 - 5.2. Kapp-Lüttwitz-Putsch, Rote Ruharmee und die Schlacht bei Pelkum: Mittler Osterroth zwischen den Welten
 - 5.3. Enttäuschung nach der Reichstagswahl und neue Aufgaben Osterroths
 - 5.4. Preußischer Landtagsabgeordneter und Bergbaulobbyist
 - 5.5. Vorstandsmitglied und Sozialdirektor der Preußag
 - 5.6. Rauer Parlamentsalltag und Kampf gegen den Nationalsozialismus
- 6. Die zerstörte Demokratie und das Lebensende von Nikolaus Osterroth**
- 7. Schlussbetrachtungen und Fazit**
- 8. Quellenverzeichnis**

1. Tabellarischer Lebenslauf von Nikolaus Osterroth

| | |
|-----------|--|
| 02/1875 | Geburt am 16. Februar 1875 in Hettenleidelheim/ Rheinpfalz, katholisch |
| 1888 | Schulentlassung, Arbeit als Bergmann in einer Tonziegelfabrik, Mitglied des Katholischen Jünglingsvereins |
| 1895-97 | Soldat beim 18. Infanterieregiment Prinz-Ludwig-Ferdinand in Landau, Hornist, nach Ende der Militärzeit wieder Bergmann |
| 1899 | Heirat mit Elisabetha Humm |
| 1900 | Eintritt in die SPD, vorher schon Mitglied des Bergarbeiterverbands |
| 1902-03 | Maßregelung (Entlassung) durch die Tongrubenleitung wegen politischer und gewerkschaftlicher Arbeit, Handelstätigkeit, Lagerhalter des Konsumvereins in Hettenleidelheim, Handelstätigkeit im Saargebiet |
| 1904 | Sozialdemokratischer Parteisekretär für die Saarkreise, Delegierter zum SPD-Parteitag in Bremen, Gründung der Tageszeitung „Saarwacht“, gleichzeitig Redakteur |
| 08/1905 | Beginn einer fünfmonatigen Gefängnisstrafe wegen politischer Vergehen in der Strafanstalt Wittlich |
| 1907 | Reichstagskandidat für den Wahlkreis Ottweiler-St. Wendel im Saarland; Delegierter zur Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes |
| 12/1907 | Beginn der Tätigkeit als Arbeitssekretär in Waldenburg/ Schlesien |
| 1908-1911 | Leiter der Bildungsarbeit der SPD im Waldenburger Revier, mehrfache Gefängnis- oder Geldstrafe wegen politischer Vergehen und Majestätsbeleidigung, Gründung der Zeitung „Schlesische Bergwacht“ und einer Druckerei |
| 02/1912 | Beginn einer zweimonatigen Gefängnisstrafe wegen politischer Vergehen, im Gefängnis Verfassen seines Buches „Vom Beter zum Kämpfer“, ideologischer Wandel vom Radikalen zum Revisionisten |

- 1913 Verbüßung einer Gefängnisstrafe, anschließende Untersuchungshaft wegen Meineids-Verdachts, Freispruch am Schwurgericht Schweidnitz/Schlesien am 4.7.1913
- 08/1913 Beginn seiner Arbeit als Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes für den Bezirk Hamm/Westfalen
- 07/1914 Verhängung einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe wegen Kronprinzenbeleidigung, Amnestie zum Kriegsbeginn
- 01/1915 Einberufung als Landsturmmann
- 1917 Reklamation Osterroths durch den Bergarbeiterverband, ab 6.1.1917 Rückkehr als Bezirksleiter in Hamm
- 09/1918 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats für den Kreis Hamm-Soest
- 01/1919 Wahl zum Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung
- 11/1919 Beginn seiner Tätigkeit als Bergbaureferent im Reichswirtschaftsministerium und später auch im Reichsarbeitsministerium in Berlin
- 12/ 1919 Gründung der Tageszeitung „Der Hammer“, journalistische Tätigkeit auch für andere sozialdemokratische Zeitungen, z.B. „Vorwärts“ u.a.
- 1920 Aktivitäten im Bergarbeiterverband, Vermittlungsaktionen im Rahmen von Auseinandersetzungen der „Kapp-Putsch“-Beteiligten, keine Wiederwahl in den Reichstag wegen hoher Stimmenverluste
- 02/1921 Wahl zum Landtagsabgeordneten im Preußischen Landtag für den Wahlkreis Westfalen-Süd, Vorsitzender des Ausschusses für Handel und Gewerbe
- 01/1924 Sozialdirektor und Vorstandsmitglied der Preußag, Sitz Berlin
- 05/1924 Bis Ende 1926 Stadtverordneter in Werder/ Havel
- 05/1928 Wiederwahl in den Preußischen Landtag

Das politische Leben und Wirken des Nikolaus Osterroth

| | |
|---------|--|
| 1930 | Zunehmende Schwierigkeiten für die Preußag wegen der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, politische Besorgnis wegen des Aufstiegs der NSDAP |
| 1932 | Wichtige Reden Osterroths gegen den Nationalsozialismus |
| 04/1932 | Wiederwahl zum Landtagsabgeordneten |
| 03/1933 | Erneute Wahl zum Preußischen Landtag, Wiederwahl Osterroths, Verbot der KPD, daher Mehrheit der NSDAP im Preußischen Landtag |
| 04/1933 | Erklärung der Arbeitsunfähigkeit Osterroths „auf Jahr und Tag“ |
| 06/1933 | Verbot der SPD am 22.6.1933, Einzug der politischen Mandate |
| 09/1933 | Tod Nikolaus Osterroths im Kreis der Familie am 19.9.1933 in Werder/Havel ² |

² Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, VI. HA. Nachlass Osterroth: Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zum Leben Nikolaus Osterroths zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz. Weitere Dokumente, Gerichtsakten, Zeitungsseiten und Anderes ist unter Rep. 92 nummeriert.

2. Einleitung

Das Leben von Nikolaus Osterroth begann am 16. Februar 1875 in Hettenleidelheim in der Rheinpfalz, er verstarb am 9. September 1933 in Werder an der Havel. Es war ein relativ kurzes Leben, aber ein langer und steiniger Weg vom streng katholisch erzogenen Jungen bis zum Bergarbeiterführer und sozialdemokratischen Politiker auf Kommunal- und Reichsebene. Die tradierten Lebensweisen des familiären und dörflichen Umfeldes und das Eingebundensein in kirchliche Organisationen erwiesen sich als schwer überwindbare Barriere für eine persönliche Entwicklung von geistiger und kultureller Bildung.

So wuchs Nikolaus Osterroth in seinem pfälzischen Dorf auf, in einer verarmten Familie, stark geprägt durch Kirche, Schule und später durch den Militärdienst. Dieser Einfluss führte zum Wohlverhalten und zur Anpassung an den wilhelminischen Obrigkeitsstaat und vor allen Dingen zum Glauben an die Unfehlbarkeit seiner katholischen Kirche. Osterroth, der durch seine strenggläubige Stiefmutter erzogen wurde, schreibt dazu in seinem Buch „Vom Beter zum Kämpfer“:³

„Mit wahrem Fanatismus arbeitete sie an der religiösen Vervollkommnung des Vaters, der nun ganz unvermittelt sonntags dreimal in die Kirche ging, dort am lautesten mitsang und betete ... und fing auch an, bei mir die Grundlage zu einem christlichen Lebenswandel zu legen.“

Nikolaus Osterroth besuchte bis zum 13. Lebensjahr, also bis 1888, die Volksschule, um dann zunächst als Arbeiter in einer Tonziegelfabrik und später als Bergmann im Tonbergbau seiner Heimat zum Lebensunterhalt seiner Familie beizutragen. In diesem Buch „Vom Beter zum Kämpfer“, welches erstmals 1920 im Verlag der Buchhandlung Vorwärts in Berlin erschienen ist, hat Nikolaus Osterroth seine Erinnerungen an die frühe Kindheit bis zu den Anfängen der Arbeit in der Sozialdemokratischen Partei festgehalten.

Sein Weg bis dahin war gepflastert mit Anfeindungen aus der Familie und seiner Kirche sowie Freiheitsstrafen wegen sozialistischer Umtriebe, Beleidigung der Obrigkeit und anderer „Straftaten“ im Rahmen seiner politischen Tätigkeit. Osterroth teilte dieses Schicksal mit vielen anderen Arbeitern und Intellektuellen, die sich für Sozialismus, Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit einsetzten.

Aber wie kam es dazu, dass Nikolaus Osterroth sich zur Sozialdemokratie hinbegab, obwohl er aufgrund seiner festen Verwurzelung in der katholischen Kirche sich zunächst eher der Zentrumsparterie zugehörig fühlte und sich eine andere politische Sozialisation nicht vorstellen konnte? Der Frage soll im Rahmen dieser Arbeit nachgegangen werden.

³ Osterroth, Nikolaus: Vom Beter zum Kämpfer, Berlin, 1980, 2. Auflage, S.6.

Zunächst muss jedoch ein Blick auf die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Bedingungen im damaligen feudalistischen Kaiserreich mit der Klassengesellschaft geworfen werden.

Zwar wurden die bürgerlichen Bestrebungen nach Freiheit und Partizipation von 1830, 1832 und in der Revolution von 1848 von den deutschen Herrscherhäusern noch erfolgreich abgewehrt. Aber die gewaltigen Umwälzungen im wirtschaftlichen Bereich durch die Industrialisierung und die dadurch bedingten Verwerfungen im sozialen und kulturellen Kontext führten dazu, dass sich verschiedene politische Grundüberzeugungen herausbildeten und Teile der Bevölkerung entsprechend ideologisierten. Die nachstehende Tabelle⁴ gibt Aufschluss darüber, wie sich die Gesellschaft politisch entwickelte. Aus diesen Strömungen heraus wurden sukzessive die politischen Parteien gegründet, die nach ihrer Zielsetzung und Bandbreite politischer Vorstellungen hätten gegensätzlicher nicht sein können. Der Sozialismus geriet allerdings wegen seiner radikalen Forderung nach Demokratie oder proletarischer Diktatur in die Außenseiterrolle. Er wurde nicht nur von der Obrigkeit und beiden Kirchen, sondern auch von der staatstragenden Bürgerschicht zum Staatsfeind erklärt.

| Grundtendenzen: Ideologiebildung und Ideologisierung (1789-1914) | | | | |
|--|--|--|--|-----------------------------------|
| | Liberalismus | Konservatismus | Sozialismus | Ultramontanismus |
| Zentraler Wert | Freiheit | Ordnung | Brüderlichkeit | Seelenheil und Papsttreue |
| Religion | Trennung von Staat und Kirche | Bündnis von Thron und Altar | Trennung von Staat und Kirche | Freiheit der Kirche von Gängelung |
| Gesellschaft | Betonung des Individuums | Betonung der Autorität | Betonung der Gemeinschaft | Christliche Ständegesellschaft |
| Wirtschaft | Freie Konkurrenz | Privilegierung traditioneller Eliten | Jedem sein Teil | Christliches Solidaritätsprinzip |
| Politik | Konstitutionelle Monarchie oder Demokratie | Monarchie und Aristokratie | Demokratie oder proletarische Diktatur | Konstitutionelle Monarchie |
| Utopie | Klassenlose Bürgergesellschaft | Wiederherstellung der Ständegesellschaft | Gesellschaft von Gleichen | Katholische Ständegesellschaft |

Auch untereinander gerieten die Sozialisten immer mehr in Flügelkämpfe und stritten darüber, in welche politische und gesellschaftliche Richtung man sich bewegen sollte, in Richtung

⁴ Blaschke, Olaf: Tischvorlage zur Vorlesung an der WWU Münster WS 19/20, „Einführung in die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“, Übersicht 3, basierend auf Nonn, Christof: Das 19. Und 20. Jahrhundert, Paderborn 2007, S. 151.

parlamentarische Demokratie oder in Richtung Diktatur des Proletariats. Die staatliche Verfolgung der Sozialisten, Marxisten und anderer linker Gruppierungen ging unterdes weiter. Es gab im Deutschen Reich in der wilhelminischen Zeit kaum einen Funktionär oder eine politische Agitatorin dieser Gruppierungen, die nicht nach damaliger Rechtsprechung zu Freiheitsstrafen verurteilt wurde oder sonstige Repressalien über sich ergehen lassen musste. Das war vor, während und auch nach Aufhebung des Sozialistengesetzes der Fall, bis in die Zeit des Ersten Weltkrieges.

Auch Nikolaus Osterroth hat Verhaftungen und Verurteilungen wegen seiner „*demokratischen Umtriebe*“ erleiden müssen, obwohl er durchaus ein vaterlandsliebender Patriot und von dem Gedanken der Nationalen Einheit erfasst war. Unverdrossen ging er seiner politischen Tätigkeit als Mitglied der SPD seit 1900 nach, vorher war er bereits Mitglied des Bergarbeiterverbandes. Er erwarb sich immer mehr das Vertrauen der Parteimitglieder und des Bergarbeiterverbandes, so dass er nach einem Kriegseinsatz von 1915 bis 1916 von diesem Verband reklamiert wurde und wieder die Tätigkeit des Bezirksleiters in Hamm/Westfalen aufnahm, die er schon seit dem 8. Oktober 1913 innehatte.

Nach dem Ersten Weltkrieg und der Errichtung der ersten Demokratie in Deutschland wurde Nikolaus Osterroth zunächst am 9. November 1918 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates für den Kreis Hamm-Soest. Am 19. Januar 1919 wurde er zum Abgeordneten der Nationalversammlung in Weimar gewählt und war gleichzeitig Stadtverordneter in Hamm/Westfalen. Sein Leben und Wirken lassen sich sehr gut nachvollziehen. Seine weiteren Stationen des politischen Lebens sind sehr umfangreich und erstrecken sich über die Wahl in den preußischen Landtag, die Herausgeberschaft der Zeitung „Der Hammer“, seine Funktion als Sozialdirektor und Vorstandsmitglied der Preußag mit Sitz in Berlin und andere wichtige Ämter und Aufgaben.

In den politischen Wirren der Weimarer Zeit hat Nikolaus Osterroth leidenschaftlich für die Demokratie gekämpft. Zahlreiche Dokumente, Schriften und von ihm gesammelte Zeitungsberichte sind in seinem umfangreichen Nachlass im Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz über ihn einzusehen. Der Sohn von Nikolaus Osterroth, Franz Osterroth, Journalist, Gewerkschaftler, im NS-Deutschland Sozialdemokrat und Widerstandskämpfer, hat das Leben seines Vaters in der ausführlich kommentierten Materialsammlung: „Das Leben eines Bergarbeiterführers“⁵ festgehalten, offensichtlich die Grundlage für ein Buch, das Franz Osterroth jedoch nie veröffentlicht hat. Über seine Kindheit und Jugend hat Nikolaus Osterroth selbst geschrieben und seine Entwicklung in dem bereits erwähnten Buch: „Vom Beter zum Kämpfer“ dargestellt. Informationen über Nikolaus Osterroth befinden sich zwar auch im Ar-

⁵ Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, VI. HA. NL Osterroth, Nr. 1, o. D., unveröffentlichte Materialsammlung zum Leben Nikolaus Osterroths zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz. Dokumente, Zeitungsartikel und andere Schriftstücke haben die Signatur Rep 92 und eigene Nummern.

chiv der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Archiv der sozialen Demokratie, sowie in der Deutschen Nationalbibliothek und im Bundesarchiv, aber die umfangreichste Quelle über das Leben von Nikolaus Osterroth ist der Nachlass im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin. Wie der Nachlass von Nikolaus Osterroth in das Geheime Staats-Archiv Preußischer Kulturbesitz gelangt ist, lässt sich nicht mehr verifizieren. Eine plausible Erklärung könnte sein, dass der Sohn Franz nach dem Zweiten Weltkrieg den Nachlassbestand dorthin gegeben hat. Die Aufzeichnungen über seinen Vater hat Franz in der Emigration geschrieben, in die er 1934 kurz vor der anstehenden Verhaftung durch die Nationalsozialisten mit seiner Familie fliehen musste. Offensichtlich hat Nikolaus Osterroth sein Leben akribisch aufgezeichnet, sein Sohn Franz zitiert ihn in seinen Aufzeichnungen sehr oft, so dass Franz weniger eigene Erinnerungen bei der Abfassung zu Hilfe nehmen musste. Unabhängig von den Aufzeichnungen Franz Osterroths sind einige Publikationen über Nikolaus Osterroth erschienen, die sich auf einzelne Tätigkeiten und Reden in seiner Gewerkschaftstätigkeit beziehen, aber keine Biografie darstellen.⁶ Die hier vorliegende Arbeit soll eine kompakte Darstellung des Lebens und Wirkens Osterroths im Zusammenhang mit den wichtigsten Hintergründen der Zeitgeschichte in der Entwicklung zur Demokratie beschreiben.

Das Leben von Nikolaus Osterroth endete am 19. September 1933, er starb an einer schweren chronischen Erkrankung im Kreis seiner Familie im Alter von nur 58 Jahren. Die Trauerredner an seinem Sarg waren die in der Weimarer Zeit hoch angesehenen Sozialdemokraten Fritz Husemann sowie Dr. Theodor Haubach, der später in der NS-Zeit im KZ ermordet wurde. Dieses Schicksal musste Nikolaus Osterroth nicht erleiden. Sein Leben war für ihn ohnehin schon durch seinen leidenschaftlichen und unermüdlichen Einsatz für soziale Gerechtigkeit und Demokratie belastend genug gewesen. Osterroth schonte sich nicht, seine Frau und die Familie haben deshalb einige Opfer bringen müssen.⁷

Nikolaus Osterroths Leben und die deutsche Demokratiegeschichte vom Kaiserreich bis zur Zerstörung der Weimarer Republik sind eng miteinander verwoben und sollen in dieser Arbeit beleuchtet werden. Denn die Widerstände, gegen die ein überzeugter und engagierter Demokrat wie Osterroth sein Leben lang kämpfen musste, um seine politischen Überzeugungen zu verwirklichen, seine Erfolge und sein letztliches Scheitern veranschaulichen am Beispiel eines einzigen Lebens sehr plastisch, mit welchen Schwierigkeiten die Demokratie in Deutschland zu dieser Zeit insgesamt zu ringen hatte.

Osterroths politische und gewerkschaftliche Arbeit wird in drei Zeitabschnitten betrachtet: Der erste Abschnitt behandelt die Zeit als sozialdemokratischer Agitator und Gewerkschaftsfunktionär von 1890 bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1914. Abschnitt zwei beschreibt

⁶ Oschilewsky, Walther: Ein Mann vor Ort. Zum 100. Geburtstag von Nikolaus Osterroth, in: Die Neue Gesellschaft (1975), Nr. 22, S. 328-330.

⁷ GStAPK, VI. HA. NL Osterroth, Nr.: 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz.

die Zeit des Ersten Weltkriegs mit den politischen Richtungsänderungen der Sozialdemokratie bezüglich der Kriegsfinanzierung bis zum Waffenstillstand 1918. Im dritten Zeitabschnitt geht es um den schwierigen Beginn der Weimarer Demokratie mit der Entwicklung bis zum Ende 1933.

Der erste Abschnitt behandelt die Zeit, in der Osterroth erstmalig mit Sozialdemokraten in Berührung kommt und danach als sozialdemokratischer Agitator und Gewerkschaftsfunktionär von 1890 bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 tätig ist. Für den jungen Osterroth, der einen gewaltigen persönlichen und politischen Lern- und Entwicklungsprozess erfährt, drängen sich besonders die Fragen nach sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe an der Gesellschaft auf. Dabei steht im Fokus der Betrachtung der ständige Kampf mit der Obrigkeit und der etablierten Gesellschaft, die demokratische Bestrebungen ablehnen und behindern.

Der Erste Weltkrieg als zweiter Betrachtungsabschnitt, den Osterroth auch als Landsturmann in Polen erlebt, aber im Wesentlichen als Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes im Ruhrgebiet, stellt ihn persönlich und beruflich vor vielfältige Aufgaben und Probleme. Die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Krieges sowie der Zweifel an der politischen und militärischen Führung bestimmen sein Denken.

Auch im dritten Abschnitt, der Weimarer Zeit, kämpft Osterroth gegen verschiedene reaktionäre, aber auch gegen linksradikale Kräfte um die junge Demokratie. Trotz aller Bemühungen muss er erleben, wie diese erste deutsche Demokratie wieder zerstört wird.

3. Kampf gegen die Widrigkeiten der Obrigkeit

3.1 Vom Messdiener zum Sozialdemokraten

In seinem Buch „Vom Beter zum Kämpfer“ hat Nikolaus Osterroth ein Psychogramm seiner Entwicklung bis zum Jahr 1900 festgehalten, insofern wissen wir über diese Lebensphase von ihm mehr als über die Kindheit und Jugend der allermeisten seiner Zeitgenossen. Die Tatsache, dass sonst kaum Quellen zu Nikolaus Osterroths frühen Jahren existieren, erschwert jedoch die Deutung seiner Autobiographie. So können Details seiner Erinnerungen nicht überprüft werden und man weiß nicht, welche Begebenheiten in seine Erinnerungen einfließen und welche nicht. Klar ist jedoch, dass sein 1920 erschienenes Buch ein Appell an die ‚kleinen Leute‘ sein soll, sich aus ihrer Armut und ihrer Alltagsnot zu befreien sowie das bestehende Obrigkeitssystem zu hinterfragen und zu verändern. Osterroth hat seine Erinnerungen im Buch „Vom Beter zum Kämpfer“ während einer Gefängnisstrafe, die er wegen der Verteilung von Flugblättern vom 17. Februar bis zum 23. April 1912 verbüßen musste, festgehalten. Daher ist dieses Buch vor allem als Beleg dafür zu lesen, wie Osterroth als erwachsener Mann

seinen persönlichen und politischen Werdegang interpretiert und in seinem weiteren politischen Kampf eingesetzt hat. Das heißt aber nicht, dass die Schilderung seiner Kindheit und Jugend deswegen ‚falsch‘ oder erfunden wäre. Die reichlichen Konflikte im alltäglichen Existenzkampf, die er im Buch schildert, sind glaubwürdig und symptomatisch für große Teile der damaligen Bevölkerung. In der veröffentlichten Erinnerung und Darstellung des erwachsenen Politikers Nikolaus Osterroth, die im Folgenden wiedergegeben wird, erhalten sie jedoch eine Deutung, die erst im Rückblick möglich wurde und auch von den Lebensumständen Osterroths 1912 und 1920 beeinflusst ist.

Nikolaus Osterroth wurde am 16. Februar 1875 in Hettenleidelheim in der Rheinpfalz geboren. Seine Stiefmutter prägte ihn und seine Familie mit ihrer Herrschsüchtigkeit und ihrer bigotten Frömmigkeit, wie Osterroth in seinen Erinnerungen festgehalten hat.⁸ So wuchs Nikolaus Osterroth in einem kleinbürgerlich-katholischen, familiären und dörflichen Umfeld auf, in sehr ärmlichen Verhältnissen mit ständiger Existenznot. Als Osterroth in die Schule kam, achtete seine Mutter streng darauf, dass er auch wochentags die Messe besuchte, obwohl es für andere Kinder erst ab der vierten Klasse zweimal die Woche Pflicht war. Schon bald wurde er Messdiener, und seine Erste Kommunion erhielt er schon vor der Schulentlassung. Die vorzeitige Zulassung zur Kommunion durch den Herrn Pfarrer war für seine Mutter eine besondere „Gnade Gottes“, wie Osterroth schreibt.⁹ Der junge Nikolaus Osterroth war aber trotz der strengen Erziehung mit Rohrstock und anderen nach heutigem Verständnis unpädagogischen Strafen ein aufmerksamer Beobachter seines Lebensumfeldes und ihm entgingen die vielen Ungereimtheiten zwischen bigotter Frömmigkeit und hartem Kampf um die Existenz seiner Familie und vieler Mitmenschen nicht. Die immer deutlicher werdende Verarmung seiner Familie wegen der Krankheit seines Vaters zwang ihn dazu, mit dreizehn Jahren, unmittelbar nach Abschluss der Volksschule, also 1888, eine Tätigkeit in der nahegelegenen Ziegelei und in der Tongrube aufzunehmen.

Für 85 Pfennige Tagelohn, für die man 1890 z. B. ein Kilogramm Zucker und einen Liter Milch kaufen konnte, arbeitete er bei zehnstündiger Arbeitszeit zwischen zwei Pressen für Dachpfannen. Er legte nach eigenen Angaben am Tag 36 Kilometer Strecke zurück und hatte dabei 1.260 Zentner geformten Ziegelton transportiert.¹⁰ Ein Aufseher achtete mit unerbittlicher Härte auf jeden Handgriff und erlaubte keine Verschnaufpause. Osterroth erinnerte sich weiter: „In fünf Monaten hatte sie [die Maschine d. Verf.] aus einem frohen, helläugigen Kind einen sich nach Tod und Grabesruhe sehnenenden Greis gemacht.“¹¹ Auch eine andere Arbeit in dem Tonziegelwerk stellte sich als genauso schwer heraus und überforderte den dreizehnjährigen Osterroth körperlich vollkommen.

⁸ Osterroth, Beter, Vorwort von Schütz, Hans J., S. VIII.

⁹ Osterroth: Beter, S. 23.

¹⁰ Osterroth: Beter, S. 43.

¹¹ Osterroth: Beter, S. 44.

In seiner tiefen Verzweiflung wandte er sich an den Herrn Kaplan, der ihn mit den Worten tröstete, „dass die Arbeit der Fluch der sündenbeladenen Menschheit sei.“¹² Und weiter: „Man müsse das Joch, das Gott einem auferlege, mit christlicher Geduld tragen, dann werde der Fluch der Arbeit zum Segen.“¹³ Der Kaplan tröstete Osterroth noch mit einem anderen Zitat aus der biblischen Geschichte und ermahnte ihn, keinen Kontakt mit den protestantischen Kindern aus den Nachbardörfern, die auch in der Tonziegelfabrik arbeiteten, aufzunehmen. Osterroth wörtlich:

„da fühlte ich, daß nur die ketzerischen, lasterhaften Reden der „Lutherischen“ schuld waren an meiner Schwermut und an meiner Müdigkeit, und ich faßte den festen Vorsatz, wieder ganz fromm zu werden und jeder Versuchung des Teufels zur Faulheit und Unzufriedenheit mit einem Gebet zum heiligen Josef zu begegnen.“¹⁴

Aber die geistliche Erbauung des Dreizehnjährigen war nicht von Erfolg gekrönt. Osterroth brach während der schweren Arbeit zusammen und lag acht Wochen danach im Fieberwahn, bis er langsam wieder zu Kräften kam. Inzwischen kam ein anderer Junge, ein „Arbeitskollege“ von Osterroth, in der Tonziegelfabrik ums Leben, weil er von einem Aufzug, an dem Osterroth auch gearbeitet hatte, mitgerissen und an der Decke zermalmt wurde. Als ein Arbeiter sich beim Besitzer der Fabrik beschwerte, indem er sagte, dass seine Fabrik eine Militärbefreiungsanstalt und Knochenmühle sei, wurde er auf der Stelle entlassen. Ein Aufseher sagte dazu, dass der freche Kerl ein Sozialdemokrat sei.¹⁵

Nach der Genesungsphase musste Nikolaus Osterroth nicht mehr in die Tonziegelfabrik zurück, dafür half er seinem Vater, der als Metzger Hausschlachtungen vornahm und allerlei Gelegenheitsarbeiten durchführte. Das Einkommen der Familie reichte hinten und vorne nicht, und so wurde Osterroth, trotz schweren Herzens seines Vaters, Bergmann in einer der vielen Tongruben in der pfälzischen Heimat. Dort wurde in bergmännischer Abbauart Ton gewonnen für die Herstellung von Glas- und Porzellangeschirr. Osterroth berichtet, dass seine Mutter sich in ihrem „religiösen Betschwesternhochmut“ weit über die Bergarbeiterfamilien erhaben fühlte.¹⁶ Weiter beschreibt er ausführlich mit bergmännischen Kenntnissen den Tonabbau, von seinen Gefahren für die Bergleute, von den schweren, zum Teil tödlichen Unfällen und von der menschlichen Rohheit der Bergleute untereinander. Diese war bedingt durch das gnadenlose Lohnsystem des Grubenbesitzers, der die Aufseher nach der Abbau-menge bezahlte. Deshalb wurden die Bergleute rücksichtslos zur Arbeit angetrieben. Die Grubensicherheit wurde allerdings weitgehend vernachlässigt, obwohl eine staatliche Grubenaufsicht existierte.

¹² Osterroth: Beter, S. 45.

¹³ Osterroth: Beter, S. 46.

¹⁴ Osterroth: Beter, S. 46.

¹⁵ Osterroth: Beter, S. 47.

¹⁶ Osterroth: Beter, S. 58.

Der bergmännische Tonabbau geriet, aufgrund von mangelnder Nachfrage, immer mehr in eine Krise. Dieser Umstand veranlasste die Grubenherren, die Löhne zu kürzen und die Arbeitsleistungen heraufzuschrauben. Sozialpolitische und moralische Pflichten kannten sie nicht, erinnert sich der Sozialdemokrat Osterroth beim Verfassen seines Buches 1912, aber dafür errichtete man eine neue Kirche mit Pfarrhaus und war auch sonst mit Spenden an die Kirche großzügig. Die Arbeiter waren trotzdem friedlich, es sei denn, dass man bei Zechgelagen in Streit geriet, sich hinterher aber wieder einigte. Denn viele waren miteinander verwandt und gemeinsam lebte man unter dem Dach der Kirche.

In den 1890er Jahren kam jedoch Unruhe auf, als ein nach seiner Gesellenwanderschaft ins Dorf heimgekehrter Malergeselle die rauflustigen Bergleute beschimpfte und ihnen sagte, dass sie weder „Menschen“ noch „Christen“, sondern „Schweine“ seien.¹⁷ Weiterhin empfahl er sie als Studienobjekte für die Sozialdemokratie in Mannheim. Dieser Vorfall wurde in der Mannheimer „Volksstimme“ kritisch besprochen und die Zeitung wurde im Dorf flächendeckend verteilt. Nikolaus Osterroth in seinem Buch wörtlich:

„Das war ein Schlag! Kein einheimischer Arbeiter hatte je etwas von der Sozialdemokratie gewußt oder gar eine sozialdemokratische Zeitung gelesen. Jetzt kamen die Hetzer von Ludwigshafen und überschwemmt das Dorf mit Zeitungen! Und was das Nichtsnutzige war: sie sagten auch die Wahrheit, nicht allein den Grubenherren, sondern auch den Arbeitern. Das Allerschlimmste aber war: sie sagten selbst den Herren Geistlichen die Wahrheit und zwar so derb, daß die Leute einander verblüfft ansahen.“¹⁸

Natürlich ließ sich die Geistlichkeit solche Anwürfe nicht gefallen und in Predigten und Andachten in den katholischen Kirchen der umliegenden Gemeinden wurde zur „Rettung der unsterblichen Seelen aller Pfarrangehörigen und zur Bekehrung aller Irr- und Ungläubigen“ gebetet.¹⁹ Alle katholischen Männer und Jünglinge wurden von der Geistlichkeit dann zu einer wichtigen Zusammenkunft gerufen. Der Bürgermeister und die Geistlichen der Kirchengemeinde teilten der Versammlung mit, dass man jetzt im katholischen Bewusstsein zusammenstehen müsse, um ein Bollwerk gegen Freimaurer und Juden, Liberale und Ketzer zu bilden. „Der Kampf um die Jugend, der besonders von der religionsfeindlichen Sozialdemokratie mit aller Macht geführt werde, sei hell entbrannt.“²⁰ Die Geistlichen schlugen die Gründung eines katholischen Jünglingsvereins nach dem Vorbild Kolpings vor, „dem die ganze Jugend bis zur Verheiratung als Mitglieder und die verheirateten Männer als Ehrenmitglieder angehören müßten.“²¹

¹⁷ Osterroth: Beter, S. 65.

¹⁸ Osterroth: Beter, S. 65f.

¹⁹ Osterroth: Beter, S. 66.

²⁰ Osterroth: Beter, S. 67.

²¹ Osterroth: Beter, S. 68.

Dieser Verein wurde auch gleich gegründet und Aktivitäten besprochen. Es sollten kulturelle und politische Veranstaltungen stattfinden, unter anderem mit Zentrumspolitikern und Rednern von den Liberalen, aber auch mit sozialdemokratischen Referenten.

Weil er noch zu jung war, wurde Nikolaus Osterroth zunächst noch nicht in den Jünglingsverein aufgenommen, aber als er das Aufnahmealter erreicht hatte, wurde er Mitglied, sogar sehr aktiv. Zunächst lieferte er bei den geselligen Abenden humoristische Beiträge, nachdem man inzwischen die strenge und fromme Linie des Vereins etwas aufgelockert hatte, weil es vielen Mitgliedern auf die Dauer zu einseitig war. Es stellte sich heraus, dass Osterroth eine gewisse Redebegehung hatte. Sein Ehrgeiz, es anderen Rednern gleich zu tun, war ihm ein großes Verlangen. Anlässlich der Reichstagswahlen hatte der Zentrums-Kandidat Dr. Siben 1887 in Hettenleidelheim eine Rede gehalten, von der er begeistert war. Damit war bei dem damals 12-jährigen Osterroth der unbändige Willen nach Wissen und Bildung geweckt worden. Seine Lektüre als Jugendlicher wertete der erwachsene Osterroth folgendermaßen. Er habe Zeitschriften wie „Der katholische Volksfreund“ gelesen mit

„Predigten und Parlamentsreden des bekannten klerikalen Demagogen Anton Westermeyer, der neben seinem Abgeordnetenmandat auch die Kanzel der Liebfrauenkirche in München benutzte, um die ‚neue Zeit‘ mit ihren Errungenschaften totzureden.“²²

Er las aber nicht nur Schriften aus oder über die Katholische Kirche, sondern verschlang Geschichtsbücher über die Antike, das Mittelalter und die Neuzeit. Er hielt einen Vortrag über die Französische Revolution im Jünglingsverein, die den Kaplan sowie die Zuhörer sehr erstaunte. Sie beglückwünschten ihn zu seinem „glänzenden rednerischen Erstlingserfolg“.²³

Zu einer Veranstaltung im Jünglingsverein eingeladen wurde auch der Tapezierer Franz Josef Erhart aus Ludwigshafen mit dem Thema „Die Ziele der Sozialdemokratie“. Der Saal war gut gefüllt und die Zuhörer gespannt, was der „Sozi“ zu sagen hatte. Nikolaus Osterroth beschreibt in seinen Erinnerungen:

„Was geht uns die Sozialdemokratie an, hier gibt's ja, Gott sei Dank, keine, hatte der Bürgermeister bei der Anmeldung gesagt. Der Herr Kaplan hatte morgens in der Predigt darauf hingewiesen, daß am Nachmittag der Antichrist käme. Dazu müsse der Ruf beherzigt werden ‚Katholische Jünglinge und Männer, heraus zur Verteidigung eures Glaubens!‘“²⁴

Die Versammlung endete mit einem großen Tumult und der sozialdemokratische Redner wurde aus dem Saal geworfen. Einige Leute verließen jedoch mit dem Herausgeworfenen den

²² Osterroth: Beter, S. 74.

²³ Osterroth: Beter, S. 77.

²⁴ Osterroth: Beter, S. 70.

Saal und schworen „Stein und Bein“, von jetzt ab es mit den Sozialdemokraten zu halten. Osterroth gehörte jedoch zu diesem Zeitpunkt noch nicht dazu.

1895 wurde die harte Arbeit im Tonbergbau unterbrochen und Osterroth musste die dreijährige Dienstzeit beim Militär ableisten. Bei einem Manöver gegen Ende seiner Dienstzeit fiel ihm eine Zeitung in die Hand, in der mit Hohn und Spott eine preußische Kavallerieattacke heruntergemacht wurde, worüber er sich als bayerischer Soldat von Herzen freute. Die Zeitung hieß „Bayerisches Vaterland“ und ihr Redakteur und Herausgeber war der bekannte „Preußenfresser“ Dr. Johannes Siegl.²⁵ Osterroth schreibt wörtlich:

„Ich hatte nie etwas von dem Blättchen gehört, was auch gar nicht verwunderlich war, da ich ja nur den „Christlichen Pilger“, katholisches Sonntagsblatt für die Diözese Speyer, gelesen hatte und, abgesehen von Legenden der Heiligen, nur noch unter den Kirchenvätern Bescheid wußte. Und Dr. Siegl war weder ein Zentrumsheiliger noch ein bigotter Kirchenvater.“²⁶

Von der Zeit an war Osterroth die Lektüre des „Bayerisches Vaterland“ von enormer Bedeutung. Unabhängig davon, dass ihm die sarkastische Sprache über die verhasste Verpreußung Bayerns imponierte, war es etwas anderes, was sein Interesse weckte. Der Herausgeber und Redakteur Dr. Siegl war auch bayerischer Landtagsabgeordneter und nach weiterer Lektüre entdeckte Osterroth, dass Siegl gar nicht der Zentrumsparterie angehörte. Da stellte sich Osterroth die Frage, wie ein katholischer Abgeordneter nicht dem Zentrum angehören könne?

„Ja, das Zentrum ist doch ‚unsere heilige Religion‘? - [...] - Aber der verflixe Dr. Siegl konnte doch kein Ketzer sein! Nein, er war richtig katholisch und zählte sich zu den bayerischen Bauernbündlern, die alle stramm katholisch waren. Allmählich erholte ich mich von meinem Schrecken und sah nun mit Staunen, wie sich der Vorhang der politischen Bühne vor meinen Augen lüftete. Alles zeigte sich mir in anderem Licht. Die Zentrumsleute, das waren durchaus nicht die frommen, uneigennütigen Vorkämpfer des katholischen Volkes; nein, der katholische Dr. Siegl sagte, es seien politische Abenteurer, Streber, Heuchler, die zu jedem Volksverrat bereit seien und aus der Religion ein politisches Schachergeschäft machen.“²⁷

Nikolaus Osterroth war von der klaren, sarkastischen Sprache des Bauernbündlers Siegl begeistert und war nach wenigen Wochen von seiner bedingungslosen Hingabe zum Zentrum „kuriert“. Er hatte verstanden, dass man als Katholik nicht zwangsläufig für das Zentrum sein musste. „Die Politik wurde jetzt meine Welt“²⁸, so Osterroth. Anfang 1898 erlebte er nach

²⁵ Osterroth verwendet hier die Schreibweise ‚Siegl‘, richtig ist jedoch: Johannes Sigl.

²⁶ Osterroth: Beter, S. 112.

²⁷ Osterroth: Beter, S. 113f.

²⁸ Osterroth: Beter, S. 114.

eigenen Angaben etwas „Außerordentliches“. Der Sozialdemokrat von Vollmar hielt eine Rede im Rahmen der Debatte um den Bodenzins im Land Bayern. Nach dieser ging Dr. Siegl auf von Vollmar zu und beglückwünschte diesen für seine Ausführungen, so las es Osterroth im „Vaterland“.²⁹ Nach von Vollmar redete Dr. Siegl im bayerischen Landtag und attackierte mit scharfen Ausfällen das Zentrum und lobte den Sozialdemokraten von Vollmar als einen „durchaus ehrlichen und lauterer Politiker, den er sich immer von Herzen freue, anzuhören“.³⁰ Dazu Nikolaus Osterroth: „Ja, was war denn das wieder – ein ‚ehrlicher und lauterer Sozialdemokrat‘? Konnte denn auch ein Sozialdemokrat Recht haben?“³¹ Bisher hatte Osterroth den Zentrumsrednern und seinem Pfarrer geglaubt, dass die Sozialdemokratie abseits der „sittlichen Menschheit“ stand, als eine Art „Mittelding zwischen Mensch und Teufel“.³²

Nach seiner Militärzeit musste Osterroth sich wieder im Tonbergbau verdingen, der schon vor seiner Soldatenzeit Anfang der 1890iger Jahre in eine tiefe Krise geraten war. Durch harte betriebliche Maßnahmen versuchten die Tongrubeneigner die Rendite ihrer Betriebe wiederherzustellen. Man verlangte von den Arbeitern eine höhere Leistung, senkte die Akkordsätze und verbot ihnen, das Abfallholz aus der Grube für Brennzwecke mit nach Hause zu nehmen. Außerdem erließen die Grubeneigner eine strenge Arbeitsordnung mit einem raffinierten Strafsystem. Das Ganze reizte die Bergleute zum Widerstand.³³ Mangels einer gewerkschaftlichen oder einer betriebsratsähnlichen Vertretung, hofften die Bergleute bei ihrem Pfarrer Hilfe und Beistand zu bekommen, der als Mann Gottes den Arbeitgeber zur Rücknahme der harten Arbeitsbedingungen bewegen sollte. Der Pfarrer sagte ihnen jedoch:

„Die größte Tugend der Untergebenen sei demütiger Gehorsam. Herren und Knechte habe es immer gegeben, und Gott habe dem Herrn das Recht verliehen, seinem Knecht zu befehlen.“³⁴

Die Enttäuschung der ratsuchenden Bergleute und auch Osterroths über die Einstellung des Pfarrers war äußerst groß. Aber für Osterroth war nun unzweideutig klar, dass der Pfarrer sich auf die Seite der Grubenbesitzer und des Zentrums schlug. Hin und her gerissen zwischen Treue zur Kirche und den berechtigten Anliegen der Bergleute, schrieb er einen „geharnischten“ Brief an den Ortspfarrer, in dem er ihm die soziale und wirtschaftliche Lage der Bergleute beleuchtete.³⁵ Dieser Brief fand keine Erwiderung, sondern der Pfarrer prangerte in seiner nächsten Predigt die „Fallstricke des Teufels“ an und wetterte gegen die „kirchenfeindlichen“ Zeitungen.³⁶

²⁹ Osterroth: Beter, S. 115.

³⁰ Osterroth: Beter, S. 115.

³¹ Osterroth: Beter, S. 115

³² Osterroth: Beter, S. 115

³³ Osterroth: Beter, S. 118.

³⁴ Osterroth: Beter, S. 119.

³⁵ Osterroth: Beter, S. 120.

³⁶ Osterroth: Beter, S. 120.

Am letzten Aprilsonntag 1898 fiel Nikolaus Osterroth ein Flugblatt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in die Hand, welches an die Reichstagswähler adressiert war. Der Inhalt des Flugblattes war eine „Anklage“ gegen die Regierung und die bürgerlichen Parteien. Es folgte eine Auflistung über die unmäßig steigende Schuldenlast des Reiches und die in die Höhe getriebenen Rüstungsausgaben und weiter über die Ausplünderung der Volksmassen durch Zölle und Steuern. Außerdem prangerten die Autoren das Stocken der Sozialpolitik, das Elend und die Rechtlosigkeit der Arbeitermassen sowie die vom Kaiser angedrohte Zuchthausvorlage an, die das Vereinigungsrecht der Arbeiter vernichten sollte.³⁷ Osterroth wörtlich:

„Dann aber fand ich etwas Neues, was mich hinriß: das sozialdemokratische Flugblatt kritisierte nicht nur, es legte nicht nur den Finger in die schwärende Wunde und zeigte in dem Klassencharakter der Gesellschaft die Ursache des Übels – nein, es brachte auch eine Reihe höchst einleuchtender Vorschläge zur Abstellung dieser Schäden. Zahlreiche Forderungen zur Verbesserung der Lage des Volkes wurden an den Staat gestellt. Und dann wandte sich das Blatt in einem flammenden Appell an die Wähler, von dem allgemeinen Stimmrecht, dem höchsten Bürgerrecht, Gebrauch zu machen und damit an der volksfeindlichen Regierung und an den volksverräterischen Parteien Vergeltung zu üben.“³⁸

Nikolaus Osterroth begegnete den Verteilern des Flugblattes, einer Radfahrgruppe aus Ludwigshafen, und sprach mit ihnen über die Bestrebungen der Sozialdemokratie und von der Entwicklung der jungen Gewerkschaftsbewegung. Später las er das „Erfurter Programm“ der Sozialdemokraten und studierte Zeitungen und Broschüren.

Am 1. Mai 1898 gingen Osterroth und seine Bergleutekumpel nicht zur Arbeit, sondern hielten einen Mai-Umzug ab mit einer anschließenden Kundgebung, in der sie die neue Arbeitsordnung der Grubenherren ablehnten. Osterroth hielt eine zündende Rede und wurde danach stürmisch gefeiert. Er war nun vollends Sozialdemokrat geworden, und diese Tatsache rief den Zorn seiner Familie und natürlich auch den des Ortspfarrers hervor. So meint Osterroth:

„Ich erfuhr daher am eigenen Geiste, wie ernst es der Sozialdemokratie mit ihrem Programmsatz ist, der die Erklärung der Religion zur Privatsache fordert. Als ich mich überzeugt hatte, daß der Sozialismus mit meinen religiösen Vorstellungen nicht im Widerspruch stand, ging ich von dem Studium sozialistischer Literatur über zu philosophischen und naturwissenschaftlichen Werken. Das erste, was ich las, um Herr zu werden über meinen Zweifel, war: ‘Das Wesen der Religion’ von Ludwig Feuerbach.“³⁹

³⁷ Osterroth: Beter, S. 121.

³⁸ Osterroth: Beter, S. 121f.

³⁹ Osterroth: Beter, S. 133.

Ludwig Feuerbach, 1804 in Landshut als Sohn eines berühmten liberalen Strafrechtslehrers geboren, studiert zunächst Theologie, wandte sich aber dann unter dem Einfluss Hegels der Philosophie zu. Sein Humanismus und die ständige Beschäftigung mit den Naturwissenschaften führten ihn zur Religionskritik, schließlich zum entschiedenen Bruch mit der Religion als der Ideologie der herrschenden Klasse, aber auch mit dem Hegelschen Idealismus, in welchem er die ‚philosophische Schwester der Theologie‘ erkannte.⁴⁰ Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands, deren Mitglied er 1890 geworden war, machte sein Begräbnis zu ihrer bis dahin größten Massendemonstration.

Aber auch Feuerbachs Werke konnten die Zweifel Osterroths nicht ausräumen und nicht den Zwiespalt überbrücken, der sich für ihn zwischen seiner Kirche und der Sozialdemokratie auftrat.

„Wie wir uns auf dieser Erde am wohnlichsten einrichten, darüber gab mir der Sozialismus eine erschöpfende Antwort, aber die große Frage des ‚Woher und Wohin‘, des Weltenursprungs und des Weltzwecks, wurde von ihm nicht beantwortet,“⁴¹

so Osterroth. So wie ihm erging es vielen Arbeitern und Bürgern, die sich vom Untertanengeist des wilhelminischen Obrigkeitsstaates befreien wollten und für Freiheit sowie für demokratische und soziale Gerechtigkeit kämpften.

Bei allen Zweifeln, die Osterroth hegte, entschied er sich, hauptberuflich in der SPD und in der Freien Gewerkschaft zu arbeiten, weil er zutiefst davon überzeugt war, dass er nur hier seine demokratischen und sozialen Vorstellungen umsetzen konnte. 1900 trat er in die SPD ein. Als Autodidakt entwickelte er sich zu einem klugen und gebildeten Politiker und Bergarbeiterführer und genoss zu seiner Zeit im Reich hohes Ansehen.

3.2. Lehrjahre als Sozialdemokrat und Gewerkschaftler im Saarland

Bevor an weiteren Stationen des Lebens von Nikolaus Osterroth seine und allgemeine Bestrebungen nach Demokratie und sozialer Gerechtigkeit untersucht werden sollen, muss ein Blick auf die damaligen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland geworfen werden.

Das Kaiserreich (1871-1918) war ein autoritärer, nationalistischer und militaristischer Obrigkeitsstaat. Es gab allerdings Ambivalenzen, die hier wegen der Komplexität nicht im ganzen Kontext dargestellt werden können. Zu denken ist hier etwa daran, dass der Obrigkeitsstaat

⁴⁰ Engelmann, Bernt: Vorwärts und nicht vergessen, München 2/1988, 1. Auflage, S. 45.

⁴¹ Osterroth: Beter, S. 134.

in einem intensiven Spannungsverhältnis mit den sozialen Bewegungen und den neuen Parteien stand. Besonders die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften forderten den damaligen Staat und die Mehrheit der etablierten Bürgergesellschaften sehr heraus. Auch der politische Katholizismus und die liberalen Bestrebungen im Reich waren eine Herausforderung für Kaiser Wilhelm II. und die staatliche Gewalt, und wurden von diesen heftig attackiert. Andererseits wurden im Kaiserreich Sozialgesetze verabschiedet, die zwar bei Weitem nicht den sozialen Bedürfnissen der breiten Gesellschaft entsprachen, aber später den Einstieg in eine weiter gehende Sozialgesetzgebung bedeuteten. Die Verabschiedung dieser Sozialgesetze, die Reichskanzler Bismarck mit einer nach rechts verschobenen Mehrheit im Reichstag durchsetzte, war eine innenpolitische Finesse. Einerseits sollten der Sozialdemokratie Argumente des politischen Agierens genommen werden, andererseits erhoffte Bismarck damit das liberale Prinzip der Nichteinmischung des Staates in wirtschaftliche Angelegenheiten zerstören zu können. In dieser Nichteinmischung, das heißt der totalen Freiheit der Wirtschaft, sah Bismarck den Grund für die Entstehung der Sozialdemokratie. Dass der Staat durch entsprechende Gesetze sich für die Wohlfahrt seiner Bürger verantwortlich fühlte, war neu. Ähnliche Sozialgesetze wie in Deutschland wurden in anderen Industrieländern Europas erst viel später eingeführt.⁴²

Die Sozialdemokratie konnte sich trotz des Sozialistengesetzes vom 19. Oktober 1878 im Untergrund weiterentwickeln. Als das Gesetz am 25. Januar 1890 aufgehoben wurde, aber noch bis zum 30. September 1890 in Kraft blieb, waren sich die bürgerlichen Parteien darüber einig, dass die Politik der Verfolgung und Unterdrückung versagt hatte.

Dass bei den Reichstagswahlen vom 20. Februar 1890 die SPD 19,8 Prozent Stimmenanteil erringen würde, hat die hochgespannten Erwartungen des Zentralkomitees der Partei unter Bebel, Liebknecht, Singer, Grillberger und Meister noch übertroffen. Die nachstehende Tabelle zeigt die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1871 bis 1912. Trotz dieser politischen Wahlerfolge stellte August Bebel als Parteivorsitzender fest, dass die SPD für Staat und Gesellschaft ein Todfeind ist und traf damit die überwiegende Meinung in der Partei. Wochen nach dieser öffentlichen Feststellung Bebels bestätigte der Kaiser anlässlich einer Rekrutenvereidigung bei den Potsdamer Garderegimentern am 23. November 1891, dass die Sozialdemokraten „Staats- und Vaterlandsfeinde“ seien.⁴³ Dementsprechend wurde die SPD weiterhin in ihrer Arbeit von der Staatsmacht und den Großbürgern behindert, drangsaliert und juristisch verfolgt. An ihrem weiteren Erfolg änderte dies jedoch nichts. Bis zur letzten Reichstagswahl vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs konnte sie ihre Wahlerfolge stetig ausbauen und erhielt mit großem Abstand die meisten politischen Stimmen, 34,8 Prozent bei der Wahl 1912. Zugleich stieg die Wahlbeteiligung im gesamten Kaiserreich stetig an von 50,7 Prozent bei der ersten Reichstagswahl 1871 auf 84,5 Prozent 1912, ein Indiz für die zunehmende Politisierung der Bevölkerung.

⁴² Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2017, S. 77.

⁴³ Engelmann: Vorwärts, S. 218.

Tabelle: Ergebnisse der Reichstagswahlen 1871- 1912⁴⁴

(Anteil an den abgegebenen Stimmen in Prozent)

| Jahr | Natio- nallibe- rale | Linkslib- erale | Konser- vative | Zent- rum | Sozial- demo- kraten | Antise- miten | Sons- tige | Wahl- beteili- gung in % |
|------|----------------------------|--------------------|-------------------|--------------|----------------------------|------------------|---------------|-----------------------------------|
| 1871 | 30,1 | 9,3 | 23,0 | 18,6 | 3,2 | - | 15,8 | 50,7 |
| 1874 | 29,7 | 9,0 | 14,1 | 27,9 | 6,8 | - | 12,4 | 60,8 |
| 1877 | 27,2 | 8,5 | 17,6 | 24,8 | 9,1 | - | 10,1 | 60,3 |
| 1878 | 23,1 | 7,8 | 26,6 | 23,1 | 7,6 | - | 9,0 | 63,1 |
| 1881 | 14,7 | 23,1 | 23,7 | 23,2 | 6,1 | - | 9,1 | 56,1 |
| 1884 | 17,6 | 19,3 | 22,1 | 22,6 | 9,7 | - | 8,7 | 60,3 |
| 1887 | 22,3 | 14,1 | 25,0 | 20,1 | 10,1 | 0,2 | 8,2 | 77,2 |
| 1890 | 16,3 | 18,0 | 19,1 | 18,6 | 19,8 | 0,7 | 8,6 | 71,2 |
| 1893 | 13,0 | 14,8 | 19,3 | 19,1 | 23,4 | 3,5 | 7,7 | 72,2 |
| 1898 | 12,5 | 11,1 | 15,5 | 18,8 | 27,2 | 3,3 | 10,6 | 67,7 |
| 1903 | 13,9 | 9,3 | 13,5 | 19,8 | 31,7 | 2,6 | 9,5 | 75,3 |
| 1907 | 14,5 | 10,9 | 13,6 | 19,4 | 28,9 | 3,9 | 8,8 | 84,3 |
| 1912 | 13,6 | 12,3 | 12,2 | 16,4 | 34,8 | 2,9 | 7,7 | 84,5 |

Die wirtschaftliche Situation im Reich um 1900 kann an dieser Stelle auch nur in stark verkürzter Form betrachtet werden. Das Kaiserreich erlebte eine stürmische Entwicklung der Wirtschaft. Der technische Fortschritt ließ die Industrieproduktion exorbitant wachsen, sodass die Wachstumsraten das Vielfache dessen betragen, was andere Länder in Europa verzeichnen konnten. Arbeitsproduktivität und Qualität der deutschen Industrieerzeugnisse waren weltweit beispielhaft. Diese wirtschaftliche und industrielle Entwicklung brachte allerdings erhebliche Strukturveränderungen mit sich. Der Bedarf an Arbeitskräften in der Industrie war enorm. Besonders der Bergbau und die Schwerindustrie expandierten. Die Stadtbevölkerung wuchs sehr schnell an. Die Einwohnerzahl von Duisburg nahm beispielsweise zwischen 1875 und 1910 von 37.000 auf 229.000 zu und die von Essen stieg von 54.000 auf 294.000.⁴⁵ Entsprechend groß war die Wohnungsnot. Die Masse der Arbeiter wohnte in ungesunden, viel

⁴⁴ Hohorst, Gerd u. a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. BD. 2. 1870- 1914. München, 2. Durchgesehene Auflage 1978. S. 173- 176.

⁴⁵ Herbert: Geschichte Deutschlands, S. 35ff.

zu kleinen Behausungen, zum Teil in Gemeinschaftsunterkünften ohne Heizung und Wasseranschluss. Aufgrund der Wohnungsknappheit stiegen die Mietpreise unaufhörlich und beanspruchten mehr als ein Viertel des Arbeitslohns. Es kann nicht verwundern, dass in diesen Verhältnissen die Verelendung vieler Familien wuchs. Sicherlich hatte sich die Industriearbeiterschaft wesentliche Verbesserungen der Arbeitslöhne und der Arbeitsbedingungen erkämpft, aber der überwiegende Teil der Arbeiter hatte eine 60-Stunden-Woche zu leisten. Nur in den seltensten Fällen gab es bezahlten Urlaub, und die Steigerung der Produktivität ging zu Lasten des Arbeitsschutzes. Das führte oft zum Raubbau an der Gesundheit der Arbeitnehmer, zu schweren Unfällen und war nicht selten verbunden mit Frühinvalidität. Das Recht der Arbeitnehmer, ihre Lage zur Verbesserung der Löhne und des Arbeitsschutzes durch Streik zu erkämpfen, war sehr eingeschränkt. Die Mitgliedschaft der Arbeiter in der freien Gewerkschaft oder gar das Bekenntnis zur Sozialdemokratie wurde durch viele Arbeitgeber verboten und führte für die Arbeitnehmer zu Sanktionen und oft auch zum Verlust des Arbeitsplatzes. Wie sehr sich die Staatsmacht und die Arbeitgeber in diesen Maßnahmen einig waren, lässt sich aus Aufzeichnungen des Reichskanzlers Bernhard von Bülow entnehmen, der im Oktober 1900 ernannt worden war. Sinngemäß schreibt er: Nachdem Kaiser Wilhelm II. von Arbeiterunruhen im Herbst 1899 in Augsburg berichtet wurde, erklärte dieser:

„Die Regierung muß handeln, sonst geht alles verloren. Ehe nicht die sozialdemokratischen Führer durch Soldaten aus dem Reichstag herausgeholt und füsiliert sind, ist keine Besserung zu erhoffen. Wir brauchen ein Gesetz, wonach es genügt, Sozialdemokrat zu sein, um nach den Karolinen⁴⁶ verbannt zu werden.“⁴⁷

Die Reichsregierung legte im Frühjahr 1899 Gesetzentwürfe „zum Schutz der nationalen Arbeit“ vor. Mit diesem Gesetz sollte das Streik- und Koalitionsrecht außer Kraft gesetzt werden und Streikführer und -posten mit Zuchthausstrafen bedroht werden. Diese sogenannte „Zuchthausvorlage“ war von den Großunternehmen, an der Spitze die Firma Krupp in Essen, propagiert worden. Die Gesetzesvorlage stieß nicht nur bei den Sozialdemokraten auf entschiedenen Widerstand, sondern auch bei den bürgerlichen Parteien und wurde im November 1899 von der Reichstagsmehrheit verworfen.⁴⁸

In diesem beschriebenen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Spannungsfeld wurde nun Nikolaus Osterroth 1898 Akteur in der Freien Gewerkschaftsbewegung und 1900 Mitglied der SPD. Nach seiner schon erwähnten Mairrede, die auch die Ludwigshafener SPD-Genossen „verwunderte und erfreute“⁴⁹, wurde er beauftragt, die Verbindung zur Berufsgewerkschaft der Bergarbeiter herzustellen und die sozialdemokratische „Pfälzer Post“ im Ort einzuführen.

⁴⁶ Inselgruppe im Pazifischen Ozean, ab 1899 Deutsche Kolonie.

⁴⁷ Fürst von Bülow, Bernhard: Denkwürdigkeiten, Berlin 1930, Band 1, S. 349, zit. nach Engelmann: Vorwärts, S. 235.

⁴⁸ Engelmann: Vorwärts, S. 235.

⁴⁹ GStAPK: NL Osterroth: Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 7, 8.

Nach der Verbindungsaufnahme zur Gewerkschaft erschien auch ein Mitarbeiter und warb sehr schnell 140 neue Mitglieder. Die „Pfälzer Post“ berichtete kritisch über die Verhältnisse in der Hettenleidelheimer Tongrube und zählte bald 100 Abonnenten. Sechs Wochen nach der zitierten Maifeier fanden Reichstagswahlen statt und der sozialdemokratische Kandidat errang die Hälfte der in Hettenleidelheim abgegebenen Stimmen. Das Aufbegehren der Bergleute zeigte Wirkung. Die Tongrubenbesitzer zogen die vorgesehenen Lohnminderungspläne und die neue Arbeitsordnung zurück.⁵⁰ Ein erster politischer Erfolg Osterroths und seiner Mitkämpfer.

Nachdem die Geistlichkeit sich von der Verblüffung über die aufbegehrenden Bergleute, die ihre Gläubigen waren, erholt hatte, versuchte sie die „rote Gefahr“ zu bannen. Durch Vorträge mit dem Thema: „Die Religionsfeindlichkeit der Sozialdemokratie“ und in Predigten, sogar im Beichtstuhl, versuchte die Katholische Kirche ihre Gläubigen von der Sozialdemokratie und den Freien Gewerkschaften fernzuhalten. Die Gründung einer Zahlstelle des „Christlichen Gewerkvereins“ der Bergleute erwies sich als erfolglos.⁵¹ Die Beeinflussung durch die frommen Frauen führte allerdings dazu, dass sich ihre sozialdemokratischen Männer großen Vorwürfen ausgesetzt sahen. Nikolaus Osterroth wurde von seiner Stiefmutter heftig attackiert, indem sie versuchte, seine sozialdemokratischen Schriften und Bücher zu vernichten. Sein Vater erhielt vom Pfarrer die Aufforderung seinem Sohn das Haus zu verbieten. Dies wies der Vater aber strikt zurück.⁵²

Nikolaus Osterroth setzte unbeirrt seine Arbeit in der SPD fort. Franz Josef Erhart und Heinrich Dikreiter waren zwei SPD-Führer, die Osterroth als Lehrmeister dienten. Erhart war der herrschende Kopf der pfälzischen Sozialdemokratie und Dikreiter Redakteur der „Pfälzischen Post“. Beide übten auf Osterroth laut der unveröffentlichten Materialsammlung seines Sohnes Franz nachhaltigen Einfluss aus, Erhart mit seinem Tatendrang und seiner pfälzischen Wesensart und Dikreiter mit seinem Einwirken auf Osterroths geistige und charakterliche Bildung.⁵³ Die Artikel und Berichte, die Osterroth über Hettenleidelheim für die „Pfälzische Post“ schrieb, fanden bei Dikreiter große Anerkennung. Das Angebot, Mitarbeiter bei der Zeitung zu werden, nahm Osterroth „ohne langes Bedenken“ freudig an. In seinen Artikeln prangerte er die Zustände in der heimischen Tongrube schonungslos an. Einerseits ging es gegen den ausbeuterischen Unternehmer, andererseits griff er die Gewerbeaufsicht wegen der man-

⁵⁰ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 8.

⁵¹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 8.

⁵² GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 10.

⁵³ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 10.

gelnden Beaufsichtigung scharf an. Diese ahndete die Verletzungen der Unfallverhütungsvorschriften durch das Unternehmen nicht, es blieb also straflos.⁵⁴ Durch die Berichterstattung wurde die Unfallversicherung auf den Plan gerufen und stufte die Tongrube als besonders revisionsbedürftig ein.

Dass der Unternehmer die Angriffe von Osterroth nicht klaglos hinnahm, lag auf der Hand. Er wurde wegen seiner politischen und gewerkschaftlichen Betätigung als Bergmann der Tongrube entlassen. Da die Einkünfte aus der Mitarbeit bei der „Pfälzischen Post“ nicht ausreichend waren, betätigte Osterroth sich als Mitarbeiter beim „Verteilungsverein Hettenleidenheim“ und wurde dann Geschäftsführer und Lagerhalter dieser genossenschaftlichen Verkaufsstelle. In jeder freien Minute beschäftigte sich Osterroth mit dem Studium politischer, volkswirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Literatur und führte den Betrieb leider nicht mit Erfolg. Die Verkaufsstelle musste schließen und Osterroth suchte nach einer anderen Quelle des Broterwerbs.

Inzwischen hatte er geheiratet und war Vater eines Sohnes, Franz, der 1900 geboren wurde. Osterroth betätigte sich im Hausierhandel, weil sein Bruder damit gute Geschäfte machte. Nicht so Osterroth, er war eben kein guter Verkäufer. Im Gegensatz zu seiner Frau, die inzwischen auch in diesem Gewerbe erfolgreicher tätig war, um so die Familie zu ernähren. Während dieser Hausiererzeit und kurzfristiger Arbeit in der Tongrube war Osterroth ständig für seine SPD und die Bergarbeitergewerkschaft tätig.

So konnte er sehr umfänglich während seiner Erwerbstätigkeit als reisender Händler oder Hausierer, wie es damals im Sprachgebrauch hieß, die Lebensumstände der Menschen beobachten. Im Jahr 1902, als Nikolaus Osterroth seinen Aufenthaltsort im Saarland nahm und dort zunächst als reisender Händler weiter arbeitete, hatte dieses zwei Spitznamen: „Königreich Stumm“ besagte, dass der Wille des Freiherrn von Stumm der Neunkirchener Hüttenwerke bestimmend war. Der Unternehmer, ein Freund Kaiser Wilhelm II., nahm für sich in Anspruch, Herr über seine Arbeiter zu sein, und verlangte von ihnen absoluten Gehorsam. Den anderen Spitznamen für das Saarland, „Saarabien“, prägte der national-soziale Pfarrer Friedrich Naumann und meinte damit die rassistisch als „arabisch“ bezeichneten Zustände, die von dem System der Knebelung und Bevormundung der Arbeiter durch die Gruben- und Hüttenbesitzer und ihren Helfern ausging. Hüttenwerke und der Bergbau prägten das Saarland, sie bildeten den Schwerpunkt der Wirtschaft und des sozialen Lebens. Rund 16.000 bis 17.000 Arbeiter schufteten in den Hüttenwerken und ungefähr 45.000 in den Kohlegruben. Die letzteren waren überwiegend im Besitz des preußischen Staates.

⁵⁴ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 10.

Über die Arbeitszeit hinaus bestimmten die Eigentümer der Fabriken das Leben ihrer Arbeiter. Nach der Reichsgründung 1871 hatte es zaghafte Versuche gegeben, sozialistische Wege einzuleiten, die aber umgehend von den Hütten- und Bergverwaltungen bekämpft wurden. Von diesen Institutionen wurde ein „Verein zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Bewegung“ gegründet, der am 6. Juli 1877 beschloss:

„Es sollen keine Arbeiter auf den Werken geduldet werden, welche sich an der sozialdemokratischen Agitation direkt oder indirekt beteiligen, insbesondere sozialdemokratische Blätter lesen, an sozialdemokratischen Versammlungen oder Vereinen teilnehmen, Wirtschaftshäuser frequentieren, in welchen sozialdemokratische Versammlungen abgehalten werden oder Blätter dieser Richtung ausliegen. Arbeiter, welche in Ausführung dieses Beschlusses entlassen werden, sollen auf keinem anderen Werke Aufnahme finden.“⁵⁵

Soweit der Beschluss dieses Vereins. Jeder Arbeiter musste sich mit seiner Unterschrift zu diesen Anordnungen verpflichten.

Im Reichstag in Berlin prallten die Vorwürfe der SPD wegen dieser entrechtenden Vereinsbestimmungen bei dem Freiherrn von Stumm ab, der für den Wahlkreis Ottweiler-St. Wendel von 1871 bis 1901 mit Unterbrechungen für die Freikonservative Partei im Reichstag saß. In provozierender Weise begründete von Stumm die Entrechtung der Saararbeiter. Der preußische Handelsminister war peinlich berührt und veranlasste den Austritt der ihm unterstellten staatlichen Bergverwaltungen des Saarlandes aus dem Verein. Von Stumm kämpfte nicht nur gegen sozialistische Bestrebungen, sondern auch gegen jede Initiative, die Arbeiter in geselligen Vereinen zusammenführte, sogar gegen harmlose katholische Turn- und Geselligkeitsvereine. Um seinen Wahlkreis zu verteidigen, verbot er dem Wirt des katholischen Vereinsheimes, seinen Saal dem Zentrums kandidaten für eine Wahlkampfveranstaltung zur Verfügung zu stellen. Ein anderer Höhepunkt der Willkür des Herrn von Stumm bestand darin, mit Hilfe der Bergverwaltung einen Rechtsschutzverein zu zerschlagen, der ausschließlich von katholischen und kaisertreuen Personen gegründet worden war. Hinter jeder Interessenvertretung für die Bergleute und Hüttenarbeiter sahen von Stumm und auch die Bergbehörde einen Angriff auf die bestehende Ordnung. Den Arbeitern wurde ihre Entlassung angedroht, sollten sie dem Rechtsschutzverein beitreten.

Obwohl es sich bei diesem Rechtsschutzverein um eine konservative katholische Organisation handelte, die von der Bergbehörde und vom Freiherrn von Stumm bekämpft wurde, ließ es sich der Bischof von Trier nicht nehmen, die Geistlichkeit des Saarlandes anzuweisen, den

⁵⁵ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 12.

Bergarbeiterstreik vom 29. Dezember 1892 von der Kanzel aus zu verteufeln. Der Streik brach zusammen, weil Streikführer und Streikkomitee verhaftet wurden.⁵⁶

Nikolaus Osterroth stellte bei seiner Hausierertätigkeit, die ihn 1902 von Haustür zu Haustür führte, fest, dass es im Saargebiet aufgrund dieser Vorgeschichte keine organisierte Gewerkschaftsbewegung und keine Strukturen der Sozialdemokratie gab, obwohl der Freiherr von Stumm im Vorjahr verstorben war. Er war festen Willens, das zu ändern. Die Gelegenheit, gegen das System von Stumm anzurennen, ergab sich nach seinem Entschluss bald. Durch den Tod von Stumms war sein Wahlkreis Ottweiler- St. Wendel verwaist. Für die Nachwahl 1903 ließ sich der Schwiegersohn Generalleutnant von Schubert von der Nationalliberalen Partei aufstellen. Die Zentrumsparterie stellte den einzigen ernsthaften Gegenkandidaten auf, der sich aber keine Chancen von der Wahl versprach, weil er den Einfluss und die unsauberen Methoden der Dynastie von Stumm kannte.⁵⁷

Ein Kandidat aus den Reihen der Sozialdemokraten war nicht vorhanden. Osterroth entschloss sich, 1903 für die SPD im Wahlkreis Ottweiler-St. Wendel als Reichstagskandidat anzutreten. Helfer für seinen Wahlkampf waren auf Grund der beschriebenen Strukturen der SPD im Saargebiet nicht vorhanden. „In Frage dafür kamen also nur seine Frau und sein Bruder Franz“,⁵⁸ der inzwischen auch den Sozialdemokraten beigetreten war. Osterroths Plan, in den Wahlkampf einzugreifen, stieß auf die Zustimmung des Vorsitzenden Erhart der SPD in der Pfalz. Der SPD-Parteivorstand in Berlin war sich der Lage der Partei im Saarland bewusst und unterstützte Osterroth mit 30.000 Flugblättern. Da man wusste, dass die Osterroths ihrer beruflichen Tätigkeit während des Wahlkampfes nicht nachgehen konnten, genehmigte man ihnen vier Mark Zehrgeld täglich. In den vierzehn Tagen vor der Wahl mussten die Flugblätter an die Wahlberechtigten verteilt werden. Das war mit Schwierigkeiten verbunden, weil einige Adressaten das Wahlkampfteam tätlich angriffen. Unterstützung fanden die Osterroths in einem Dorfpfarrer, der alles begrüßte, was die Nationalliberalen schwächen könnte, und half, die Flugblätter und Stimmzettel zu verteilen. Zu einer kuriosen Verteileraktion kam es, als man den Handwagen eines Werksportiers, der ihn vor einem Wirtshaus abgestellt hatte, vollgepackt mit den Stimmzetteln des nationalliberalen Kandidaten, stattdessen mit den Stimmzetteln des Kandidaten Osterroth belud. So verteilte der Portier bei Schichtwechsel die SPD-Stimmzettel und Flugblätter an die „Stumm-Sklaven“.⁵⁹

⁵⁶ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 13.

⁵⁷ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 14.

⁵⁸ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 16.

⁵⁹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 16.

Der Kandidat Nikolaus Osterroth erhielt bei dieser Reichstagswahl 1903 in seinem Wahlkreis nur eine Stimme. Aber er ließ sich durch dieses niederschmetternde Ergebnis nicht entmutigen. Unverdrossen betätigte er sich als Agitator für die SPD und die freien Gewerkschaften. Er warb ungehindert Mitglieder für beide Organisationen, weil er als Freiberufler nicht den Repressionen des von-Stummschen Systems ausgesetzt war.

Osterroth erfreute sich immer größerer Beliebtheit bei der SPD und bei den Gewerkschaften und wurde im Jahr 1904 als Parteisekretär für die vier SPD-Saarkreise gewählt. Auch schrieb er Artikel für die „Rheinische Zeitung“ in Köln. Seine Aktivitäten standen allerdings unter Beobachtung der Polizei: In jeder SPD- oder Gewerkschaftsversammlung waren Kriminalbeamte oder Polizeibeamte in Uniform anwesend. Kontrolliert wurde von den Beamten, ob es eine anmeldepflichtige Versammlung war, und auch der Wortlaut und Inhalt der Vorträge und Wortbeiträge wurde auf staatsgefährdende Aussagen geprüft. Es kam aber auch vor, dass ein anwesender Beamter eine nicht anmeldepflichtige Veranstaltung schloss, weil er glaubte, dass man aus dem Inhalt der Wortbeiträge etwas Staatsgefährdendes interpretieren könnte.

Nikolaus Osterroth gelang es, im Saarland gut funktionierende Partei- und Gewerkschaftsorganisationen zu etablieren, so dass der Parteivorstand in Berlin ihm einen Monatszuschuss von 100,00 Mark zahlte, damit er sich ausschließlich der politischen Arbeit widmen konnte. Diese wurde allerdings in jeder Weise behindert. In dem Geheimrat Hilger, als Leiter der Bergbehörde im Saarland, hatte das System von Stumm einen willfähigen Helfer gegen alle sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bestrebungen. Hilger trat sehr oft als Nebenkläger bei Prozessen auf, wenn wieder ungenehmigte politische Versammlungen durchgeführt wurden oder die Verteilung von Mitteilungsblättern an die Bergleute mit nicht genehmtem Inhalt erfolgt war. Manche Prozesse waren so skurril, dass die nächst höhere Instanz das Verfahren einstellte, weil die Anklage so niederschwellig oder die Beweislage nicht ergiebig genug war, um zu einer Verurteilung der SPD- und Gewerkschaftsmitglieder zu kommen.

Osterroth hatte schon am 1. Januar 1904 die Rolle eines Redakteurs der „Saarwacht“ übernommen. Der Parteivorstand in Berlin war zu der Überzeugung gelangt, dass die Agitation durch Flug- und Mitteilungsblätter an die Bevölkerung nicht die entsprechende Wirkung entfaltete, um die Saarländer im Sinne der Sozialdemokratie zu beeinflussen. Osterroth hatte sich mit seiner Rednergabe und seiner Berichterstattung in der „Pfälzischen Post“ und seiner Mitarbeit bei der „Rheinischen Zeitung“ im Saarland bewährt, um diese Aufgabe zu übernehmen und bekam dafür 125,00 Mark pro Monat zusätzlich als Entlohnung.⁶⁰ Er musste sich in die neue Aufgabe, eine Zeitung zu machen, bei einigen Selbstzweifeln bezüglich seiner intellektuellen Fähigkeiten schnell hineinfinden. Durch Werbeanzeigen und Abonnenten sollte sich die „Saarwacht“ selbst finanzieren, und das lief auch in den ersten Tagen erfolgversprechend an.

⁶⁰ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 25.

Nur acht Tage nach dem Erscheinen der „Saarwacht“ verboten die Gruben- und Hüttenverwaltungen jedoch durch Aushang ihrer Belegschaft das Abonnement der Zeitung. Beim Lesen und Verbreiten des sozialdemokratischen Blattes drohte die sofortige Entlassung. Die Zahl der Abonnenten verringerte sich daraufhin um die Hälfte, woraufhin der Parteivorstand in Berlin der „Saarwacht“ höhere Zuschüsse gewährte. Osterroth schrieb seine Artikel in schärfster Weise und prangerte die unmenschlichen Arbeitsbedingungen in den Saarbetrieben an. Er griff die Verantwortlichen persönlich in der „Saarwacht“ an, er kritisierte die Lohn- und Arbeitsbedingungen, attackierte sie wegen der Abhängigkeit von der Katholischen Kirche und prangerte die unternehmerfreundlichen christlichen Gewerkschaften an. Weiterhin beleuchtete er kommunale und landesbedeutende Themen und lieferte sich Duelle mit dem Anwalt der „Saargewaltigen“ Dr. Tille. Die Staatsanwaltschaft beäugte Nikolaus Osterroth argwöhnisch und wartete offensichtlich auf strafrechtliche Tatbestände der journalistischen Arbeit. Außerdem forderte der Staatsanwalt Personen auf, die von Osterroth kritisiert und sich zu Unrecht angegriffen fühlten, Anzeige zu erstatten.

In der Tat war es so, dass Anzeigen und Anklagen zahlreich getätigt wurden und Osterroth wegen vieler Vernehmungen und Prozesstermine kaum zu seiner Arbeit kam. Es gab auch zunächst keinen Anwalt im Saarland, der es gewagt hätte, ihn zu verteidigen. Nur einmal stand ihm Dr. Ludwig Frank, der später Reichstagsabgeordneter wurde, als fähiger Strafverteidiger zur Seite. Dieser konnte eine vom Staatsanwalt beantragte sechsmonatige Freiheitsstrafe erfolgreich zu einer vom Gericht verhängten einmonatigen Haft umwandeln. Dr. Frank hat offensichtlich auf die Richter einen starken Eindruck gemacht.⁶¹

Wie gnadenlos die Staatsmacht auch die kleinsten Verstöße gegen das Gesetz hart bestraft sehen wollte, wird in einem Berufungsantrag des Amtsanwalts an das Königliche Gericht in Saarbrücken deutlich. In einem vorausgegangenen Prozess waren Osterroth und andere nach Ansicht der Staatsanwaltschaft wohl zu milde oder gar nicht bestraft worden. Das Schreiben des Anwalts datiert vom 27. Mai 1904. Es geht in dem Verfahren um einen angeblichen Verstoß gegen das ‚Vereinigungs- und Versammlungsrecht‘. Osterroth hatte in einer unter der Bezeichnung ‚Märzfeier‘ angekündigten Veranstaltung im Gasthaus des Wirtes Duhr folgendes gesagt: „Werte Anwesende! Wir sind hier versammelt, um der Märzgefallenen [1848, der Verfasser] zu gedenken und ihre Taten zu verherrlichen“. Der anwesende Kriminalschutzmann Moser unterbrach daraufhin den Redner und fragte, ob die Versammlung angemeldet sei. Nachdem Osterroth erwiderte, dass dies keine Versammlung sei, erklärte der Schutzmann die Versammlung für geschlossen. Osterroth rief hierauf: „Es lebe die Revolution oder es lebe die 48er-Revolution!“ Für den Staatsanwalt war das eine polizeilich anzumeldende Versammlung und Osterroth und die anderen, auch der Wirt, der seine Räumlichkeiten offen den Sozialdemokraten zur Verfügung gestellt hatte, hätten sich demnach strafbar gemacht.⁶²

⁶¹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 26.

⁶² GStAPK: NL Osterroth, Rep. 92, Nr. 2, Anklageschrift vom 27. Mai 1904, Saarbrücken.

Natürlich sollten die Gefängnisstrafen, die Geldstrafen und die Gerichtskosten den Redakteur Osterroth zermürben. Er sagte, dass er in seinem Leben keinen Pfennig an Gerichtskosten bezahlt hat, weil Pfändungen wegen seiner Vermögenslosigkeit immer fruchtlos waren. Er hatte listigerweise Sachwerte und Vermögen seiner Frau Liesbeth durch Ehevertrag übertragen. Nach vier Jahren waren die Gerichtskosten ohnehin verjährt. Die einmonatige Gefängnisstrafe musste er absitzen. Dabei ließ er sich von der im Gefängnis üblichen Zwangsarbeit gegen die Zahlung von Gebühren freistellen und nutzte die Zeit, um sich fortzubilden. Bis es zu dieser Arbeitsfreistellung kam, musste Osterroth einen umfangreichen Schriftverkehr mit den Behörden führen.⁶³

In einem Schreiben vom 26. Juni 1905 der Königlichen Direktion des Gefängnisses Wittlich wird Osterroth das Gesuch auf Selbstbeschäftigung gewährt. Als Entschädigung hatte er an die Verwaltung zwei Mark pro Arbeitstag zu entrichten. Dieses Geld musste Osterroth aus seinem bescheidenen privaten Einkommen aufbringen, aber er wollte die Haftzeit für seine Studien nutzen.⁶⁴ Aber die nervenaufreibende Arbeit und die staatsanwaltliche Verfolgung hinterließen bei Osterroth Spuren und es war um seine Gesundheit nicht gut bestellt.

Fast wäre zu der einmonatigen Gefängnisstrafe im ersten Redaktionsjahr noch eine weitere sechsmonatige hinzugekommen, wenn nicht im laufenden Prozess eine alte geltende Regel des französischen Vereinsgesetzes für Elsass-Lothringen durch eine neue Regel ersetzt worden wäre. Die Obrigkeit des Saarlandes, die Staatsanwaltschaft, Gerichte und die Bergverwaltung, namentlich Geheimrat Hilger, versuchten weiterhin den Redakteur Osterroth zu Fall zu bringen. In einigen Fällen wurden nach Revisionsanträgen die Urteile der Saarländischen Amtsgerichte durch höhere Instanzen aufgehoben.⁶⁵

Während des Gefängnisaufenthaltes verschmähte Osterroth die Literatur des katholischen Anstaltslehrers und setzte durch, dass ihm die mitgebrachte Literatur ausgehändigt wurde. Er las Werke von Goethe, Schiller, Shakespeare und anderen. So verließ er die Strafanstalt Wittlich nach Verbüßung der Strafe mit geistiger Erbauung und begab sich wieder in den politischen Kampf für Freiheit und soziale Gerechtigkeit.⁶⁶

Im Dezember 1906 wurde Nikolaus Osterroth von der SPD seines Wahlkreises für den Wahlkreis Ottweiler-St. Wendel als Reichstagskandidat gewählt. Das war die Anerkennung seiner

⁶³ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 26.

⁶⁴ GStAPK: NL Osterroth, Rep. 92, Nr. 5, Ablehnung des Gesuchs auf Selbstbeschäftigung vom 13. Juli 1905, Wittlich.

⁶⁵ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 18f.

⁶⁶ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 30.

Arbeit für die Sozialdemokratie und für die Hütten- und Bergarbeiter im Saarland. Die Wahlkreis-Konferenz fand, wie immer auch andere Versammlungen der SPD und der Gewerkschaft, unter der Anwesenheit eines Polizeibeamten statt, der versuchte, die Zusammenkunft mit dem Hinweis auf Rechtsverstöße aufzulösen. Osterroth war inzwischen gesetzeskundig genug, um das Eingreifen des Polizisten abzuwehren. Bei den Reichstagswahlen 1907 erreichte er ein achtsames Ergebnis von nun 167 Stimmen, welches aber nicht, das war zu erwarten, für den Einzug in den Reichstag genügte.

In seiner „Saarwacht“ schrieb Osterroth weiter kritisch und berichtete unter anderem über die katastrophalen Sicherheitsverhältnisse in den saarländischen Kohlezechen. Er prangerte die mangelnden Kontrollen durch die Grubenbeamten an oder beklagte, dass sie über Sicherheitsmängel hinwegsähen. So ereignete sich dann ein schweres Grubenunglück im Januar 1907 auf der Zeche „Reden“ mit 150 Toten. Im März 1907 stürzte ein Förderkorb auf der Zeche „Mathilde-Schacht“ in den Schachtsumpf, weil das Förderseil nicht hinreichend kontrolliert wurde und riss. Dabei kamen 22 Bergleute ums Leben. Zur gleichen Zeit wurden in der Grube „Rosseln“ 80 Bergleute durch eine Schlagwetterexplosion getötet. Auch andere Missachtungen des Bergrechts durch die Zecheneigner wurden von den Grubenbeamten toleriert.

Als Delegierter der Saarbergleute berichtete Osterroth über diese Missstände in einer eindrucksvollen Rede auf der Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes in Dortmund. Osterroth wörtlich nach gedrucktem Tagungsprotokoll:

„Saarbrücken beweist am besten, daß unsere Tätigkeit eminent staats-erhaltend ist. Wir sind die Hüter der Volkskraft. Wir sind die Schützer der Menschenrechte. Wir sind vor allem die Gegner des Massenmordes auf dem Schlachtfeld der Arbeit und die Vorkämpfer des Arbeitsschutzes, der unter Preußens „sozialem Königtum“ zum Aschenbrödel geworden ist.“⁶⁷

Osterroth hatte im Saarland für die Sozialdemokraten und die Bergarbeiterbewegung eine wirkliche Pionierarbeit geleistet und sich das Vertrauen dieser Organisationen erworben. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes im Reich wählte ihn im September 1907 zum Arbeitersekretär für Waldenburg in Niederschlesien. Der Verbandsvorsitzende Hermann Sachse fand Gefallen an dem begabten Osterroth. Er war zu einem guten Arbeiterführer herangereift, der von der Partei- und Gewerkschaftsarbeit etwas verstand und auch die Organisations- und Redaktionsführung beherrschte.

Osterroth blieb dem Saarland auf Lebzeiten verbunden, einmal durch seine zahlreichen menschlichen und politischen Kontakte und andererseits weiterhin mit den Staatsanwälten

⁶⁷ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 32.

und dem Geheimrat Dr. Hilger als Leiter der Bergverwaltung, die Nikolaus Osterroth auch im fernen Niederschlesien wegen angeblicher Rechtsverstöße verfolgten.

3.3. Neue Aufgaben im Kohlerevier Niederschlesien:

Das niederschlesische Steinkohlenrevier im Kreis Waldenburg war von alters her als eine Region der Armut und des Hungers bekannt. Der Dichter Gerhart Hauptmann schrieb in seinem Drama „Die Weber“ in schlesischer Mundart: „Mir kenn’dr nich leben un nich sterben hier oben!“ Die Not der Weber wurde dadurch sehr ins Bewusstsein gerückt. Aber nicht nur die Weber hatten im 19. Jahrhundert versucht, durch Aufstände und Streiks ihre Lebens- und Erwerbssituation zu verbessern, sondern auch die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Porzellanfabriken, in den Ziegelfabriken und die Bergleute in den Kohlezechen. 1907 kam Nikolaus Osterroth in Niederschlesien an. Sein Sohn Franz fasst in den Erinnerungen an seinen Vater dessen erste Eindrücke zusammen. „Osterroth war im Saargebiet viel Not vor Augen gekommen, was er hier sah, übertraf alles.“⁶⁸

Die Löhne der Arbeiter im Waldenburger Kohlenrevier waren im Vergleich mit dem Reichsdurchschnitt auffallend niedrig. In Westfalen verdiente um 1907 zum Beispiel ein Hauer in einer Steinkohlezeche pro Schicht ungefähr 6,00 Mark, in Niederschlesien nur 3,99 Mark. Auch in anderen Erwerbszweigen war das Lohnniveau extrem niedrig. Es blieb nicht aus, dass in den Familien die Frauen und Kinder zum Lebensunterhalt durch Lohnarbeit beitragen mussten. „Eine von Nikolaus Osterroth 1912 durchgeführte, auch vom Kaiserlichen Statistischen Amt beachtete, Enquete für den Kreis Waldenburg ergab, daß von 4.533 befragten Familien 2.730 mit 11.448 Köpfen nur Einzimmerwohnungen, Küche und Stube, bewohnten.“⁶⁹ Familien mit Zweizimmerwohnungen vermieteten oft ein Zimmer an Schlafburschen. Die Kinder dieser Familien schliefen dann in der Küche. Weit über dem Reichsdurchschnitt lag die allgemeine Sterblichkeit, auch die Säuglingssterblichkeit war sehr hoch. Viele Kinder erkrankten an Tuberkulose und Rachitis, nach einer schulärztlichen Erhebung waren es 86 Prozent der untersuchten Kinder.⁷⁰ Osterroth ließ, um die Einkommenssituation der Familien zu untersuchen, von 10.000 Familien vier Wochen lang Fragebögen ausfüllen. Diese Untersuchung ergab, dass eine durchschnittliche Familie pro Kopf nur 23 bis 44 Pfenning pro Tag für Lebensmittel ausgeben konnte.⁷¹ Dass viele Menschen unterernährt waren, lag auf der Hand.

⁶⁸ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 34.

⁶⁹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 34.

⁷⁰ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 34.

⁷¹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 35.

In dieses soziale Umfeld kam Osterroth 1907 als Arbeitssekretär des Bergarbeiterverbandes. 25.000 Bergleute lebten im Waldenburger Kohlrevier und Osterroths Aufgabe im Auftrag des Bergarbeiterverbandes war es, den Bergleuten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, sie in Rechtsschutzangelegenheiten zu beraten und ihre Interessen gegenüber den Arbeitgebern zu vertreten. Im Gegensatz zum Saarland, wo Osterroth den Bergarbeiterverband und die sozialdemokratische Partei maßgeblich mit aufbaute, fand er im Waldenburger Revier eine erprobte Struktur des Bergarbeiterverbandes und eine gut ausgebaute Parteiorganisation schon vor, die zahlenmäßig allerdings nicht so groß war. Das war nicht verwunderlich, da die Waldenburger Menschen in ihrem katholischen Glauben tief verwurzelt und sehr königstreu waren und daher den sozialistischen Bestrebungen nicht nahestanden.

Deshalb war es den Reichstagsmitgliedern der Fortschrittspartei Dr. Max Hirsch und Buchhändler Franz Duncker Jahrzehnte zuvor, in den 1860er Jahren, gelungen, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften zu gründen. Viele Bergleute im Waldenburger Revier waren dieser Gewerkschaft beigetreten, die sich unter anderem zur Aufgabe gestellt hatte, die Arbeiter von der Sozialdemokratie fernzuhalten.⁷² Allerdings wurde die Hirsch-Dunckersche Gewerkschaft in Niederschlesien vernichtet, nachdem diese 1869, ohne einen Streikfond zu haben, mit ungefähr 7.500 Bergleuten in einen Streik trat. Die Grubenherren antworteten mit allgemeinen Aussperrungen. Der Streik ging verloren und die Bergleute, sofern sie überhaupt wieder eingestellt wurden, mussten unter den weiterhin schlechten Bedingungen in ihre Gruben einfahren. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften spielten fortan auch in anderen Regionen des Reiches keine bedeutende Rolle mehr, und das Vertrauen der Niederschlesier in die Wirksamkeit von Gewerkschaften war zunächst erschüttert. Die Grubenverwaltungen, die Behörden und die Geistlichkeit versuchten außerdem in den folgenden Jahren, Bestrebungen der Arbeiterschaft nach sozialen Verbesserungen und Selbstbestimmtheit zu verhindern. Maßregelungen durch Entlassungen, polizeiliche Verfolgungen und moralischer Druck durch die Obrigkeit waren die ungleichen Mittel.

Trotz aller dieser Maßnahmen ließen sich die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und politischer Mündigkeit nicht mehr aufhalten. Der mächtige Grubenbesitzer Fürst zu Pleß hatte bei der ersten Reichstagswahl 1871 das Waldenburger Mandat mühelos gewonnen, aber schon bei der nächsten Reichstagswahl 1874 zählten die Sozialdemokraten fast 1.000 Stimmen. 1877 musste der Fürst zu Pleß gegen den sozialdemokratischen Kandidaten in die Stichwahl, die der Fürst mit 9.342 Stimmen zu 7.476 Stimmen für den Sozialdemokraten für sich entscheiden konnte. Der Wahlkreis Waldenburg ging dann 1890 an einen Kandidaten der „Freisinnigen Konservativen“, aber 1893 errang der Sozialdemokrat und Bergmann Möller das

⁷² Engelmann: Vorwärts, S. 123.

Reichstagsmandat. „Das Bemerkenswerte an diesem Wahlsieg war, daß um diese Zeit die Sozialdemokratie im ganzen Wahlkreis keine 50 Mitglieder und keine eigene Zeitung besaß.“,⁷³ schreibt Nikolaus Osterroths Sohn Franz in der Materialsammlung zum Leben seines Vaters.

Der Bergarbeiterführer Hermann Sachse aus Bochum wurde bei der Reichstagswahl 1898 schon im ersten Wahlgang in Waldenburg gewählt. Seine prominenten Wahlhelfer waren August Bebel und Wilhelm Liebknecht. Als Reaktion auf diesen Wahlerfolg der SPD organisierten der Grubenbesitzer Fürst zu Pleß und seine konservativen Kreise Gegenreaktionen. Zunächst wurde ein Agent des „Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ engagiert. Neben dem Kriegerverein und dem „reichstreuen Bergarbeiterverein“ sollten alle diese gegen die Sozialdemokraten agieren. Sie verteilten entsprechendes Propagandamaterial mit verleumderischem Inhalt, zum Beispiel mit der Frage, ob es unter den 110 sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag auch nur einen gäbe, der geistig und moralisch vollwertig sei.⁷⁴ Die Kampagnen gegen die Sozialdemokraten waren nicht von Erfolg gekrönt. Auch bei der nächsten Wahl 1903 gewann der SPD-Mann Hermann Sachse sein Mandat wieder im ersten Wahlgang.

Nikolaus Osterroth hatte sich auf seine Aufgabe in Waldenburg, nämlich die Leitung des Arbeitssekretariats zu übernehmen, gut vorbereitet. In mehrwöchigen Kursen in der Gewerkschaftsschule der Freien Gewerkschaften in Berlin hatte er sich das Rüstzeug für seine Arbeit erworben. In seinem Sekretariat erschienen monatlich zwischen 600 und 1.000 Personen, die um Auskunft baten und nach Hilfe suchten. Es ging um Fragen zur Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung, um das Knappschaftswesen, um das Arbeits- und Dienstrecht, um die bürgerlichen Rechte, um die Steuergesetzgebung, um das Vereinsrecht und um das Strafrecht, das heißt, es ging um die Beratung und Hilfe für nahezu alle Lebenssituationen. Es wurden auch nichtorganisierte Personen beraten, die daraufhin oft in die Freie Gewerkschaft eintraten. So erfreute sich Osterroth im Waldenburger Revier größter Beliebtheit, zumal er allein im Jahr 1911 für seine Bergleute zum Beispiel 81.400 Mark in Rentenrechtsverfahren erstritten hatte.⁷⁵

Auch in der SPD war Osterroth äußerst aktiv, das Angebot, eine Reichstagskandidatur in Dortmund anzunehmen, lehnte er aber mit dem Hinweis auf seine Arbeit in Waldenburg ab. Diese weitete er auf den kulturellen Bereich aus und baute unter anderem eine Bibliothek auf, hielt Lichtbildervorträge und sorgte für Vortragsabende mit verschiedenen Themen wie über das Wahlrecht für Frauen, die soziale Stellung der Frau in der Familie und der Gesellschaft sowie weitere politische Themen, und er organisierte literarische Lesungen. Osterroths Redetalent

⁷³ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 36.

⁷⁴ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 36.

⁷⁵ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 37.

sorgte für volle Säle. Bei Diskussionsabenden mit Kritikern und politischen Gegnern ließ er diese oft schwach aussehen und entkräftete ihre Argumente.

Das bekam Heinrich Grund, ein Redakteur des von den Grubenherren finanzierten Wochenendblattes „Feierabend“ zu spüren. Im August 1912 stellte dieser in einem Artikel folgende Fragen:

„Weshalb wirtschaftet die Frau des Bergmanns nicht vernünftig, was selbst bei ganz bescheidenem Einkommen möglich ist? Wenn der Mann ohne sein Verschulden nur 2,70 Mark pro Tag verdient, weshalb versucht die Frau nicht, wenn nur ein Kind vorhanden ist, etwas mitzuverdienen? Weshalb versuchen bei Familien mit sechs und sieben Kindern die älteren Kinder nicht schon zum Lebensunterhalt mit beizutragen? Was verbraucht in diesen Familien der Vater für Alkohol und Tabak, und wie versteht die Frau zu wirtschaften, zu kochen, zu flicken, zu stopfen?“⁷⁶

Daraufhin veranstaltete Osterroth zwölf öffentliche Frauenversammlungen mit dem Thema: „Haben die Arbeiterfrauen durch ihre Faulheit und Liederlichkeit das himmelschreiende Elend der niederschlesischen Arbeiterfamilien verschuldet?“⁷⁷ Der Redakteur Grund wurde mit einem offenen Brief zu diesen Veranstaltungen eingeladen. Der Brief hatte folgenden Inhalt:

„In den letzten Nummern des von Ihnen redigierten „Feierabend“ haben Sie eine Reihe Leitsätze aufgestellt, deren Befolgung nach Ihrer Ansicht das vorhandene Elend aus dem Arbeiterhaushalt verbannen oder doch sehr mildern würde. Die Arbeiterfrauen – auch die Frauen reichstreuer Arbeiter – sind nun trotz Ihrer menschenfreundlichen Absicht empört über Ihre Behauptungen und Ratschläge und erblicken darin eine Verhöhnung ihrer Lage. Der Unterzeichnete wird sich in zwölf öffentlichen Versammlungen mit Ihren Auslassungen beschäftigen. Da Sie anscheinend nicht nur mit dem Federkiel, sondern auch mit dem Kochtopf ausgezeichnet umzugehen verstehen, würde ich mich herzlich freuen, wenn Sie die vorzügliche Gelegenheit benutzen würden, den Arbeiterfrauen Ihre heilsamen Ratschläge mündlich vorzutragen. Ich würde Ihnen gern weitestgehende Redefreiheit garantieren und gebe mich der angenehmen Hoffnung hin, daß Sie sich im Interesse der wissensdurstigen Arbeiterfrauen, die voll Eifer auf Ihre erlösenden Belehrungen warten, der dankbaren Mission unterziehen, die Ihnen zweifellos auch die Unsterblichkeit sichert.“⁷⁸

Dass der Redakteur Grund dieser Einladung fernblieb, war nicht weiter verwunderlich. Die zwölf Osterrothschen Versammlungen waren alle überfüllt mit protestierenden und erregt

⁷⁶ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, Artikel aus dem „Feierabend“, August 1912, in: unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 40.

⁷⁷ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 40.

⁷⁸ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 40- 41.

diskutierenden Frauen, die sich verhöhnt und verletzt fühlten. Viele Teilnehmerinnen traten der Sozialdemokratie und der Gewerkschaft bei und abonnierten die sozialdemokratische „Schlesische Bergwacht“.

Mit großem Argwohn beobachteten die Staatsmacht und die Grubenherren die erfolgreichen Aktivitäten Osterroths. Seine Arbeit wurde behindert oder verhindert, weil angeblich Rechtsverstöße begangen worden waren, oder es wurden willkürliche Polizei- oder Behördenanordnungen getroffen. Wie im Saarland wurde Nikolaus Osterroth auch in Schlesien mit Anklagen der Staatsanwaltschaft überzogen. So ist zum Beispiel in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Glatz/ Schlesien vom 19. Mai 1908 deutlich der politisch-repressive Aspekt zu erkennen. Der Inhalt bezieht sich auf die „erdichteten“ und „entstellten“ Tatsachen, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, sowie auf die „Herabwürdigung“ der Gendarmerie-Wachtmeister der VI. Gendarmerie-Brigade. Es folgen in der Anklageschrift von dreizehn (!) Seiten die Vergehen nach einer Reihe von Paragraphen des Strafgesetzbuchs. Beweismittel waren Angaben von Osterroth selber, aber im Wesentlichen Aufzeichnungen des Gendarmerie-Wachtmeisters Maasch, der einige öffentliche Versammlungen von Osterroth besucht hatte. Osterroth hatte in seinen Reden lediglich Missstände in der Gesellschaft, im Arbeitsleben und in der Politik des Landes und des Reiches dargestellt.⁷⁹

Symptomatisch für die Unterdrückung demokratischer Bestrebungen im Kaiserreich waren die staatlichen Maßnahmen gegen Demonstrationen, die die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts forderten. Die Sozialdemokratie führte in Preußen solche öffentlichen Demonstrationen gegen das bestehende Dreiklassenwahlrecht durch. In Waldenburg protestierten am 13. Februar 1910 rund 5.000 Arbeiter für ein gleiches und geheimes Wahlrecht. Auch in anderen Orten des Waldenburger Reviers demonstrierten die Menschen, so zum Beispiel in Gottesberg, wo der Reichstagsabgeordnete Stücklen und Nikolaus Osterroth referierten.⁸⁰ Von den Demonstranten wurden viele von der Polizei verhaftet. Nach den späteren Verurteilungen schlossen sich monatelange Haftstrafen für die Festgenommenen an. Diese Repressalien führten dazu, dass die Bergleute sich fester und zahlreicher in den Freien Gewerkschaften und im Bergarbeiterverband zusammenschlossen. Die unter dem Einfluss der Grubenherren stehenden „reichstreuen“ Arbeitervertretungen mit den katholischen Fachabteilungen verloren weitgehend an Zuspruch. Aufgrund dieser Entwicklung beschlossen die Grubenbesitzer, allen voran der Fürst zu Pleß, den Druck auf die Funktionsträger des Bergarbeiterverbandes zu erhöhen, sofern diese als Sicherheitsmänner, Knappschaftsälteste oder agierende Gewerkschaftler tätig waren. Ihnen wurde die Arbeit gekündigt, ohne Rücksicht auf Kinderreichtum oder langjährige Zugehörigkeit zur Grube, oder es wurde der Lohn gekürzt. Das war absolute

⁷⁹ GStAPK: NL Osterroth, Rep. 92, Nr. 7, Anklageschrift des 1. Staatsanwalts vom 19. Mai 1908, Glatz.

⁸⁰ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 42.

Willkür und sollte die unorganisierten Arbeiter einschüchtern und vom Eintritt in den Bergarbeiterverband abhalten.⁸¹ Osterroth verfasste Anfang des Jahres 1912 ein massenhaft verteiltes Flugblatt: „Eine Abrechnung mit den Fürstlich Pleß'schen Grubenverwaltungen“ und drohte mit scharfen Gegenmaßnahmen des Bergarbeiterverbandes. In dem Flugblatt wurden die Repressalien der Grubenbeamten gegenüber den organisierten Bergleuten im Bergarbeiterverband angeprangert. Diese Bergleute wurden unter Androhung der Entlassung aufgefordert, den Bergarbeiterverband zu verlassen. Ein Steiger sagte: „Die Arbeiter müssen so getriezt und geknöchelt werden, daß sie Lust zum Sterben kriegen!“⁸²

Die Warnung des Bergarbeiterverbandes, Maßnahmen gegen die Willkür der Grubenherren und ihrer Beauftragten zu treffen, nahmen diese offensichtlich nicht ernst. Der Verband empfahl daraufhin den Bergleuten, obwohl er sich damit selbst schädigte, in die besser bezahlten Arbeitsplätze des Ruhrgebiets abzuwandern. Dort suchte man dringend Arbeitskräfte, nicht nur im Bergbau. Die Arbeiter bekamen dort höhere Löhne und es wurden für sie auch angemessene Wohnungen mit Garten gebaut, so dass sich ihre Lebensverhältnisse verbessern konnten. Etwa 2.000 Bergarbeiterfamilien zogen in den ersten neun Monaten des Jahres 1912 aus Niederschlesien nach Westfalen. Diesen Abgang von Arbeitskräften konnten die Grubenbesitzer nicht durch die Anwerbung von Arbeitern aus Böhmen oder Polen ausgleichen.

Die Empfehlung des Bergarbeiterverbandes zur Abwanderung und andere Maßnahmen zwangen die Arbeitgeberseite erstmals zu Gesprächen mit den Arbeitnehmervertretern. Die Lohnkürzungen und repressiven Arbeitsregeln wurden zurückgenommen. Aber nach wie vor agierten die Grubenbesitzer gegen den Bergarbeiterverband und gegen die Sozialdemokratie, indem sie die reichstreuen und andere ihnen genehme Verbände massiv unterstützten, um so einen Keil in die Arbeiterschaft zu treiben. Besonders hatte man Nikolaus Osterroth als den Initiator der gewerkschaftlichen Aktivitäten im Visier. Streng achteten die Obrigkeit und Fürst zu Pleß mit seinem Anhang auf die Reden und das Handeln Osterroths, um ihm Rechtsverstöße nachzuweisen. Wie auch im Saarland musste sich Osterroth in Niederschlesien in einigen Gerichtsprozessen zur Wehr setzen. Für die Urteile wegen politischer Vergehen oder Majestätsbeleidigung musste er Geld- und Gefängnisstrafen erleiden.

Schon bald nach seiner Ankunft in Niederschlesien bemängelte Osterroth, dass die Sozialdemokratie und die Freien Gewerkschaften kein nennenswertes Presseorgan aufweisen konnten. Er hatte bekanntlich im Saarland unter schwierigsten Umständen die Zeitung „Saarwacht“ gegründet, die mit finanzieller Hilfe des Parteivorstandes aus Berlin erschien und von diesem als wichtiges Organ der Partei erachtet wurde. Im Waldenburger Revier gaben die

⁸¹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 42.

⁸² GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 43.

Konservativ-Bürgerlichen keine Tageszeitung heraus, sondern verteilten Flugblätter und gaben das Wochenblatt „Feierabend des Arbeiters“ heraus, alles finanziert durch die Grubenherrn und die Industriellen. Mangels Abonnenten wurden diese Publikationen, die sich selbstverständlich gegen die Sozialdemokraten und die Freien Gewerkschaften richteten, in den Betrieben und Gruben kostenlos verteilt.

Die sozialistischen Arbeiter und Bürger konnten sich über die Tagesereignisse in der Breslauer „Volkswacht“ informieren, die allerdings über das Geschehen in Waldenburg nur wenig berichtete. Der leitende Redakteur der „Volkswacht“ war der Sozialdemokrat Paul Löbe.⁸³ Osterroth war mit der rudimentären Berichterstattung über das Waldenburger Revier nicht einverstanden. Zu bedeutend war das Kohlerevier mit seinen vielen Bergleuten und den Angehörigen, erst recht aus sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Sicht mit den starken Strukturen dieser Organisationen. Die Mitgliederzahlen der Sozialdemokraten und des Bergarbeiterverbandes waren rasant gestiegen, nachdem Osterroth 1907 in Waldenburg tätig wurde. Zählte man 1907 in Waldenburg 500 SPD-Mitglieder, waren es 1910 schon über 3.000 Sozialdemokraten. Einen ähnlichen Zuwachs an Mitgliedern hatte der Bergarbeiterverband.⁸⁴ Osterroth war fest gewillt, in Niederschlesien ein eigenes Blatt herauszugeben, zumal die zum Revisionismus neigende Breslauer „Volkswacht“ nicht seine sozialdemokratische Linie war.⁸⁵

Osterroth war Vorsitzender der Presse-Kommission der SPD auf Reichsebene und schlug dem Parteivorstand in Berlin die Herausgabe einer Zeitung für Niederschlesien vor. Er mahnte den Vorstand zur Eile, weil er in Erfahrung gebracht hatte, dass die Katholische Kirche und das Grubenkapital ebenfalls eine Tageszeitung herausgeben wollten. Dieser Herausgabe wollte Osterroth unbedingt zuvorkommen. Nach abwägenden Beratungen genehmigte der Parteivorstand das Projekt, wollte sich aber nicht an der Finanzierung beteiligen. Durch rasches Handeln Osterroths gelang es, über Spendenaufrufe in wenigen Wochen 50.000 Mark zu sammeln. Es war daran gedacht, eine eigene genossenschaftliche Druckerei zu gründen. 247 Genossen schlossen sich zu der „Produktionsgenossenschaft Arbeiterdruckerei Waldenburg“ zusammen. Der Amtsgerichtsrat Halm, der Osterroth mehrmals vor sich auf der Anklagebank sitzen gehabt hatte, lehnte als Genossenschaftsrichter nach windiger Rechtsfindung den Eintrag in das Genossenschaftsregister ab. Das eingesammelte Kapital parkten die Genossen daraufhin vorübergehend bei der „Bank der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine“. Um der Herausgabe der konservativen Zeitung zuvorkommen, wurde die sozialdemokratische Zeitung, man gab ihr den Namen „Schlesische Bergwacht“, in Breslau gedruckt. Zunächst als Kopfblatt der „Volkswacht“ erreichte man eine Auflage von 60.000 Exemplaren. Weit über die Grenzen Waldenburgs hinaus erschien die neue sozialdemokratische Zeitung

⁸³ Paul Löbe hat am 7. September 1949 als Alterspräsident die erste Sitzung des Deutschen Bundestages in Bonn eröffnet. Nach ihm ist eines der neuen Abgeordneten-Bürogebäude neben dem Reichstag benannt.

⁸⁴ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 45.

⁸⁵ Auf den Revisionismus wird im nächsten Kapitel eingegangen.

und mit 11.000 Abonnenten war das ein erfolgreicher Start. Nikolaus Osterroth strebte allerdings an, die „Schlesische Bergwacht“ selbst zu drucken, weil ihm das Erscheinen von Lokalnachrichten und auch das für die Existenz einer Zeitung wichtige Inseratgeschäft zu schwerfällig erschien.

Trotz der finanziellen Vorbehalte des Parteivorstandes in Berlin, aber mit weiteren Geldspenden der Waldenburger Sozialdemokraten gelang es, am 29. Oktober 1911 die erste sechsstufige „Bergwacht“ in der eigenen Druckerei entstehen zu lassen. Bis dahin musste Osterroth viele Erschwernisse überwinden, um ein juristisches Fundament für die neue Firma zu schaffen, um die Finanzierung zu sichern, aber auch um geeignete Räumlichkeiten für die Druckerei zu finden. „Welcher Privatmann hätte z. B. gewagt, dem Fürsten Pless zu trotzen und der Sozialdemokratie Druckereiräume zu vermieten?!“⁸⁶, fasst Franz Osterroth in seiner Materialsammlung eine der Schwierigkeiten zusammen. Im neu errichteten Gebäudekomplex des Konsumvereins in Neusalzbrunn wurde die Druckerei der „Bergwacht“ eingerichtet. Osterroth gehörte dem Aufsichtsrat des Konsumvereins an und hatte das Gebäude mitprojektiert. Da den Genossen die Eintragung als Genossenschaft gerichtlich verweigert wurde, gründete Osterroth mit anderen eine offene Handelsgesellschaft, die Firma Osterroth und Co. Keiner der Inhaber bezog aus der Firma irgendwelche Zuwendungen, sondern sie arbeiteten ehrenamtlich als Beauftragte der Sozialdemokratischen Partei.

Neben seiner hauptberuflichen Tätigkeit als Arbeitssekretär organisierte Osterroth als Vorsitzender des Kreisvereins der SPD in Waldenburg den Wahlkampf für die Reichstagswahl im Januar 1912. Er entwarf Plakate und Flugblätter, hielt Reden, veranstaltete Sitzungen und strapazierte sich bis zur Erschöpfung, so dass er nach der Wahl für drei Wochen das Bett hüten musste. Die Reichstagswahl in diesem Wahlkreis gewann der Sozialdemokrat Hermann Sachse gegen die drei Mitbewerber aus dem bürgerlich-konservativen Lager schon im ersten Wahlgang. Einer der Mitbewerber war der Zentrumsolitiker Matthias Erzberger, der später als Bevollmächtigter der Reichsregierung das Waffenstillstandsabkommen 1918 im Wald von Compiègne unterschrieben hat. Zum Wahlkampf muss noch vermerkt werden, dass dieser mit einer unglaublichen Härte gegen die Sozialdemokratie geführt wurde und auch durch polizeiliche Maßnahmen behindert wurde. Kein Freund von Osterroth war der Waldenburger Staatsanwalt Blümel, der privat Personen aufforderte, gegen Osterroth Anzeige zu erstatten, wenn dieser in seinen Reden und Schriften nicht zimperlich auf die Obrigkeit einschlug. Es kam mal wieder zu einer Gefängnisstrafe wegen Beleidigung der Presse, der Majestät und des Kronprinzen. Vom 5. März bis zum 20. April 1912 saß Osterroth deshalb im Waldenburger Gefängnis ein und schrieb in dieser Zeit seine Jugenderinnerungen auf: „Vom Beter zum Kämpfer“.

⁸⁶ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 47.

3.4. Vom „Radikalen“ zum „Revisionisten“ und Abschied aus Niederschlesien

Der Gefängnisaufenthalt vom 5. März bis zum 20. April 1912 war für Nikolaus Osterroth in einiger Hinsicht ein folgenreicher Denkprozess. Er schrieb nicht nur seine Jugenderinnerungen nieder, die 1920 als Buch veröffentlicht wurden. Die Gefängniszeiten, die viele aktive Sozialdemokraten und Gewerkschafter in der Kaiserzeit absitzen mussten, waren zumindest für Akteure, die in Vollzeit bei diesen Organisationen arbeiteten, auch eine willkommene Zeit der körperlichen Erholung, persönlichen Fortbildung und geistigen Entwicklung. Denn viele der „Partei- und Gewerkschaftsbeamten“ arbeiteten wie Osterroth besessen und mit großem Engagement, oft weit über ihr berufliches Aufgabenfeld hinaus. Entsprechend groß war ihre physische und psychische Belastung. Jedenfalls nutzten viele inhaftierte Sozialisten die Haftzeit, um Bücher zu schreiben oder sich zu bilden, so auch Osterroth.

Während des genannten Gefängnisaufenthaltes fiel für Osterroth die Entscheidung, sich ideologisch und programmatisch in der Sozialdemokratie anders zu verorten. Er wandelte sich vom „Radikalen zum Revisionisten“. Er schreibt in seinen Aufzeichnungen:

„Ich war früher, was man radikal nennt, das heißt: ich hielt eine sprungartige Entwicklung im Sinne der Zusammenbruchstheorie [der kapitalistischen Gesellschaft, d. Verf.] für wahrscheinlich, veranschlagte die Wirkung der Reformarbeit gering, hielt das radikale Mittel immer für das wirksamere. In den letzten 10 Jahren blieb mir vor Arbeit und Kampf wenig Zeit zu theoretischem Studium. Dann war ich als Autodidakt konservativ gegen jede neue Idee, besonders wenn sie aus den etwas verrufenen revisionistischen Akademikerkreisen kam. Gelegentlich meiner Strafverbüßung studierte ich nun einige theoretische Werke und vor allem einige Bände von Müller-Lyer⁸⁷ über Soziologie, die zunächst eine Reihe mir zweifelhafter Fragen klärten und mir die Überzeugung vermittelten, dass die Entwicklung eine ausschließlich evolutionäre ist. Ich machte aus meiner Überzeugung ...niemals ein Hehl, und so war es auch nach meiner Strafverbüßung im Handumdrehen in allen Gassen bekannt, ich sei ‚Revisionist‘ geworden“.⁸⁸

⁸⁷ Müller-Lyer, 1857-1916, deutscher Psychiater und Soziologe. 1908 veröffentlichte er im Münchener Albert Langen Verlag die ersten Bände seines Werkes: Die Entwicklungsstufen der Menschheit. Eine systematische Soziologie in Überblicken und Einzeldarstellungen, auf die Osterroth wahrscheinlich Bezug nimmt. In dem Werk stellt Müller-Lyer die Kulturgeschichte der Menschheit als einen langsamen, aber kontinuierlichen Fortschritt in allen Bereichen des Lebens (Wirtschaft, Fortpflanzung, Formen der politischen Organisation etc.) vor, in dem die Entwicklung der Soziologie als Wissenschaft eine entscheidende Entwicklungsstufe darstellt. Denn sie markiert den Punkt, an dem der Mensch sich erstmals dieser Jahrtausende langen Entwicklungsgeschichte bewusst wird, beginnt sie zu begreifen und so die Möglichkeit erhält, die eigene Zukunft nicht mehr nur wie bislang unbewusst, sondern geplant weiter zu gestalten.

⁸⁸ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, Erinnerungen Nikolaus Osterroths, in unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 53. Hier wird O. aus seinen persönlichen Aufzeichnungen zitiert.

Die ideologische Richtungsänderung von Osterroth steht im Kontext des innersozialistischen Streits, der Flügelkämpfe, der Spaltungen und Abspaltungen in der Arbeiterbewegung. Für die ‚Radikalen‘, die der Deutung der Lehre von Karl Marx anhängen, dass alle Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen sei, galt die Gewissheit, dass die Proletarier als Gewinner aus diesen Kämpfen hervorgehen müssen. Die andere ideologische Richtung entwickelten die ‚Reformer‘, auch ‚Revisionisten‘ genannt, wie der im Exil lebende Sozialist Eduard Bernstein, der an Stelle einer Revolution auf eine Überwindung des Kapitalismus durch stetige Reformen in der Gesellschaft setzte. Diese Linie wurde von den Intellektuellen in der Sozialdemokratie unterstützt.

Eine Einigung in dieser Auseinandersetzung wurde auch dadurch erschwert, dass die Zeichen der Zeit nicht leicht zu deuten waren. So waren die Sozialdemokraten im wilhelminischen Reich kulturell und politisch stigmatisiert, sozial und ökonomisch aber erlebten sie Fortschritte, obwohl in den industriellen Ballungsgebieten eine Verelendung der Arbeiterschaft nicht zu übersehen war. Je nach Wahrnehmung und Deutung dieser ambivalenten Verhältnisse verorteten sich Teile der deutschen Arbeiterbewegung stärker auf der einen oder anderen Seite der ideologischen Ausrichtung. Der eine Teil war ein wenig radikal, der andere ein wenig reformistisch. Im Erfurter Programm der SPD von 1891, welches Nikolaus Osterroth bei seinen ersten Berührungen mit der Sozialdemokratie in die Hände kam, spiegelt sich die Ambivalenz der politischen Ausrichtung in der SPD wider. Im einleitenden Teil des Programms gab es eine stramm marxistische Ausrichtung, nämlich die Verwandlung des kapitalistischen Privatguts in gesellschaftliches Eigentum nach dem angenommenen unweigerlichen Zusammenbruch der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft. In den weiteren Ausführungen des Erfurter Programms war von einem Zusammenbruch der besagten Gesellschaft keine Rede mehr, sondern es sah von der gewaltsamen Veränderung der Besitz- und Vermögensverhältnisse ab. Gesellschaftliche Veränderungen sollten durch die politische Arbeit der Sozialdemokratie erreicht werden. So wurden im Erfurter Programm die beiden ideologischen Hauptrichtungen befriedigt. Die weiteren konkreten Forderungen, die dann folgten, ließen sich in einer bürgerlichen Gesellschaft aber nicht umsetzen, weil man eine gewaltsame Veränderung nicht wollte. Diese nicht eindeutige Zielsetzung zog sich wie ein roter Faden durch die verschiedenen Parteiprogramme der SPD bis zum Godesberger Programm 1959.⁸⁹

Osterroth wurde wegen seiner Meinungsänderung in Waldenburg von den Andersdenkenden stark angegriffen. Zwar war die Gruppe der ‚Radikalen‘ nicht so groß, aber Osterroth litt sehr unter diesen Angriffen, zumal wieder eine Gefängnisstrafe von vier Monaten wegen Beleidigung auf ihn wartete, die er am 7. Februar 1913 anzutreten hatte. Er hatte nicht mit einer Verurteilung, sondern mit einem Freispruch gerechnet. Sein Waldenburger Bergarbeiterverbandsvorstand war in Sachen Freispruch nicht so optimistisch und behielt Recht. Der Verband besetzte Osterroths Stelle als Arbeitssekretär mit einer anderen Person, weil man glaubte, die

⁸⁹ Walter, Franz: Die SPD, Biographie einer Partei, Reinbeck, Juli 2018, S. 30-54.

wichtige Funktion im Waldenburger Revier könne man nicht so lange vakant lassen, wie Osterroth im Gefängnis sitzen musste. Osterroth war über diese Entscheidung sehr verbittert und trug sich mit dem Gedanken, aus dem Angestelltenverhältnis beim Bergarbeiterverband auszuschneiden, um in einer freiberuflichen Tätigkeit als Schriftsteller und Agitator der sozialistischen Sache zu dienen. Hermann Sachse, der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, wollte Osterroth unbedingt in Verbandsdiensten halten und überzeugte ihn davon zu bleiben. Sachse war offensichtlich auch der Überzeugung, dass es für Osterroth besser sei, eine andere Aufgabe in einer anderen Region zu übernehmen, weil er sich aufgrund seiner intensiven und aufopferungsvollen Arbeit für die Partei und den Bergarbeiterverband psychisch und physisch sehr strapaziert hatte. Im Laufe des Jahres 1911 hatte Nikolaus Osterroth neben seiner Tätigkeit als Arbeitssekretär und der ehrenamtlichen Arbeit in der sozialdemokratischen Partei den Aufbau einer eigenen Druckerei für die ‚Schlesische Bergwacht‘ betrieben. Für diesen zeitlichen Mehraufwand erhielt er keine finanzielle Entschädigung und auch keinen Zeitausgleich, so dass er sogar seinen ihm zustehenden neuntägigen Jahresurlaub für seine Arbeit nutzte. Diese Belastung und die ständige Drangsalierung durch die Obrigkeit zehrten an seiner Gesundheit und an seinen Nerven.⁹⁰

Da eine geeignete feste Tätigkeit im Verbandsgebiet gerade nicht frei war, bat man Osterroth, eine mehrwöchige Agitationstour im September/ Oktober 1913 in Oberschlesien durchzuführen. Nach dieser Tour wurde Nikolaus Osterroth die freigewordene Bezirksleiterstelle des Bergarbeiterverbandes in Lünen und Hamm angeboten, für die er sich auch entschied. Eine letzte Versammlung vor diesem Wechsel fand am 6. Oktober 1913 in Gottesberg im Waldenburger Revier statt. Vor Osterroth sprach der Breslauer Arzt Dr. Bernstein⁹¹ zum Thema „Geburtenrückgang oder Geburtenstreik“? Die Ausführungen des Arztes gipfelten in der Aufforderung an die Arbeiterfrauen, durch Empfängnisverhütung für einen planmäßigen Rückgang der Geburtenrate zu sorgen. Damit könne die Arbeiterschaft einen ernsthaften Druck auf die kapitalistische Gesellschaft ausüben.

Nach dem Vortrag des Arztes ging Osterroth zum Rednerpult. Dr. Bernstein gab seinen Eindruck von dieser Versammlung in der Zeitung „Welt am Montag“ vom 7. Oktober 1913 wieder:

„In dasselbe Horn wie ich blies ein Mann, den ich niemals vorher gesehen hatte, dessen tiefe[n], durch Selbststudium erworbenen Kenntnisse[n] ich lauschte, der Arbeitersekretär Osterroth. Durch ein überwältigendes Zahlenmaterial, das die von ihm in ungezählten Forschungen und Enqueten ergaben, bewies er die schreckliche Verelendung und den gesundheitlichen Verfall der kinderreichen Arbeiterbevölkerung des Waldenburger Reviers...

⁹⁰ GStAPK: NL Osterroth, Nr.1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 47- 48.

⁹¹ Der Arzt Dr. Bernstein ist nicht zu verwechseln mit dem Sozialdemokraten Eduard Bernstein, dem geistigen Vorreiter der Revisionisten.

Die Osterrothschen Zahlen reden eine erschütternde Sprache. Mehr als tiefgründige nationalökonomische Untersuchungen kennzeichnen die Anschauungen des einfachen Bergarbeiters, der unter und über Tage das Elend seiner Klassengenossen mit Kenneraugen beobachtet hat, das grausige Elend dieser Arbeitermartyrer. Mit Seherblick profetischen [sic] Geistes stellte [d]er von der Last des Lebens gebeugte Mann sich an die Seite des Arbeiterarztes. Der Urgrund alles menschlichen Jammers liegt klar vor beider Augen. Die Beschränkung der Geburtenziffer ist nicht das Mittel, um die Arbeiternot zu bannen, nicht die Waffe, die die Proletarier vom Daseinsjammer befreit. Nein und abermals nein! Aber sie ist ein revolutionäres, umwälzendes Mittel, eine gewaltige Waffe, vielleicht die vornehmste im Kampf gegen Ausbeutung, gegen die den Gesetzen der Menschlichkeit und Hygiene hohnsprechende Unterdrückung“.⁹²

Lob und Zustimmung durch Dr. Bernstein werden in diesem Zeitungsbericht zum Vortrag von Osterroth deutlich. Beide vertraten damit ein gewandeltes Familienbild, um aus der schwierigen sozialen und humanen Situation herauszufinden. Die Sozialdemokraten beschäftigten sich mit dem Thema Gebärstreik oder Geburtenrückgang zu der Zeit auf höchster Parteebene. In einer Versammlung in Berlin hatte sich die Genossin Clara Zetkin gegen eine Geburteneinschränkung ausgesprochen und damit eine heftige Diskussion ausgelöst. Der Genosse und Arzt Dr. Bernstein aus Breslau sprach sich auf derselben Versammlung für eine ‚vermehrte Geburteneinschränkung‘ aus. Dr. Bernstein und Nikolaus Osterroth vertraten auf der schon erwähnten Versammlung in Gottesberg nochmals vehement diese Meinung. In der Beilage zur „Schlesischen Bergwacht“ vom 7. Oktober 1913 wurde die Begründung beider zur Geburteneinschränkung treffend wiedergegeben.

Der Arzt und Genosse Dr. Bernstein betonte, dass „der Kinderreichtum ein Segen im Sinne der Orthodoxen der drei herrschenden Bekenntnisse sei, aber er würde zum ‚Fluch für die Menschheit‘. Die Beschränkung der Geburtenzahl, Kräftigung des schon durch schwerste Berufsarbeit geschwächten Frauenkörpers dadurch, daß man ihm nicht zu viel Geburtentätigkeit zumutet, ist ein Mittel um Tuberkulose und andere schwere Krankheiten zu bekämpfen.“⁹³ Außerdem forderte Dr. Bernstein eine ärztliche Begleitung von schwangeren Frauen. Bemerkenswert ist auch, so berichtet die „Bergwacht“, dass die Veranstaltung mit Dr. Bernstein und Osterroth von ungefähr 600 Menschen besucht wurde. Es ist anzunehmen, dass darunter mehrheitlich Frauen waren.

Mit diesem Ereignis endete Osterroths Zeit in Niederschlesien. Das von den Grubenherren herausgegebene Blatt „Feierabend“ zog bei seinem Abschied mit Hetze über ihn her: „Osterroth habe sich für die Sozialdemokratie in skrupellosester Weise mit allen Kräften eingesetzt,

⁹² GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 64, 65, Zeitung „Welt am Montag“ vom 7.10.1913.

⁹³ GStAPK: NL Osterroth, Rep. 92, Nr. 344, Zeitung „Schlesische Bergwacht“ vom 19. 11. 1913.

- ein dauernder Erfolg sei ihm nicht beschieden gewesen.“⁹⁴ Osterroths „Schlesische Bergwacht“ war da natürlich anderer Meinung. In einem Artikel wird sein Weggang außerordentlich bedauert:

„so wird sein endgueltiges Scheiden doch schmerzlich in der Waldenburger Arbeiterschaft beruehren. So mancher Genosse und besonders auch manche Genossin wird sich die Arbeiterbewegung im Kreise Waldenburg ohne den Nikolaus gar nicht vorstellen können.“⁹⁵

Die „Schlesische Bergwacht“ stellte am 7. 10. 1913 fest, dass Osterroth sich nicht nur das Vertrauen der Arbeiterschaft erworben hatte, sondern auch in Teilen der bürgerlichen Kreise Anerkennung genoss. Weiter wies die Zeitung darauf hin, wie hart seine politischen Gegner und die Obrigkeit mit ihm umgegangen waren. Die Gefängnisaufenthalte Osterroths seien der Beweis dafür. Mit dieser Würdigung in ‚seiner‘ „Schlesischen Bergwacht“ war die Zeit Osterroths im Waldenburger Revier abgeschlossen.⁹⁶

3.5. Osterroth im Ruhrgebiet und Kriegsbeginn 1914

Die Entscheidung Osterroths, eine neue Aufgabe im Ruhrgebiet zu übernehmen, war mit einer Beförderung zum Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes Lünen- Hamm verbunden. Am 8. Oktober 1913 traf Osterroth in Hamm/ Westfalen ein, kurze Zeit später folgte ihm seine Familie.⁹⁷ Das Ruhrgebiet war zu dieser Zeit schon das größte europäische Industriegebiet mit dem Schwerpunkt Kohle und Stahl, aber auch mit großen Betrieben im Maschinenbau, im Stahlbau und in der Elektroindustrie. In Osterroths Bezirk des Bergarbeiterverbandes waren ungefähr 6.000 bis 7.000 Bergleute organisiert. Der „Christliche Gewerkverein“ war hingegen ziemlich unbedeutend. Auf den zahlreichen Zechen im Bezirk Lünen-Hamm, zu denen auch Bergkamen mit dem heutigen Ortsteil Weddinghofen, Kamen und Unna zählten, arbeiteten nicht nur Bergleute aus Westfalen, sondern auch aus Schlesien, Ostpreußen und aus dem polnischen Oberschlesien. Osterroth traf auch viele ‚abgewanderte‘ niederschlesische Bergleute, die ihm natürlich in besonderer Weise vertraut waren. Er ging seine neue Arbeit wie immer gründlich und mit Eifer an. Von seinem Büro aus wurden die örtlichen Zahlstellen des Bezirksverbandes betreut und die Beitragszahlungen mit den Ortskassierern abgerechnet. Osterroth referierte in Mitgliederversammlungen, konferierte mit seinen Vertrauensleuten, pflegte die Kontakte zur Öffentlichkeit und war in ständiger Verbindung mit dem Hauptvorstand in Bochum. Sein besonderes Anliegen, das hatte ihn bekanntlich im Saarland und im Waldenburger

⁹⁴ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 65.

⁹⁵ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 65.

⁹⁶ GStAPK: NL Osterroth, Rep. 92, Nr. 340, „Schlesische Bergwacht“ vom 7. Oktober 1913.

⁹⁷ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 65.

Revier schon umgetrieben, war die Pressearbeit. An Tageszeitungen gab es in seinem Bezirk die der katholischen Bevölkerung nahestehende Zeitung „Westfälischer Volksfreund“ und den in Hamm und Umgebung erscheinenden „Westfälischen Anzeiger“, den Osterroth als farblos erachtete. Die Sozialdemokraten lasen die Dortmunder „Arbeiterzeitung“, die später in „Westfälische Allgemeine Volkszeitung“ umbenannt wurde. Zu den Zeitungen versuchte Osterroth ein gutes Verhältnis zu pflegen.

Sein Ehrgeiz entwickelte sich auch dahingehend, aus dem Verbandsbezirk einen gewerkschaftlichen Musterbezirk zu schaffen. Er motivierte seine Vertrauensleute und generierte in einer groß angelegten Werbekampagne in wenigen Wochen über 1.000 neue Mitglieder für den Bergarbeiterverband. Nikolaus Osterroth konzentrierte sich mit voller Kraft auf seine Gewerkschaftsarbeit, das war ganz im Sinne der Verbandsleitung, die es nicht so gern sah, wenn ihre Angestellten zu sehr in außerdienstlichen Beschäftigungen tätig waren. Auch Osterroth war zunächst nicht bereit, sich wieder intensiv in der Sozialdemokratischen Partei zu engagieren, hatte doch seine Gesundheit aufgrund der jahrelangen Doppelbelastung gelitten.

Die Sozialdemokratie im Wahlkreis Hamm-Soest war sich des politischen Talents Osterroths jedoch bewusst. Auf Drängen der Partei war er daher bald wieder in vorderster Frontlinie der Parteiarbeit aktiv. Der Wahlkreis konnte zwar noch nicht von der Partei gewonnen werden, aber die Mitgliederzahlen der Sozialdemokraten wuchsen unaufhörlich. Auch das Genossenschaftswesen des Bezirks Hamm-Soest war gut organisiert und erfolgreich. Bevor aber ein Staatsanwalt nach Rechtsverstößen aufgrund Osterroths scharfer Agitation in der politischen Szene fahnden konnte, hatte ein ‚alter Freund‘ aus Waldenburg, Staatsanwalt Blümel, Anklage gegen Osterroth erhoben. Dieser war dort wegen Beleidigung des Kronprinzen, die er in einer Rede ausgesprochen haben sollte, angeklagt. Deshalb musste er am 28. Juli 1914 vor der Strafkammer in Waldenburg erscheinen. Obwohl die Aussagen der Zeugen, die von dem Staatsanwalt aufgebracht wurden, sich in uneindeutiger oder sogar entlastender Weise darstellten, wurde Osterroth zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil fand in der Öffentlichkeit kein Verständnis. Osterroth legte zwar Revision ein, aber bevor es dazu kommen konnte, wurde die Strafe im Rahmen der Kaiserlichen Amnestie zu Beginn des Weltkrieges aufgehoben.⁹⁸

Die Verurteilung Osterroths zeigte einmal mehr, dass die Obrigkeit der Sozialdemokratie nach wie vor feindlich und ablehnend gegenüberstand, obwohl sich viele Sozialdemokraten von der nationalen Euphorie der Kriegsvorbereitungen hatten mitreißen lassen. Obwohl Osterroth so gerade noch im sogenannten Landsturmalter I war, wurde er zunächst nicht zur Armee einberufen.⁹⁹

⁹⁸ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 70, [Das Amnestie-Gesetz wurde am 27. Januar vom Kaiser erlassen, der Verfasser]

⁹⁹ Der Landsturm I erfasste alle wehrpflichtigen Männer vom 17. bis zum 39. Lebensjahr gemäß Wehrpflicht-Gesetz vom 11. Februar 1888.

Osterroths Überzeugung deckte sich mit dem Beschluss der SPD-Reichstagsfraktion vom 4. August 1914, den Kriegskrediten geschlossen zuzustimmen. Damit fügten sich alle SPD-Reichstagsabgeordneten der immer beschworenen und sakrosankten Parteidisziplin.¹⁰⁰ Die Sozialdemokratie im Reich hatte sich Monate vor Kriegsbeginn eigentlich vehement gegen die Kriegsvorbereitungen ausgesprochen und heftige Demonstrationen auf Straßen und Plätzen veranstaltet. Nikolaus Osterroth war, obwohl ihm das kaiserliche Deutschland das Leben bisher nicht einfach gemacht hatte, nun davon überzeugt, dass jetzt das deutsche Volk verteidigt werden müsse.¹⁰¹

Seit Beginn seines politischen Agierens und der gewerkschaftlichen Betätigung von 1890 bis zum Kriegsbeginn 1914 hatte Nikolaus Osterroth eine bemerkenswerte persönliche Entwicklung durchlebt. Seine Arbeit, sein zäher Kampf für soziale Gerechtigkeit, eine Verbesserung speziell auch der Lage der Frauen und Familien und das aufopfernde Eintreten für demokratische Veränderungen im Land und im Reich fanden die Anerkennung der Arbeiter und ihrer Familien. Von seiner mitreißenden Art, Menschen zu erreichen, profitierten der Bergarbeiterverband und die Sozialdemokratie gleichermaßen.

Wie stellte sich die Lage im Land und im Reich für Gewerkschaften und für die Sozialdemokratie dar? Wie stand es um die demokratischen Bestrebungen und um die Forderung nach Parlamentarismus? Trotz der seit 1887 rasant steigenden Wahlerfolge der Sozialdemokraten im Reich von 10,1 Prozent Stimmenanteil im Jahr 1887 auf 34,8 Prozent im Jahr 1912, gelang es der SPD nicht, in den Machtapparat oder in die Regierungsverantwortung vorzudringen. „Sie bemühten sich nicht um machtpolitische Spielräume, warben nicht um Bündnispartner, schmiedeten keine klugen Kompromisse und waren unfähig zu raffinierten taktischen Wendungen“, ¹⁰²urteilt der Politikwissenschaftler Franz Walter über 100 Jahre später. Die Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften waren hervorragend organisiert in ihrer Mitgliederstruktur und ihren Selbsthilfeeinrichtungen wie Konsum- und Genossenschaftswesen, Zahlstellen, Sport- und Kulturvereinen, aber es gelang nicht, die bürgerlichen Machtkonstellationen aufzubrechen. Die Monarchie bediente sich weiterhin stringent des Staatsapparats mit Polizei, Verwaltung, Militär und Justiz, um politische Aktivitäten, Streiks und demokratische Bestrebungen zu bekämpfen. Dass die Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften trotzdem ein Teil der Wilhelminischen Gesellschaft geworden waren, zeigte sich letztendlich am Vorabend des Kriegs 1914. Die Reichstagsfraktion stimmte den Kriegskrediten geschlossen zu, auch auf Druck der Gewerkschaften, und taumelte so mit in die Katastrophe des Ersten Weltkriegs.

¹⁰⁰ Walter, Franz: Die SPD, S. 57.

¹⁰¹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 70.

¹⁰² Walter, Franz: Die SPD, S. 52.

Auch Nikolaus Osterroth gehörte nicht zu den Sozialdemokraten, die noch Monate vorher gegen eine Mobilmachung reichsweit demonstriert hatten. Die von der SPD erhoffte Anerkennung für die Zustimmung zu den Kriegskrediten durch die Obrigkeit blieb allerdings aus, und an demokratischen Fortschritt in Deutschland war angesichts des Krieges nicht mehr zu denken. Es bestand sogar die Gefahr, wenn die Sozialdemokraten den Kriegskrediten nicht zugestimmt hätten und weiter bei der Antikriegspolitik geblieben wären, dass von der Regierung der Ausnahmezustand verhängt worden wäre.¹⁰³ In diesem Fall fürchteten die Sozialdemokraten Zustände, wie sie sie schon unter dem Sozialistengesetz erfahren hatten.

4. Erster Weltkrieg und Ende der Kaiserzeit

Der Krieg veränderte schlagartig das gesamte Leben, und das wurde in besonderer Weise spürbar, wenn der Tod von Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern von der Front gemeldet wurde. Zu Beginn des Krieges war die Unterstützung der hinterbliebenen Familien noch nicht geregelt, das bedeutete für diese Not und Elend. Der Bergarbeiterverband beschloss deshalb, für die Kriegerfamilien eine Million Mark an Unterstützung bereitzustellen. Mit diesem Beschluss war allerdings eine Gehaltskürzung für die Gewerkschaftsmitglieder um ein Viertel verbunden. Das traf die Familie Osterroth mit ihren acht Kindern hart, so dass der älteste Sohn, Franz, der nach der Volksschule eigentlich weiterlernen sollte, als Lohnarbeiter in die Fabrik musste. Zudem wurde Nikolaus Osterroth am 1. Januar 1915 selbst zum Landsturm einberufen. Die Einkleidung erfolgte in Münster, und in Burgsteinfurt fand ein paar Tage militärischer Drill statt. Anschließend wurde Osterroth mit seinem Bataillon als Bewachung eingesetzt.¹⁰⁴

Aus seinem Einsatzort schrieb Osterroth lange Briefe nach Hause, in denen er ausführlich das Soldatenleben, die Landschaft, aber auch seinen Gemütszustand beschrieb. Ein Brief vom Februar 1915 endete mit folgenden Sätzen:

„O Polackei, du gelobtes Land des Drecks, wenn ich vierzig Jahre in diesen Gefilden zu bringen muesste, wie ehemals die Juden in der Wueste, wuerde ich mich an den Beinen aufhängen. Besagte Juden hatten in der Wueste doch wenigstens noch Manna, Wachteln und reines Wasser, das Moses mit dem Stock aus dem Felsen schlug. In der Polackei ge-deihten aber nur Dreck und Schlamm, Läuse und Flöhe, dreckige Schweine. O Herr, erlöse uns von dem Uebel! Bewahre uns kuenftig vor dem russisch-polnischen Dreck. 10.000 des-infizierte Gruesse sendet Euer im polnischen Dreck steckender N. O.“¹⁰⁵

¹⁰³ Herbert, Ulrich: Geschichte des 20. Jahrhunderts, S. 127.

¹⁰⁴ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 70.

¹⁰⁵ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 71- 72, Brief Nikolaus Osterroths an seine Familie vom Februar 1915.

Osterroth schrieb noch zahlreiche andere Briefe an die Familie, an Freunde und Kollegen in der Heimat, in denen immer wieder sein Pfälzer Humor zum Vorschein kam. Es ergab sich dann, dass ein Hornist für die Bataillonskapelle gesucht wurde und Osterroth sich mit seinen Instrumentalkenntnissen, die er als junger Mann in seinem Heimatort erworben hatte, meldete und zum Bläser des Tenorhorns avancierte. Als er kurze Zeit später zum Chorleiter befördert wurde, stellte man Osterroth vom Wachdienst im Gefangenenlager frei. Bei den Soldatenkameraden war er beliebt, weil er manchen Schriftverkehr, wie zum Beispiel Urlaubsanträge oder Eingaben an Dienststellen und Behörden für sie formulierte und erledigte.¹⁰⁶

Weitere Eindrücke von seinem Kriegseinsatz schilderte Osterroth seinem ältesten Sohn, indem er ihm von den halbverhungerten und sterbenden Kriegsgefangenen berichtete. Er ließ sich in einem großen Zorn auch über den Wahnsinn des Krieges aus und forderte seinen Sohn auf, weil der in einem Brückenbaubetrieb arbeitete, in welchem auch Kriegsgefangene aus Russland und Frankreich arbeiteten, diese gut zu behandeln und ihnen durch kleine Geschenke öfters eine Freude zu machen.¹⁰⁷

Eine willkommene Abwechslung vom Einsatz ergab sich, als Osterroth mit der Bataillonskapelle in Waldenburg ein Konzert zugunsten des Roten Kreuzes veranstaltete. Ein Redakteur der „Schlesischen Bergwacht“ und viele seiner Freunde begrüßten ihn herzlich.

Ende 1917 kam eine höchst erfreuliche Nachricht an Osterroth vom Vorstand des Bochumer Bergarbeiterverbands, dass es ihm gelungen sei, Osterroth wegen der entblößten Gewerkschaftstätigkeit aufgrund der Einberufungen zu reklamieren.¹⁰⁸ Am Neujahrstag 1917 war Osterroth wieder bei seiner Familie in Hamm und nahm sofort seine Arbeit in der Gewerkschaft und in der Partei wieder auf. Da er aus seiner patriotischen Einstellung nie einen Hehl gemacht hatte, versuchte er den Verteidigungswillen in der Arbeiterschaft zu stärken, „nicht nur, wie er sich einmal ausdrückte, um ihre Existenzmöglichkeiten innerhalb unserer Volkswirtschaft zu erhalten, sondern um der politischen und kulturellen Weltgeltung Deutschlands [sic]“. ¹⁰⁹ An dieser Stelle wird die politische Meinung Osterroths einmal mehr deutlich, dass er sich zum revisionistischen, reformistischen Teil der Sozialdemokratie zählte. ¹¹⁰ Die Zustimmung zu den Kriegskrediten vom 4. August 1914 durch die Sozialdemokraten war auch kein Bruch mit der Tradition der Partei, die SPD war nicht unbedingt pazifistisch. Im Erfurter Programm von 1891 wird explizit auf die „Erziehung zur Wehrhaftigkeit“ hingewiesen. Nach dem Angriff des zaristischen Russlands auf das Deutsche Reich 1914 in Ostpreußen glaubten die meisten

¹⁰⁶ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 72.

¹⁰⁷ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 74.

¹⁰⁸ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 74.

¹⁰⁹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 75.

¹¹⁰ Walter, Franz: Die SPD, S. 61

Sozialdemokraten, dass Deutschland sich im Abwehrkampf befinde und ließen sich in die vaterländisch-patriotische Bewegung eingliedern. Die Sozialdemokraten waren außerdem leidenschaftliche Antizaristen, weil sie im Zaren den Reaktionär und Ausbeuter schlechthin sahen.¹¹¹ Auf die Tatsache, welche die Sozialdemokraten, nicht nur in Deutschland, in ihrer Haltung zum Krieg zerrissen hat, wird später noch eingegangen.

Nikolaus Osterroth sprach sich in einer Versammlung des überparteilichen „Ausschusses fuer Kriegshilfe“ für ein „eisernes Durchhalten“ aus. Für dieses müssten aber auch die besserbemittelten Volksschichten Opfer bringen, um den Arbeitern, den Kriegerwitwen und den Soldaten an der Front das Gefühl zu geben, dass auch die Reichen Entbehrungen auf sich nehmen.¹¹² Reden in diesem Sinn hielt Osterroth jeden Samstag vor zwei, oft auch drei Belegschaftsversammlungen im Bergarbeiterbezirk Hamm auf den umliegenden Schachtanlagen. Er informierte sich bei der Gelegenheit über Wünsche und Beschwerden bezüglich der Arbeitsbedingungen und der Lebensmittelversorgung. Die Versammlungen verliefen oft mit einer großen Missstimmung der Belegschaften. Der Unmut über die lange Kriegsdauer und die schlechte Versorgung mit Lebensmitteln war so elementar, dass Osterroth nur mit Mühe seine Auffassung über das Durchhalten vortragen und die Lautstärke übertönen konnte. Während der letzten Kriegsjahre war das Leben für die Arbeiter sowie für den größten Teil der Bevölkerung in den Städten besonders hart. Im Krisenjahr 1917 fehlten in manchen Bergarbeitergemeinden wochenlang Kartoffeln, selbst Steckrüben, die hauptsächliche Kriegsnahrung, war oft nicht zu haben. In den nicht frostsicher angelegten Kellern und Ställen der Zechenkolonien erfroren die Kartoffeln und andere Gartenprodukte, die man im Herbst eingelagert hatte. – Der Steckrübenwinter 1917 ist heute noch berüchtigt. – Sogenannte Hamsterfahrten der Arbeiterfrauen in die Bauerndörfer der Umgebung waren meistens nicht von Erfolg gekrönt, weil die Bauern sie abwiesen.¹¹³ Oft beschlagnahmten auch Gendarmen die organisierten Lebensmittel. Die Bergleute mussten trotz ihrer Unterernährung immer mehr Überschichten leisten, um die Kohleförderung zu steigern. Zwangsläufig stiegen durch die Mehrbelastung der Kumpels die Krankenzahlen.¹¹⁴ Da der Arbeitssekretär, der sich sonst um die sozialen Belange zu sorgen hatte, fehlte, übernahm Osterroth auch noch dessen Aufgabe und half täglich bis zu dreißig Rechtsschutzsuchenden bei ihren Angelegenheiten.

Im Auftrag der Bergarbeiterleitung in Bochum musste Osterroth in sein altes Tätigkeitsgebiet Saarland reisen, um dort in Bergarbeiterversammlungen Vorträge über „die Gewerkschaften im Dienst der Vaterlandsverteidigung“¹¹⁵ zu halten. Bei aller Arbeit konnte Osterroth nur mit

¹¹¹ Walter, Franz: Die SPD, S. 62.

¹¹² GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 75.

¹¹³ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 75.

¹¹⁴ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 75.

¹¹⁵ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 76.

großer Mühe seine vielköpfige Familie ernähren. Es gelang ihm nur mit Hilfe seiner vielen Freunde. Umso mehr geriet er in Zorn über die Wucherpreise für Lebensmittel bei Erzeugern und Händlern.

Im Fokus seines Unmuts stand auch die Annexionsgier der „Alldrutschen“,¹¹⁶ die die drohende Niederlage im Krieg nicht wahrhaben wollten und fernab jeglicher Friedensbemühungen waren. Ärger löste bei Osterroth auch der Widerstand der reaktionären Kräfte im Reich gegen eine Demokratisierung des preußischen Wahlrechts aus. Was ihn zu dieser Zeit bewegte, schrieb er in einem Brief vom 2. Juni 1917 an einen Soldatenkameraden in seinem ehemaligen Einsatzort in Polen:

„Meine Ansicht über die Landesverteidigung hat sich zwar nicht geändert, aber der Teufel soll mich holen, wenn die Gesellschaft von regierenden Herrenmenschen, geschäftemachenden Industriellen und agrarischen Beutelschneidern wert ist, dass sich die Proleten fuer sie totschlagen lassen. Wenn es uns nicht um die Zukunft des ganzen Volkes ginge, so wuerde man die Wucherbande und Halsabschneider am besten allein die Suppe auslöffeln lassen. Die Gesellschaft treibt es nach dem Sprichwort: Nach uns die Sintflut! Wie wenig Rücksicht man auf den Magen des Volkes nimmt, kannst du ermessen, wenn ich dir mitteile, dass im Ruhrrevier seit Jahresanfang 60 Streiks ausbrachen, deren Ursache die Verzweiflung ueber die ganz unzulängliche Versorgung war. Fliegen dann die Brocken, so muessen die Gewerkschaftsangestellten die Karre wieder aus dem Dreck ziehen. Einem anderen glauben die Arbeiter schon gar nichts mehr, mag er General oder Landrat sein. Selbst die Gelben¹¹⁷ streiken auf verschiedenen Zechen nach Noten... Ich habe seit Januar 17 Pfund abgenommen, das will bei mir „Haut und Knochen“ doch etwas heissen. Kartoffeln habe ich mit meiner Familie seit Mitte März nicht mehr gegessen. Und dabei lebt das Bauernpack ebenso gefräßig wie im Frieden. Und die Leute mit den dicken Geldbeuteln auch. Denn du kannst alles haben, aber zu ungeheuerlichen Preisen. Wer aber mit dem bisschen rationierten Fett leben und arbeiten muss, der hat die Hölle zu erdulden. . . Die Grosshänse säen Wind und werden nach dem Krieg Sturm ernten... Man brauchte heute bloss ein Fuenkchen ins Pulverfass zu werfen. Und so ist es wohl in allen kriegfuehrenden Ländern...Mit dem Frieden hört die heute geuebte Ruecksichtnahme auf. Dann beginnt der heilige Kreuzzug gegen die Beutejäger und gegen die Reaktion. O, das Schuetzengrabengeschlecht wird mit ganz anderem Ohr auf die Anklagen der Sozialdemokratie hören. Unsere Saaten werden so fuerchterlich in die Halme schiessen, dass es allen Suendern grauen wird. Es wird eine furchtbare Abrechnung werden.“¹¹⁸

¹¹⁶ Herbert, Ulrich: Geschichte, S. 125, der „Alldrutsche Verband“, ein überparteilicher Agitationsverein, hatte in Kriegsziel-Denkschriften die Forderung nach umfangreichen Gebietserweiterungen im Westen wie im Osten gefordert, verbunden mit der Ausweisung der dort lebenden Bevölkerung.

¹¹⁷ Bezeichnung für die christlichen und arbeitgebernahen Gewerkschaften.

¹¹⁸ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, Brief von Nikolaus Osterroth an einen Kameraden in Polen vom 2.6.2017, zitiert nach: unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 76.

Unmut und Wut über die Situation werden hier sehr deutlich und auch die politischen Folgen nach dem Krieg kündigen sich an. Denn die Uneinigkeit über die politischen Einschätzungen zur Kriegslage und die Forderungen nach Veränderungen führten zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Reichstagsfraktion der SPD. Die Lager der Radikalen und der Revisonisten entzweiten sich 1917 so sehr, dass der radikale Teil der Fraktion ausgeschlossen wurde. Diese Gruppe der Abgeordneten unter der Führung von Karl Liebknecht und anderen prominenten SPD-Politikern gründete im April 1917 eine neue Partei, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD). Für die Sozialdemokratische Bewegung hatte diese Spaltung schwerwiegende Folgen, auf die später wieder eingegangen wird.¹¹⁹

Ein weiterer Feldeinsatz blieb Osterroth erspart, weil ihn der Bergarbeiterverband weiterhin erfolgreich reklamieren konnte. Seine Anwesenheit in seinem Verbandsgebiet war auch von Nöten, denn aufgrund der schlechten Versorgungslage war die Stimmung bei den Bergleuten und deren Familien bis auf das Äußerste gereizt. Ein alter Bekannter Osterroths, Dr. Lavenstein,¹²⁰ Angestellter im Kriegsamt, nahm Kontakt zu ihm auf. Lavenstein wollte wissen, ob die Einführung der Siebenstundenschicht im Bergbau ohne Rückgang der Fördermenge möglich sei und was Osterroth von einem Ersatz der ungelerten Arbeiter durch gelernte Bergleute, die von der Front zurückgekehrt seien, hielte. Es ging noch um weitere bergbauspezifische Fragen und am Schluss des Briefes betonte Lavenstein, dass das Kriegsministerium geneigt sei, auf Wünsche der Belegschaften einzugehen.¹²¹ Die Bemühungen von Lavenstein zeigten für die Arbeiter keine entscheidenden Ergebnisse. Aber der Briefwechsel ist bemerkenswert, weil er auf den ‚Burgfrieden‘ hinweist, den die Reichsführung mit den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie mit dem Kriegsbeginn 1914 vereinbart hatte. Aus der Korrespondenz zwischen Osterroth und Dr. Lavenstein ist ein Antwortbrief vom 14. Juli 1917 erwähnenswert, in dem Osterroths innere Einstellung und das daraus resultierende Handeln deutlich werden.

Auf Lavensteins Frage vom 9. Juli 1917: „ob man sich an all die Schmerzen des Intellekts gewöhnen kann?“, antwortet Osterroth:

„Warum nicht?! Wäre das nicht der Fall, so muesste ja die Verzweiflung das Endstadium jedes tiefer Suchenden sein... Es muss etwas geben, was dem Weltschmerz die Waagschale hält und das Individuum zur Harmonie leitet. Dieses Etwas betrachte ich als das eigentliche Lebensziel. Freude, es muss nicht Daseinsfreude sein – diese wird uns ja am grundlichsten durch die Erkenntnis unserer kosmischen Stellung verdorben – Freude

¹¹⁹ Walter, Franz: Die SPD, S. 62-63.

¹²⁰ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 38: Dr. Adolf Lavenstein war Psychologe und half Osterroth bei der Erstellung von Fragebögen, die er an die Arbeiterschaft im Waldenburger Revier verteilt hatte, um Informationen über die sozialen Verhältnisse zu erhalten.

¹²¹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, Brief von Lavenstein an Nikolaus Osterroth vom 9. Juli 1917, zitiert nach: unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 76- 77.

empfinde ich zum Beispiel ganz rein und oft unbewusst, wenn ich einem armen Luder aus einer bösen Patsche helfen, wenn ich einem unschuldig Verfolgten zu seinem Recht verhelfen, wenn ich einem armen Krüppel die Rente erstreiten kann. Freude empfinde ich auch in der eigenen Auflehnung gegen die usurpierte Gewalt, auch wenn ich dabei äusserlich unter die Räder komme. Freude auch, wenn ich einem Lump einen Denkkzettel anhängen kann.“¹²²

Es folgen in dem Brief noch weitere philosophische Betrachtungen, doch schon an den wenigen zitierten Zeilen wird deutlich, welche Antriebskraft Nikolaus Osterroth in seinem Wirken als Gewerkschaftler und Sozialdemokrat zugrunde lag. Der Schlusssatz des Briefes lautet: „Arbeiten und nicht verzweifeln, sei auch unsere Losung, sonst geben wir uns selbst auf.“

Es stellt sich die Frage, wie Osterroth zu dieser hohen ethischen Lebensauffassung kam. Zu einer vergleichbaren Frage hielt die österreichische Frauenrechtlerin und Sozialistin Adelheid Popp, die aus ähnlichen sozialen Verhältnissen stammte wie Osterroth, in ihren „Jugendgeschichten einer Arbeiterin“ aus dem Jahr 1909 fest: „Ich lernte einsehen, daß alles, was ich erduldet hatte, keine göttliche Fügung, sondern von den ungerechten Gesellschaftseinrichtungen bedingt war.“¹²³ Diese Erkenntnis teilte Nikolaus Osterroth, als er sich in seinen Jugendjahren der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie zuwandte und sich anschickte, an den bestehenden sozialen und politischen Verhältnissen mit seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten etwas zu verändern. Osterroth und Adelheid Popp, die auch streng katholisch war, sahen, dass die Katholische Kirche zu sozialer Gerechtigkeit nicht beitragen wollte. Der Einfluss von Kirche, Schule und Militär bestärkten Osterroths Willen, sich von deren Wertvorstellungen zu lösen und sein Streben nach sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe für alle Menschen bei den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zu verwirklichen. Dieses Streben nach sozialer Gerechtigkeit war der wesentliche Grund für Nikolaus Osterroth sich über alle Widerstände hinweg als Gewerkschaftler und Politiker der SPD für seine politischen Ziele einzusetzen. Die Demokratie war für ihn kein Selbstzweck, sondern als Sozialdemokrat hielt er sie unter den gegebenen Umständen für das beste politische System, um sein eigentliches Ziel der sozialen Gerechtigkeit durchzusetzen und die Benachteiligung und Unterdrückung der besitzlosen Menschen zu beenden.

An Arbeit mangelte es Osterroth wahrlich nicht. Im Frühjahr 1918 wurde er gebeten, sich in einer neuen Organisation der Arbeiterschaft einzubringen. Die Gewerkschaftsbewegung hatte als Interessenvertretung der zurückgekommenen Frontsoldaten den „Reichsbund“ ge-

¹²² GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, Brief von Nikolaus Osterroth an Dr. Lavenstein vom 14. Juli 1917, zitiert nach: unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 77.

¹²³ Adelheid Popp: Jugendgeschichten einer Arbeiterin, mit einführenden Worten von August Bebel, Ernst Reinhardt, München 1909. Popp, 11.2.1849- 7.3.1939, war Mitglied des Wiener Gemeinderats bis 1923 und später Abgeordnete des Nationalrats. Als Nachfolgerin von Clara Zetkin war sie Vorsitzende des Internationalen Frauenkomitees. https://de.wikipedia.org/wiki/Adelheid_Popp, (letzter Zugriff: 22.02.2021.)

gründet. Ostern 1918 hielt sich Osterroth in Weimar auf dem „Ersten reichsdeutschen Bundestag“ auf, um ein grundlegendes Referat mit dem Thema: „Der Bund und die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen“ zu halten.¹²⁴ Die Gründung des „Reichsbundes“ sollte auch einem neuen reaktionären Kriegsvereinsgeist entgegenwirken. Osterroth musste seine Arbeit für den Reichsbund aber gegen Ende des Kriegs 1918 wegen anderer dringender Aufgaben aufgeben. Die Versorgungslage hatte inzwischen katastrophale Ausmaße angenommen. Im Ruhrgebiet brodelte es gewaltig und die Menschen waren kaum noch zu beruhigen, Hungerstreiks waren vielerorts an der Tagesordnung.¹²⁵

In seinem Dienst- und Wohnort Hamm versuchte Osterroth seine Gewerkschaftsmitglieder zu beruhigen. Die Hammer Obrigkeit hatte einen Ausschuss zur „Aufrechterhaltung der Stimmung“ gegründet, in dem sich Osterroth einen Vortrag des Kreisarztes anhörte, der sich über den Vitamingehalt von Vogelbeeren, Hagebutten, wildem Feldsalat, wildem Hopfen und Brennesseln ausließ, womit man das tägliche Steckrübenessen nahrhaft gestalten könne. Auch die Frau des Oberbürgermeisters versuchte etwas zur Beruhigung der Lage beizutragen, indem sie sagte, wieviel Entbehrungen „unsere Kreise“ sich auferlegen würden und sich die Arbeiterfamilien daran ein Beispiel nehmen könnten. Der Landrat des Kreises und der Oberbürgermeister der Stadt Hamm forderten Osterroth auf, zu versuchen, die zahlreichen Hungerstreiks einzudämmen, dafür wollten sie für größere Brotrationen intervenieren. Für seine Bemühungen wurde Osterroth von beiden, und auch vom Präsidenten des Oberlandesgerichts Hamm gelobt.¹²⁶

Im August 1918 hielt Osterroth vor sozialdemokratischen Parteimitgliedern in Hamm einen Vortrag mit dem Thema: „Die Zukunft des Sozialismus“. Ein Zeitungsbericht, ebenfalls im August 1918 erschienen, berichtet ausführlich über den Inhalt des Vortrags.¹²⁷ Zu Beginn prognostiziert Osterroth, dass Deutschland nach dem Krieg eine ungeheure Schuldenlast zu tragen habe, aber durch den Rohstoffreichtum an Kohle eine wirtschaftliche Monopolstellung in Europa einnehmen könne. Man müsse nur die Produktivität steigern, „um die Schuldenlast nach und nach abtosseln zu können“. Dazu müsse die Erzeugung und Verteilung in Staatshände gelegt werden, an Stelle der bisher privat-kapitalistischen Monopole. Daraus dürfe aber kein Staatskapitalismus werden, sondern eine Sozialisierung der Warenerzeugung und der Güterverteilung.

¹²⁴ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 79.

¹²⁵ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 79.

¹²⁶ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 79.

¹²⁷ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, Zeitungsartikel „Die Zukunft des Sozialismus“, Zeitung unbekannt, August 1918, zitiert nach: unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 79-80.

Osterroth griff in seinem Vortrag auch die Politiker an, die immer noch an einen „Siegfrieden“ glaubten. Namentlich nannte er den nationalliberalen Landtagsabgeordneten Fuhrmann aus Hamm, der die Annektierung der eroberten Gebiete in Belgien und Russland propagierte. Die Sozialdemokraten wollten aufgrund der Kriegslage dagegen einen „Verständigungsfrieden“ anstreben. So sinngemäß die Wiedergabe des Vortrags Osterroths aus der namentlich nicht genannten Tageszeitung vom August 1918.

Nicht nur in Hamm versuchte Osterroth die aufgebrauchte Arbeiterschaft und die Sozialdemokraten zu beruhigen, um öffentlichen Ausschreitungen oder Revolutionsgefahren zu begegnen. Am 17. Oktober 1918 redete er auf einer öffentlichen Versammlung der SPD in Münster. In dieser Rede propagierte er eine Politik der „allmählichen Parlamentarisierung“ und erwähnte die „Genugtuung der breiten Volksmassen über den nunmehrigen Umschwung“ im Reich.¹²⁸

Es ist auffällig, dass Osterroth hier und an anderen Stellen von „allmählicher Parlamentarisierung“ und „Umschwung“, nicht aber von Demokratie spricht. Und auch in Reden, Vorträgen und Schriften anderer linker oder liberaler Politiker seiner Zeit, wird das Wort Demokratie nicht oder höchst selten verwendet. Zwar ist im Namen SPD: Sozialdemokratische Partei Deutschland die Bezeichnung „demokratisch“ enthalten, sie findet aber sonst im politischen Sprachgebrauch keine Verwendung. So auch nicht im „Erfurter Programm“ der Partei von 1891,¹²⁹ in welches sich Osterroth vertieft hatte, als er erstmalig mit der Sozialdemokratie in Berührung kam. Trotz der Forderung dieses Programms nach „allgemeinem, gleichem und direktem Wahl- und Stimmrecht, mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen“ sowie weitgehenden Forderungen in sozialen und wirtschaftlichen Bereichen kommt das Wort „Demokratie“ nicht vor. Dieser Unterschied zum heutigen politischen Sprachgebrauch fällt auf und erklärt sich aus dem damals schlechten Ruf der „Demokratie“. Zur Entwicklung der Demokratievorstellungen in Deutschland im 19. und frühen 20. Jahrhundert stellt das Lexikon „Geschichtliche Grundbegriffe“ fest:¹³⁰ Nach der Französischen Revolution von 1789 zogen Intellektuelle theoretisch in Betracht, dass die Demokratie auch in Europa eine mögliche Staatsform sein könnte. Dabei wurden Länder wie die USA, Schweiz und die Niederlande als Beispiel herangezogen. So enthielt der Brockhaus von 1838 folgenden Vermerk:

„Die Demokratie als eigentliche Volksherrschaft hat ihr Feld in Amerika; sie wird es dort gewiß noch lange behaupten und sich in den verschiedenen Gestaltungen, deren sie fähig

¹²⁸ Klaus-Dieter Franke: Die Zeit der Weimarer Republik, in: Wolf-Michael Catenhusen/ Klaus-Dieter Franke (Hrsg.): 100 Jahre SPD in Münster (1878- 1978), Münster 1978, S. 23.

¹²⁹ Erfurter Programm der SPD 1891: [https://erfurt-web.de/Text Erfurter Programm](https://erfurt-web.de/Text_Erfurter_Programm), (letzter Zugriff: 28.8.2020)

¹³⁰ Artikel: Demokratie, in: Brunner, Otto, Conze, Werner, Koselleck, Reinhart (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart 1972.

*ist, nicht allein weiter auslaufen, sondern auch sehr bedeutend, und je mehr die europäischen Sprachen ... dort Boden und Wurzel gewinnen, desto bedeutender auf das alte Europa zurückwirken“.*¹³¹

Was bedeutete aber Demokratie für Europa? In den 1840er Jahren wurde der Begriff „Demokratie“ zunehmend inhaltlich konkretisiert, auch wenn unterschiedliche Vorstellungen, was eine Demokratie sei, nebeneinander existierten. Folgende Merkmale sollten eine Demokratie auszeichnen: „Volksouveränität, Nationale Einheit, Völkerverbindung, politische (und zunehmend auch soziale) Gleichheit mit Konsequenzen für die Wahlrechtsforderungen und weitere „Volksrechte“.“ Im Brockhaus von 1840 wurde die Demokratie als „dasselbe was man in neueren Zeiten unter dem Namen Republik bezeichnet“, beschrieben.¹³² Doch die Revolution von 1848, die aus Deutschland eine bürgerliche Demokratie machen wollte, scheiterte. Die Demokraten, einschließlich der Kräfte, die sich als „soziale Demokraten“ links von ihnen gebildet hatten, galten in und nach der Revolution 1848 als „Feinde der Ordnung“, weil sie für die Abschaffung der Aristokratie standen. Seitdem war die Ächtung der Demokratie und der Demokraten in Deutschland typisch. „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“, wurde zum geflügelten Wort der nationalen und monarchistischen Gruppierungen im Reich bis in die Kaiserzeit.¹³³ Mit den Demokraten wurde das Chaos der Revolutionszeit verbunden, mit den Soldaten Glanz und Erfolg der Reichsgründung. Im Kaiserreich waren nationale, liberale und monarchistische Parteien in der Mehrheit und der bürgerliche Demokratiebegriff von 1848 wurde immer mehr zurückgedrängt. Bei den Sozialdemokraten war der Demokratiebegriff nicht nur mit dem parlamentarischen, sondern auch mit dem sozialistischen Gedanken verbunden. So blieb es bis zum Ende des Kaiserreichs 1918. Zweifellos strebten die Sozialdemokraten aber eine parlamentarische Demokratie an, nahmen das Wort „Demokratie“ angesichts dieser Vorgeschichte aber kaum in den Mund. Auch Osterroth während der Revolutionstage 1918 nicht, aus denen die erste Demokratie auf deutschem Boden, die Weimarer Republik, hervorgehen sollte.

Anfang Oktober 1918 nahm der Hammer Oberlandesgerichtsrat Freymuth¹³⁴ Kontakt mit den Sozialdemokraten auf, weil er zu der Überzeugung gekommen war, dass Deutschland den

¹³¹ Brockhaus, CL Gegenwart, Bd. 1 (1838), 914, zitiert aus: Brunner, Otto: Geschichtliche Grundbegriffe, S. 863.

¹³² Artikel: Demokratie, in: Brunner et al (Hrsg): Geschichtliche Grundbegriffe, S. 884.

¹³³ Artikel: Demokratie, in: Brunner et al (Hrsg): Geschichtliche Grundbegriffe, S. 885.

¹³⁴ Arnold Freymuth, 28.11.1872 – 14.07.1933, war Oberlandesgerichtsrat in Hamm von 1911- 1919, unterbrochen vom Kriegsdienst 1914- 1916. Freymuth stammt aus einem jüdischen Elternhaus und setzte sich als Student in Königsberg 1892 vergeblich gegen die Ausgrenzung jüdischer Studenten ein. Nach dem Kriegseinsatz wurde er zum Pazifisten. 1918 wurde er Mitglied der SPD. Freymuth war in der verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung, später Abgeordneter des Preußischen Landtags, danach parlamentarischer Unterstaatssekretär im preußischen Justizministerium. Es gibt von und über ihn zahlreiche Schriften. Die Stadt Hamm hat 2012 eine Sekundarschule nach ihm benannt. https://de.wikipedia.org/wiki/Arnold_Freymuth,(letzter Zugriff am 26.01.2021.)

Krieg nicht gewinnen werde. Osterroth und Freymuth führten ergiebige Gespräche miteinander. Das führte dazu, dass beide am 20. Oktober 1918 eine gut besuchte öffentliche Volksversammlung in Hamm bestritten, in der sie ihre Auffassung über die Kriegslage und die Neuorientierung darlegten. Freymuth, der sich als Nichtsozialist vorstellte, ging auf den 14-Punkte-Plan des amerikanischen Präsidenten Wilson ein, den die vorläufige deutsche Regierung, die seit dem 5. Oktober 1918 unter dem Prinzen Max von Baden im Amt war, angenommen hatte. Diese Annahme war durch die Mehrheitsparteien des Reichstags einschließlich der SPD und der Obersten Heeres- und Marineleitung erfolgt. Verkürzt führte Freymuth aus, dass es „nicht ehrlos“ sei, nach einem vierjährigen Krieg gegen eine „gewaltige Übermacht und aufgezwungene Bedingungen aufzugeben“. Wenn der Krieg weitergeführt werden sollte, müsste der Beweis über die Möglichkeit eines Sieges dargebracht werden, um bessere Bedingungen für Friedensverhandlungen zu schaffen. Aber an einer Siegchance zweifelte Freymuth ausdrücklich.¹³⁵

Osterroth, als folgender Redner, betonte, dass die „ungeschminkten“ Worte Freymuths „mit aller Wucht zeigten, dass wir am Rande eines Abgrunds stünden“. Es folgte dann ein entscheidender Satz von Osterroth, der zeigt, wie beschwichtigend er auf die Zuhörer einwirken wollte:

*„Es wäre nun aber ganz verkehrt, Anklage gegen die neue Regierung zu erheben, die lediglich die Folgerungen aus der Lage gezogen habe, die sie bei ihrem Antritt vorfand. Die Schuld an der Katastrophe muesse man bei den Trägern des alten Systems suchen“.*¹³⁶

Weiter mahnte Osterroth, jetzt den „Kopf nicht zu verlieren“, „keine Panikstimmung aufkommen zu lassen, mit allen Kräften zu arbeiten, um die Produktion zu erhalten“. Ein Versammlungsteilnehmer fragte an, wie denn die Sozialdemokraten sich verhalten würden, wenn die Kriegsgegner die „Ehre“ und die „Lebensinteressen“ der Deutschen bei den Friedensbedingungen missachten würden. Osterroth verwies auf einen „Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstands“, in dem klar ausgesprochen sei, „dass die Sozialdemokratie unter allen Umständen zum Volk stehe und dass sie sich mit einem Frieden der Vergewaltigung, der Demütigung und der Verletzung seiner Lebensinteressen nie und nimmer abfinden werde“.¹³⁷ Im Schlusswort der Versammlung betonte Osterroth, dass „Deutschland von Preußen und Preußen von den Junkern beherrscht gewesen sei, das war unser Unglück“. Er mahnte noch einmal

¹³⁵ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 80- 81, Franz zitiert aus der Westfälischen Volkszeitung, Dortmund, Oktober 1918.

¹³⁶ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 80- 81.

¹³⁷ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 81.

an, das Bestreben der Sozialdemokratie auf dem Weg zum Frieden und zur Freiheit zu unterstützen.¹³⁸ Ähnliche Versammlungen bestritten Nikolaus Osterroth und der Oberlandesgerichtsrat Freymuth auch am 2. November 1918 in Hamm, am 3. November in Kamen und am 4. November in Soest.

Der Zusammenbruch des Kaiserreichs war nicht mehr aufzuhalten. Die Nachricht von revoltierenden Matrosen in Kiel liefen in Windeseile durch das ganze Reich. Ein Reichsfürst nach dem anderen dankte ab und entledigte sich seiner Verantwortung. Obwohl die Revolution von der Mehrheit der Sozialdemokraten nicht gestützt, sondern sogar abgelehnt wurde, zählten die Konservativen und die nationalen Kräfte sie zu den Revolutionären und brandmarkten sie später als die „Novemberverbrecher“.¹³⁹ Ab 1920 benutzten die NSDAP und auch die DNVP diese Bezeichnung als politischen Kampfbegriff.¹⁴⁰

Der Hammer Oberbürgermeister bestellte Nikolaus Osterroth zu Gesprächen zu sich. Dieser erinnert sich:

„Am 7. Und 8. November 1918 bat mich der Oberbuengermeister Matthai zu einer Besprechung ueber die schwebende Lage, und am 9. November wurde ich recht fruehzeitig durch einen Amtsboten aus dem Bett geholt mit der Bitte, doch sofort zum Herrn Oberbuengermeister zu kommen, den ich bleich und an allen Gliedern zitternd in seinem Dienstzimmer antraf. Er eroffnete mir, dass ihm vom Korpskommando in Muenster mitgeteilt worden sei, es duerfe kein Blutvergiessen stattfinden, und man muesse der Revolution freien Lauf lassen. Er seinerseits stelle sich gern auf den Boden der Tatsachen, nur sei es ihm furchtbar, dass Kieler Matrosen auch in Hamm angemeldet seien, die am Abend eintreffen sollten. Man kenne doch diese Leute nicht und wisse nicht, was sie alles vorhätten, und da ginge seine Bitte an mich, doch das Kieler Unheil dadurch abzuwenden, dass ich mit der einheimischen Arbeiterschaft die Macht uebernehme, d. h. Revolution machen solle. So ernst die Situation damals war, so konnte ich mir ob der Angst des Stadtgewaltigen und seiner Einladung zur Revolution ein Lächeln doch nicht verkneifen. Ich sagte daher frisch entschlossen dem Herrn Oberbuengermeister meine revolutionäre Unterstuetzung zu und holte mir ein Dutzend Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre und einige mir bekannte Soldaten aus dem Stadt- und Landkreis zusammen und beehrte mich bei einbrechender Dunkelheit, dem Herrn Oberbuengermeister und dem ohne mein Zutun versammelten Magistrat den neugebildeten Arbeiter- und Soldatenrat vorzustellen. Der Herr Oberbuengermeister nahm die Vorstellung gottergeben entgegen, betonte aber, dass er „nur der Macht

¹³⁸ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 81.

¹³⁹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 84.

¹⁴⁰ Novemberverbrecher: Schimpfwort und politischer Kampfbegriff von rechtsextremen Parteien und Medien gegen Vertreter der Novemberrevolution 1918 oder gegen demokratische Politiker der Weimarer Republik. Wikipedia.org/wiki/Novemberverbrecher, Aufruf vom 29.03.2021.

weiche“ (die er am Morgen eingeladen hatte) und stellte sich noch einmal auf den Boden der gegebenen Tatsachen. Seinem Wunsch nach Vergrößerung des Arbeiter- und Soldatenrates durch Einbeziehung von Vertretern der christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften konnte ich allerdings nicht entsprechen.“¹⁴¹

Soweit der Erinnerungstext Osterroths, der bei aller Ernsthaftigkeit der damaligen Lage einer gewissen Komik nicht entbehrt und das Absurde mancher politischen Ereignisse dokumentiert.

In den Städten und Gemeinden des Reichs wurden, wie auch in Hamm, die Arbeiter- und Soldatenräte überwiegend mit politisch gemäßigten Personen aus allen Schichten der Bevölkerung gebildet. Auch wenn die Furcht in allen Kreisen der Bevölkerung, auch in der Sozialdemokratie, vor bolschewistischen oder russischen Verhältnissen vorhanden war, so war diese aufgrund der relativ kleinen Zahl der Bolschewisten im Reich unbegründet. Die große Mehrheit der Räte unterstützte zunächst die aus der Revolution hervorgegangenen Regierungen bei der Bewältigung der Tagesaufgaben, erhob aber auch die Forderung nach Demokratisierung und Sozialisierung. Die Historikerin Ursula Büttner urteilt zur Situation der Räte:

„Unklar ist nach wie vor, ob das in den Räten zweifellos vorhandene demokratische Potential genügend Rückhalt für eine radikale Demokratisierungspolitik bot. Die Räte der ersten Phase der Revolution verstanden sich überwiegend genau wie die führenden SPD-Politiker als Nothelfer in einer Übergangszeit und mehr als Konkursverwalter des alten denn als Gründer eines neuen Staates. Sie hatten für die geforderten grundlegenden Veränderungen zudem nur wenige Wochen Zeit. In den Räten der zweiten Phase kam vor allem sozialer Protest, aber nicht der Wille zu politischer Neuordnung zum Ausdruck.“¹⁴²

Mit der Aufgabe des Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrats für den Kreis Hamm-Soest hatte Osterroth ein schweres Amt übernommen, das ihm und den Ratsmitgliedern viel Kraft abverlangte. In Hamm gab es einen bedeutenden Durchgangsbahnhof, in dem es, wegen der Umsteigemöglichkeiten von zurückflutenden Soldaten zu einer großen Betriebsamkeit kam, nicht nur auf dem Bahnhofsgelände, sondern auch in der Stadt. Auf den Bahngleisen stauten sich Waggons mit Heeresgut und weckten Begehrlichkeiten der Bevölkerung. Ausschreitungen und Plünderungen, Wucher- und Schwarzmarktgeschäfte waren vom Arbeiter- und Soldatenrat mit schweren Strafen belegt. Auf den Litfaßsäulen ließ Osterroth Plakate kleben:

¹⁴¹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz S. 84- 85, Franz zitiert hier wörtlich aus den Aufzeichnungen seines Vaters Nikolaus, die wie ein Tagebuch erscheinen.

¹⁴² Büttner, Ursula, Weimar, S. 62.

*„An die Zivil- u. Militärbevölkerung der Stadt Hamm
Im Einvernehmen mit der städtischen Behörde hat der unterzeichnete
Arbeiter- und Soldatenrat
die oberste Leitung der Verwaltung der Stadt Hamm an sich
genommen.
Alle Behörden bleiben in ihrem Amt, alle Beamten üben die bisherige
Tätigkeit weiter aus.
Die gesamte Bevölkerung wird dringend ersucht, sich den
Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates zu fügen. Die Ruhe
und Ordnung muß strengstens aufrecht erhalten werden. Wir bitten,
Massenversammlungen und Straßenaufläufe zu vermeiden und vor
allem die Kinder von der Straße fernzuhalten.
Plünderungen und sonstige Ausschreitungen werden strengstens
bestraft. Den mit Armbinden versehenen Patrouillen ist unbedingt
Folge zu leisten. Die polizeilichen Sicherheitsorgane bleiben weiter in
Tätigkeit.
Das Geschäftszimmer ist die Bahnhofskommandantur.*

Hamm (Westf.), den 9. November 1918.

*Der Soldatenrat. Ludwig Spieck. Carl Pannicke. Carl Benner. Ernst
Giebert. Fritz Langohr.*

Der Arbeiterrat. Arbeitersekretär N. Osterroth.

*Oberlandesgerichtsrat A. Freymuth. Dr. med. Martin. Fabrikarbeiter
W. Lepper. Schmied Cl. Bamberg. Bergmann Joh. Taubold.*

Bergmann Fritz Müller. Maurer C. Meyer.“¹⁴³

Ein weniger bekanntes Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats konnte den Versuchungen nicht widerstehen und wurde bei Unredlichkeiten ertappt. Oberlandesgerichtsrat Freymuth, der stellvertretende Vorsitzende des Rats, nahm sich des Falls an. Nach einer Verhandlung wurde das straffällige Mitglied ausgeschlossen. Freymuth war inzwischen der Sozialdemokratischen Partei beigetreten und war im Arbeiter- und Soldatenrat unentbehrlich. Aufgrund der anstrengenden Tätigkeit erlitt er allerdings einen Nervenzusammenbruch und musste aus dem Gremium ausscheiden.¹⁴⁴

Der Strom der zurückkommenden Frontsoldaten riss nicht ab, so dass sich viele Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere in der Stadt aufhielten. Über die politische Lage waren sie sehr orientierungslos und Osterroth nutzte die Gelegenheit, in „Aufklärungsversammlungen“ über

¹⁴³ https://www.hammwiki.info/wiki/Arbeiter-_und_Soldatenrat, (letzter Zugriff 06.03.2021.)

¹⁴⁴ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 85.

den Wandel in Deutschland zu unterrichten. „Diese Versammlungen verliefen stets sachlich und ruhig.“¹⁴⁵ Wegen eines Offiziers und seiner nationalistischen Soldaten entstand dagegen Unruhe in der Stadt. Diese Männer hatten die rote Revolutionsfahne vom Rathaus entfernt und anschließend verbrannt. Heftige Aufregung löste auch ein Artikel in der katholischen Zeitung „Westfälischer Volksfreund“ aus, der sich mit dem Vorfall befasste und gegen Osterroth und die sozialistische Bewegung einige „dumme“ Bemerkungen gemacht hatte. Daraufhin zogen republikanische Soldaten in die Redaktion der Zeitung und drohten Gegenmaßnahmen für den Wiederholungsfall an.

Im Rahmen einer großen Demonstration Ende November 1918 auf dem Marktplatz in Hamm wurde eine neue Revolutionsflagge auf dem Rathaus gehisst und dauerhaft bewacht. Osterroth erklärte von der Rednertribüne aus, dass er „nicht mehr gewillt sei, die Flut der Verunglimpfungen und Verleumdungen, die sich gewisse Kreise herausnahmen, fernerhin zu dulden.“ Er billigte auch nicht die Drohungen der Soldaten gegenüber der Zeitung. Außerdem bat er in seiner Rede die Bergarbeiter, die aus diesem Anlass in einen Sympathiestreik getreten waren, diese Schicht im Rahmen einer Sonderschicht wegen der Kohlennot nachzuholen.¹⁴⁶ Am Ende der Demonstration erfolgte eine EntschlieÙung, in der dem Arbeiter- und Soldatenrat das volle Vertrauen ausgesprochen und gelobt wurde, die „Errungenschaften“ der Revolution zu unterstützen sowie Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten. Weiterhin klagte man in der EntschlieÙung, dass die durch die Revolution errungene Meinungsfreiheit von fanatischen Anhängern des alten Systems missbraucht werde. Die Demonstranten protestierten auch gegen die

„geistige Verunglimpfung der Revolution und ihrer Träger durch die dunklen Werkzeuge der Gegenrevolution... Die Versammlung erwartet, daß die sozialistische Regierung durch eine baldige Ausschreibung der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung das Volk zum vernichtenden Urteil über seine bisherigen Verführer, Unterdrücker und Ausbeuter aufruft“,¹⁴⁷

heißt es unter anderem in der EntschlieÙung der Versammlung.

Die katholischen Kreise in Hamm waren wegen der Marktplatz-Kundgebung sehr verstimmt, weil sie ihrerseits der Meinung waren, dass sie durch die Kundgebung beleidigt und verunglimpft worden seien. Die Zentrumsparterie lud zu einer Gegenveranstaltung am 7. Dezember 1918 in den Saal des Lutherhauses in Hamm ein. Osterroth war aufgefordert worden, sich für

¹⁴⁵ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 85.

¹⁴⁶ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 85.

¹⁴⁷ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 86, Franz zitiert hier aus dem „Westfälischen Volksfreund“ (Datum unbekannt), der von der Demonstration berichtete.

seine Marktplatzrede zu rechtfertigen. Der katholische Arbeitersekretär Isenrath sprach über die Novemberrevolution und stellte fest, dass der 9. November 1918 ein „Tag der Morgenröte“ sei, „forderte sogar die Sozialisierung der wichtigsten und reifsten Monopole“¹⁴⁸ und zitierte damit im Grunde den Geist der Katholischen Soziallehre. An Osterroth, der tatsächlich anwesend war, ließ Isenrath kein gutes Haar und bezeichnete ihn als „Hetzredner“. Osterroth blieb bei seiner Rede besonnen und wehrte unter Anderem den Vorwurf ab, die SPD wolle einen Kampf gegen die Kirche führen. Er erwiderte, dass die SPD nicht daran denke, „die Trennung des Staates von der Kirche ohne Beschluß der gesetzgebenden Versammlung zu vollziehen. Für diese Trennung wären auch viele Geistliche beider Konfessionen, weil sie die Entstaatlichung der Kirchen wollten.“¹⁴⁹ Isenraths Rede war ein ganzes Konglomerat an Ansichten, Meinungen und Forderungen, zum Beispiel sprach er die Gründung einer rheinisch-westfälischen Republik, „Los von Berlin“ an, wofür er frenetischen Beifall erhielt. Osterroth hielt seine Gegenrede unter langanhaltendem Beifall, denn es waren auch viele Sozialdemokraten im Saal: „Der Weg zu einer zentrümlich-kapitalistischen Krummstab-Republik Rheinland-Westfalen außerhalb des Reiches...geht nur über unsere Leichen, aber auch über die Leichen anderer Leute!“¹⁵⁰

Alle diese Begebenheiten, Ereignisse und Abläufe im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben in der Stadt Hamm waren ein Spiegelbild dessen, was sich in ganz Deutschland, besonders in Berlin, abspielte: Der Zusammenbruch des bestehenden gesellschaftlichen Systems und der Versuch, ein völlig anderes gesellschaftliches und politisches Gefüge nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs zu finden. Nikolaus Osterroths Kriegseinsatz in Polen, über den er ausführlich seiner Familie berichtet hatte, ließ den Zeitgeist erkennen, wie er und der überwiegende Teil der Deutschen über das Verhältnis zu den östlichen Nachbarn in Polen und Russland dachten. Auch die Ambivalenz der Haltung Osterroths zum Krieg wird in seinen Briefen deutlich: Einerseits war und blieb er Patriot, andererseits lehnte er den Krieg und die, die ihn schürten, absolut ab. Charakteristisch war auch sein Einsatz und seine Hilfestellung für seine Soldatenkameraden. Genau so engagiert nahm er auch seine Arbeit als Bezirkssekretär nach der Reklamation durch den Bergarbeiterverband in Hamm wieder auf. In den Wirren der Novembertage 1918 ließ sich Osterroth auf Bitten der Obrigkeit einspannen, um als Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Er verhinderte auf diese Weise, dass sich linksradikale Kräfte entfalten konnten. Damit stand Osterroth in der Reihe der Mehrheit der Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die für radikale, revolutionäre Umwälzungen und Veränderungen nicht zu haben waren. Franz Walter hält in seinem im Jahre 2018 erschienenen Buch über die Geschichte der SPD dazu fest:

¹⁴⁸ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz S. 86.

¹⁴⁹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz S. 86.

¹⁵⁰ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz S. 86, Franz zitiert wahrscheinlich aus dem „Westfälischen Volksfreund“.

„Unter Historikern ist es mittlerweile gang und gäbe, die Sozialdemokraten für ihre Zaghaftigkeit und ihre Versäumnisse während der deutschen Revolution 1918/1919 zu schelten. Besonders den Mehrheitssozialdemokraten wirft man vor, die Zeit zwischen dem Sturz der Monarchie und den Wahlen zur Nationalversammlung nicht hinreichend genutzt zu haben, um die antidemokratischen Kräfte des alten Obrigkeitsstaates ein für alle Mal zu entmachten. Die Schwerindustriellen hätten enteignet werden müssen, so auch die Rittergutsbesitzer im Osten; dringend nötig gewesen wären ebenfalls die Demokratisierung der Verwaltung und die Republikanisierung des Militärs. All das hätte Weimar ein stabileres Fundament verschafft.“¹⁵¹

Ob die Sozialdemokraten dazu überhaupt die Macht gehabt hätten, ist jedoch fraglich; eine politische demokratische Mehrheit der Deutschen hatten sie jedenfalls nicht. Alle politisch und gesellschaftlich relevanten Kräfte in Deutschland waren auch am Ende des Kriegs nicht bereit oder fähig, grundlegendere demokratische Veränderungen im Staat mitzutragen. Die Beteiligung von parlamentarischen Kräften einschließlich der Mehrheits-SPD an der Macht war am Kriegsende der Tatsache geschuldet, dass die Generalität die Kriegsniederlage von sich weisen wollte. Der Waffenstillstand ist dann auch von einem Zivilisten, dem Zentrumsmitglied Matthias Erzberger am 11. November 1918 unterzeichnet worden. Das war das Ende des Ersten Weltkriegs.

Nikolaus Osterroth hat 1920 im Verlag der Buchhandlung des „Vorwärts“ in Berlin in einer Flugschrift mit dem Titel „Wir und die USPD“ seine politischen Anschauungen und Überzeugungen dargelegt, die sein Handeln in der Revolutionszeit bestimmten. Er stellt zunächst fest, dass die Revolution „größte Anforderungen“ an die Schlagkraft und das Können des Proletariats gestellt hat, da sie im „Zustand des Bruderkampfes“ stattfand.

Die USP (USPD) hatte sich 1917 von der SPD abgespalten, weil sie die Haltung der SPD zur „Vaterlandsverteidigung“ als Verrat an den Klasseninteressen des Proletariats ansah. Dass Osterroth bei der Bezeichnung „Vaterlandsverteidigung“ auch noch am Ende des Ersten Weltkriegs bleibt, erscheint aus heutiger Sicht befremdlich, denn spätestens nach dem Sieg über die 1914 in Ostpreußen eingefallenen Russen kann von einem Verteidigungskrieg keine Rede mehr sein. Mit den im Friedensabkommen von Brest-Litowsk formulierten Gebietsforderungen war der Krieg ein Eroberungskrieg geworden. Aber am Beginn des Krieges sich gegen Russland zu verteidigen, erschien auch für Sozialdemokraten als vaterländische Pflicht, zumal der Zar das reaktionäre Feindbild schlechthin war. Das Ziel der SPD war es, am Ende des Krieges einen „Verständigungsfrieden“ zu erreichen. Das scheiterte an den „alldeutschen Eroberungsfanatikern“ und an der USP, die auf einen vorzeitigen Zusammenbruch der Streitkräfte hoffte und sich damit ein Verständigungsfrieden erübrigte. Über die Gründe seitens der Haltung der USP macht Osterroth keine Aussage. Er weist in seiner Flugschrift auf die schwierige

¹⁵¹ Walter, Franz: Die SPD, S. 71.

Regierungsübernahme nach der Abdankung des Kaisers hin. „Die Einheit des Handelns war zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden“, das begriff niemand besser als die SPD und sie meinte damit die Zusammenarbeit mit der USP, der diese Zusammenarbeit am 9. November 1918 angeboten wurde. Aber die USP zögerte Verantwortung zu übernehmen, weil sich die Waffenstillstandsverhandlungen mit den Kriegsgegnern als schwierig erwiesen.

Nach Osterroths Meinung glaubte die USP selbst nicht daran, einer Regierungsverantwortung gewachsen zu sein. Sie sandte dann doch drei ihrer Führer in den Rat der Volksbeauftragten.¹⁵² Mit den drei Beauftragten der SPD war damit die „Einheitlichkeit der revolutionären Aktion“, so Osterroth, gewährleistet. Die Mitarbeit der USP-Volksbeauftragten war nur von kurzer Dauer, „sie suchten nach Gründen, um die Verantwortung abzuwälzen“.¹⁵³ „Unter Verleugnung der Forderungen des Erfurter Programms suchten sie die Wahl zur Nationalversammlung zu hintertreiben,“ beklagte sich Osterroth. „Sie strebten nach Verewigung der Diktatur der Arbeiter- und Bauernräte, obwohl die letzteren gewiss keine Auslese aus politisch reifsten Volksgenossen darstellten.“ Mit dem Hinweis auf die Verleugnung des Erfurter Programms durch die USP machte Nikolaus Osterroth darauf aufmerksam, dass die SPD keine gewaltsamen Veränderungen der Gesellschaft wollte. In einem Satz des Parteiprogramms heißt es: „Die gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet.“¹⁵⁴ Diese gesellschaftliche Umwandlung sollte nach Vorstellungen der USP und der Kräfte links davon durch die Diktatur des Proletariats zwanghaft nach sowjetischem Vorbild herbeigeführt werden. Osterroth stellte dazu fest:

„Sowohl der Druck der siegreichen Entente als das Interesse der Arbeiterklasse erforderte aber die Legalisierung der Revolution durch die Wahl einer verfassungsgebenden Nationalversammlung, aus der eine verhandlungsfähige, zum Friedensschluss fähige Regierung allein hervorgehen konnte. Ohne Nationalversammlung und ohne verhandlungsfähige Regierung war kein Friede denkbar, nach dem das ganze Volk hungerte.“¹⁵⁵

Osterroth glaubte fest daran, dass die Einheit SPD und USP die Wahlen zur Nationalversammlung hätte gewinnen können, um dann mit der demokratischen Mehrheit gesellschaftliche Veränderungen vorzunehmen. Dass diese Einheit nicht zustande kam, lag, so Osterroth, nur an der USP. Er stellte in seiner Flugschrift fest: „Unser Programm und unsere ganze Geschichte verbot uns den Weg der Demokratie zu verlassen und das Heil im Barrikadenkampf zu su-

¹⁵² Die Volksbeauftragten erledigten ab dem 10. November 1918 zunächst die Regierungsgeschäfte.

¹⁵³ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, Flugschrift von Nikolaus Osterroth „Wir und die USPD“, zitiert nach: unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 87-94.

¹⁵⁴ Erfurter Programm der SPD 1891: https://erfurt-web.de/Text_Erfurter_Programm, letzter Zugriff am 28.8.2020.

¹⁵⁵ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, Flugschrift von Nikolaus Osterroth „Wir und die USPD“, zitiert nach: unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 87-94.

chen.“ Osterroth war der Überzeugung, dass der Weg der USP und der Spartakisten den völligen Zerfall des Reiches bedeutet hätte und hoffte auf ein Einlenken der USP. Als aktiver Gewerkschaftssekretär stand er aber auch der Wirtschaft nahe, um festzustellen, dass die USP und die Kommunisten keinen Sinn für wirtschaftliche Lebensfragen hätten. Sie würden zerstörerische Kräfte für die Wirtschaft auslösen und das könnte nicht im Interesse der Arbeiterschaft sein.¹⁵⁶

5. Weimarer Republik und Ende der Demokratie

5.1 Nationalversammlung und erste Schritte der Demokratie

Die sozialdemokratische Unterbezirkskonferenz Hamm-Soest stellte Nikolaus Osterroth einstimmig für die Wahl zur verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung auf, die auf den 19. Januar 1919 terminiert war. Osterroth kandidierte im 18. Wahlkreis: Arnsberg (Westfalen-Süd) auf Platz 7 der SPD-Liste. Im Wahlkreis waren 16 Abgeordnete zu wählen. Gegen starken Widerstand setzte Osterroth in der gleichen Konferenz die Wahl des Obergerichtsrats Freymuth durch, der für die verfassungsgebende Preußische Landesversammlung nominiert wurde. Der Widerstand in der SPD regte sich deshalb, weil Freymuth noch nicht zwei Jahre lang Mitglied der Partei war und gemäß Parteistatut die Kandidatur nicht erlaubt war. Osterroth, der die SPD nach den Wahlen in Regierungsverantwortung sah, hielt die Heranziehung von Persönlichkeiten aus den geistigen Berufen für dringend erforderlich. Bei der Wahl zur Preußischen Landesversammlung ist Freymuth gewählt worden und kam anschließend als Staatssekretär in das Preußische Justizministerium.¹⁵⁷

Der Wahlkampf zu den verfassungsgebenden Körperschaften wurde mit Leidenschaft und großem Einsatz geführt, ‚Wahlkampf‘ konnte man wörtlich nehmen. Die Plakatkolonnen der Parteien überklebten oft die Wahlplakate der Gegenseite oder rissen diese einfach ab. In öffentlichen, gut besuchten Versammlungen versuchten die Parteien, Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen. Es ging in diesen Versammlungen oft sehr lebhaft zu, weil auch politisch Andersdenkende sie besuchten. Auch war es üblich, politischen Gegnern eine kurze Redezeit zu gewähren; das könnte man als guten demokratischen Ansatz bewerten. Osterroth musste sich in einigen Veranstaltungen im Wahlkreis mit Linksradikalen, Konservativen und Parteilosen auseinandersetzen. Er besuchte aber auch selber Auftritte seiner Gegner. So wurde ihm

¹⁵⁶ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, Flugschrift von Nikolaus Osterroth „Wir und die USPD“, zitiert nach: unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 87-94.

¹⁵⁷ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 99.

in einer Veranstaltung Gustav Stresemanns¹⁵⁸ von der Deutsche Volkspartei eine zehnmünütige Redezeit zugebilligt, die Osterroth nutzte, um den danach sehr reaktionär auftretenden Stresemann anzugreifen.¹⁵⁹

Am Abend vor der Wahl fand am 18. Januar 1919 eine Wahlkampfkundgebung auf dem Hammer Marktplatz statt, auf der Osterroth die Behauptungen der Zentrums- und Sozialdemokraten seien kirchen- und religionsfeindlich, scharf zurückwies. Die Parteien, die sich zur Wahl der beiden verfassungsgebenden Versammlungen stellten, entsprachen dem politischen Spektrum von links bis rechts. Außer der SPD (Mehrheitssozialisten), der USPD (Unabhängige Sozialisten) und der katholischen Zentrums- und Sozialdemokraten traten als ‚neue‘ oder jedenfalls mit anderen Namen die „Demokratische Partei“, die industriell-kapitalistische „Deutsche Volkspartei“ und die monarchistisch-konservative „Deutschnationale Volkspartei“ zur Wahl an. In anderen Teilen Deutschlands bewarben sich noch einige Splitterparteien. Die Ende 1918 aus dem Spartakusbund entstandene KPD unter der Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht beteiligte sich nicht an den Wahlen, weil sie als Verfechterin einer Rätediktatur in einer parlamentarischen Demokratie keine Zukunft sah.¹⁶⁰

Osterroth erfuhr am Morgen des 20. Januar 1919 die Wahlergebnisse in seinem Wahlkreis Arnsberg. Von sechzehn gewählten Abgeordneten fielen sieben Mandate an die SPD, fünf an das Zentrum, je drei an die Deutschnationale Partei und die Deutsche Volkspartei und eins an die Demokratische Partei. Von den 1.163.687 abgegebenen Stimmen im Wahlkreis erhielt die USPD lediglich 60.000. Die sieben SPD-Abgeordneten waren Max König, Otto Hue, Heinrich Hausmann, Clara Bohm-Schuch, Ewald Budde, Hans Libig und Nikolaus Osterroth.

Die Nationalversammlung konnte sich wegen bürgerkriegsähnlicher Verhältnisse nicht in Berlin konstituieren, sondern trat am 2. Februar 1919 in Weimar zusammen. Für Osterroth und viele andere Abgeordnete war es nicht leicht, Weimar zu erreichen. Überall in Deutschland gab es Streiks und Bürgerkriegsgeschehen, auch die Eisenbahnen wurden bestreikt. Die Züge waren überfüllt und blieben auch stecken, so dass Osterroth von Hamm bis Weimar 21 Stunden unterwegs war.¹⁶¹ Am 5. Februar 1919 schrieb der Abgeordnete Osterroth an die Familie über seine beschwerliche Zugfahrt, aber auch über sein angenehmes Quartier in Weimar. Eine Rückfahrt nach Hamm, um dort an den Gemeinderatswahlen teilzunehmen, schloss er aber

¹⁵⁸ Stresemann wurde später Reichsaußenminister.

¹⁵⁹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 99.

¹⁶⁰ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 99.

¹⁶¹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, Brief Osterroths an seine Familie vom 5.2.1919 zitiert nach: unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 99.

aus. Osterroth kannte aufgrund seiner jahrelangen gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit viele Abgeordnete in Weimar, zum Beispiel die Bergarbeitervertreter, seinen Förderer Hermann Sachse, Otto Hue, Heinrich Hansmann und einige andere.¹⁶²

Für Frauenrechtsfragen hatte sich Osterroth schon zu Gewerkschaftszeiten eingesetzt. Sein Verhältnis zu den Frauen in den Fraktionen der Nationalversammlung, insgesamt 37, die meisten davon saßen in der SPD-Fraktion, war von guten Kontakten geprägt. Die SPD-Fraktion stellte zehn Frauen: Marie Juchacz, die am 13. Dezember 1919 die Arbeiterwohlfahrt (AWO) gründete, Clara Blum-Schuch, Louise Schroeder, die spätere kommissarische Oberbürgermeisterin von Berlin, Wilhelmine Köhler, Hanna Reitze, Elisabeth Röhl, Anna Blos, Toni Pfülf, Minna Bollmann und Johanna Teich. Leidenschaftliche Frauenrechtlerinnen gab es auch in den anderen Fraktionen, zum Beispiel Dr. Gertrud Bäumer von der Deutschen Demokratischen Partei. Sie war 1920 als erste Frau Ministerialrätin im Innenministerium.¹⁶³

Als Neuling in der Fraktion sagten Osterroth die endlosen Fraktionssitzungen nicht zu. Seinem Freund Dikreiter aus den Zeiten im Saarland schrieb er:

„Ich glaube, ich werde Spezialist für Schlussanträge. Das Geseires geht mir auf die Nerven. Wehe uns, wenn wir für die sich häufenden Aufgaben auf allen erdenklichen Gebieten nicht neues Blut aus den proletarischen Schichten der Intelligenz bekommen. Wir dürfen nicht länger nur Arbeiterpartei sein.“¹⁶⁴

In diesem Brief beklagt er sich auch bei seinem Freund, dass er nicht zum „Strohdreschen“ gewählt worden sei und weiter: „Meine Eignung liegt auf anderen Gebieten. Ich rode lieber Einöden und bahne mir den Weg durch Gestrüpp.“ Das hatte Osterroth im Saarland und in Schlesien erfolgreich bewiesen. Seine politischen Fähigkeiten waren aber auch in der Fraktion in Weimar gefragt. Neben Otto Hue, Hermann Sachse und anderen wurde er in den sozialpolitischen Ausschuss entsandt. Dieser beschäftigte sich zum Beispiel mit den Regierungsentwürfen für ein Sozialisierungs-Rahmengesetz und für ein Kohlewirtschaftsgesetz, das eine gemeinwirtschaftliche Ordnung der deutschen Kohlenwirtschaft einführen sollte. Osterroth wurde bei der dritten Lesung dieser Gesetzesvorlagen am 13. März 1919 auf Vorschlag von Hue als Sprecher der Fraktion bestimmt. Für seine temperamentvolle Jungfernrede erhielt er sehr starken Beifall. Als Abgeordnete aus den Reihen der Rechten zu zischen begannen, gab es nochmal „stürmischen Beifall“ für den Redner von den Sozialdemokraten. In seiner Rede hatte Osterroth den Gesetzesentwurf gegen die unabhängigen Sozialdemokraten, gegen die

¹⁶² GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, Brief Osterroths an seine Familie vom 5.2.1919 zitiert nach: unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 100.

¹⁶³ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 101.

¹⁶⁴ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, Brief an Dikreiter zitiert nach: unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 102.

rechte Volkspartei und gegen die Deutschnationalen verteidigt.¹⁶⁵ Mit Leidenschaft und Kompetenz ging Osterroth auf die vergangenen und gegenwärtigen Verhältnisse des Bergbaus ein und betonte, das Gesetz sei eine Etappe auf dem Weg der Verwirklichung von Arbeitnehmerrechten und eine große Hoffnung für den Bergbau.¹⁶⁶ Die bürgerliche „Berliner Morgenpost“ schrieb am nächsten Tag über diese Sitzung der Nationalversammlung:

„In der eingehenden Aussprache lernte das Haus einen neuen Mann kennen, dessen Name man sich merken muss: den Redner der Mehrheitssozialisten, Osterroth, der in einer ausgezeichneten, ebenso gewandten wie schlagfertigen Rede, die allgemein gefiel, den Standpunkt seiner Fraktion vertrat. Es zeigt die ganze Hilflosigkeit des alten Systems, dass es mit diesem ungemein weitblickenden Mann von hohen politischen Fähigkeiten nichts anderes anzufangen wusste, als es ihn von Anklagebank zu Anklagebank schleppte. Der Stimmung der Bergarbeiter gab er in seiner Jungfernrede drastisch, aber durchaus nicht verletzend, Ausdruck. Adolf Hoffmann¹⁶⁷ hätte hier wieder einmal sehen können, was – auch nur aus einem Volksschüler – durch fleissiges Streben werden kann: ein Redner von angenehmen Formen und einem fehlerfreien Deutsch, auf das mancher Akademiker hätte neidisch sein können. Osterroth schreibt jetzt seine Jugenderinnerungen; man wird ihnen nach seiner heutigen Rede mit Interesse entgegensehen.“¹⁶⁸

Auch die Fraktionsführung der SPD war von Osterroth tief beeindruckt und Paul Löbe trug ihm die Stelle des Fraktionssekretärs an. Das wäre für Osterroth gewiss ein aussichtsreicher Sprung in die Politik gewesen. Nach Rücksprache mit dem Bergarbeitervorstand riet ihm Hermann Sachse, im Dienst der Bergarbeiterbewegung zu bleiben und stellte ihm wesentliche Tätigkeiten in Aussicht. Offensichtlich wollte der Bergarbeiterverband Osterroth nicht verlieren. Zunächst arbeitete er in der Nationalversammlung mit dem gewohnten Fleiß weiter. Am 22. März 1919 stellte er an die Reichsregierung Scheidemann mit dem Kollegen Max König eine „Kleine Anfrage“.

„Die Abgeordneten wollten wissen, ob die Reichsregierung bereit wäre, zur Sicherstellung der Ernährung und zur Beseitigung des berechtigten Unmuts der arbeitenden Bevölkerung unverzüglich zur Erfassung der verheimlichten Lebensmittelbestände zu schreiten, und

¹⁶⁵ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 102.

¹⁶⁶ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 102.

¹⁶⁷ Adolf Hoffmann, 23.03.1858-01.12.1930, sozialistischer Politiker, Mitglied im preußischen Abgeordnetenhaus und im Reichstag, sowie preußischer Minister für Wissenschaft, Kultur und Volksbildung. https://de.wikipedia.org/wiki/Adolph_Hoffmann (letzter Zugriff: 26.10.2021) Warum die Zeitung ihn nennt, geht aus den Quellen nicht hervor.

¹⁶⁸ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, Artikel aus der Berliner Morgenpost vom 14. März 1919 zitiert nach: unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 103.

diese unter Mitwirkung der Arbeiterräte zu beschlagnahmen und der öffentlichen Bewirtschaftung zuzuführen?“¹⁶⁹

Die Antwort auf diese „Kleine Anfrage“ erteilte das Reichsernährungsamt am 8. Mai 1919.

„Es wende sich gegen die vorgekommenen ungeordneten Requisitionen von Lebensmitteln durch Zechengesellschaften, wollte aber eine geordnete Mitwirkung von Mitgliedern der Arbeitervertretungen, insbesondere auch der Arbeiter- und Soldatenräte, sowie der Bauern- und Landarbeiterräte anstreben.“¹⁷⁰

Diese „Kleine Anfrage“ zeugt von den elementaren Bedürfnissen der Bevölkerung im Reich nach dem Krieg, für die sich Osterroth und sein Kollege einsetzen.

Am 21. Juli 1919 begründete Osterroth für die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag des Artikels 152 des Entwurfs der Reichsverfassung: „Alle Bodenschätze und Naturkräfte sind in Gemeineigentum überzuführen. Private Regale und Mutungsrechte sind aufgehoben.“ Bisher lautete die Fassung: „Alle Bodenschätze und Naturkräfte stehen unter Aufsicht des Staates.“ Diese Fassung ging nicht über den bestehenden Rechtszustand hinaus. Osterroth sagte in seiner Begründung:

„Wir beabsichtigen mit unserem Antrag nichts anderes, als den Rechtszustand wieder herzustellen, der vor Einführung der Bergfreiheit im Jahre 1854 bestand und das Eigentumsrecht an Naturschätzen dem Staat zu sichern, wie es im Mittelalter und in der Zeit vor Einführung des allgemeinen Bergrechts war.“¹⁷¹

Warum die Linksradiكالen, insbesondere der USPD-Sprecher Henke Osterroth und die SPD-Fraktion deswegen scharf angriffen, lässt sich nicht erkennen. Osterroth erwiderte die Attacke von Henke scharf:

„Sozialismus verwirklicht man nicht durch sinnlose Generalstreiks, durch Plünderungen, durch Erpressungen, durch Putsche. Sozialismus verwirklicht man durch Arbeit, durch planmässige Arbeit, durch Hebung der Produktion, durch Sicherung des Gemeineigentums für die Gemeinschaft. Nach der Richtung tun wir unsere Schuldigkeit und verbitten

¹⁶⁹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 104.

¹⁷⁰ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 104.

¹⁷¹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 104.

*es uns daher, bei jeder Gelegenheit als Renegaten und Verräter am Sozialismus von Herrn Henke hingestellt zu werden.*¹⁷²

An diesem Wortwechsel in der Debatte in der Nationalversammlung wird einmal mehr deutlich, wie tief zerstritten die linken Kräfte im Reich waren.

Die Hauptaufgaben der Nationalversammlung waren, eine neue Verfassung zu schaffen und Frieden mit den Kriegsgegnern zu schließen. Die Reichsverfassung wurde von einer Mehrheit aus den Mehrheitssozialisten der SPD, den Zentrumsabgeordneten und den Demokraten gegen die Stimmen der USPD und der beiden rechten Parteien angenommen. Damit war auch deutlich, dass sich Konfliktlinien in der Politik und in der deutschen Gesellschaft auftraten. Die innere Zerrissenheit und die Belastungen aus dem Friedensvertrag von Versailles stellten die junge Republik vor gewaltige Probleme. Dieser Vertrag, der mit dem für Deutschland angenehmen 14-Punkte-Plan¹⁷³ des amerikanischen Präsidenten Wilson nichts mehr gemein hatte, war in der Tat ein Diktatfrieden und wurde von allen politischen und gesellschaftlichen Kräften in Deutschland abgelehnt. Das ursprüngliche Ziel der Kriegsbeteiligten, einen Rechtsfrieden zu schaffen, der die Völker wieder versöhnen sollte, war damit verfehlt. Diese Meinung vertrat auch Nikolaus Osterroth in zahlreichen Kundgebungen. Als Bergarbeitervertreter beklagte er den Verlust der Kohlegruben in Elsass-Lothringen, im Saar-Revier und in Oberschlesien mit einem Ausfall von 50 Millionen Tonnen Steinkohle pro Jahr. Er malte ein düstres Bild für die Zukunft Deutschlands und fand überall auf den Veranstaltungen Zustimmung für den Protest gegen das Friedensdiktat. Auf dem großen Exerzierplatz in Hamm fand eine überparteiliche Massendemonstration statt, an der auch Osterroth als Redner teilnahm. Seine Rede endete mit den Worten:

*„Unsere Gegner kennen kein Erbarmen. Sie wollen das letzte Stück Widerstandskraft töten. Sie können uns knebeln und fesseln, sie können Länderfetzen aus unserem Leibe reißen, sie können uns zu einem Volk der Bettler machen, aber sie können uns nicht zumuten, anzuerkennen, daß dies im Namen der Gerechtigkeit geschieht. Ein solcher Gewaltfrieden ist kein Friede des Rechts, er ist Unrecht, er ist Mord.“*¹⁷⁴

Osterroth rief weiterhin in seiner Rede zu Protesten am 1. Mai auf. Der Umzug am 1. Mai 1919 in Hamm wurde allerdings vom Militär gewaltsam aufgelöst, weil ein junger Leutnant „weiße Mäuse“, das heißt Spartakisten-Gruppen, unter den Festzugteilnehmern zu sehen glaubte.¹⁷⁵

¹⁷² GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 104.

¹⁷³ Waffenstillstands- und Friedensplanvorschlag des amerikanischen Präsidenten

¹⁷⁴ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 106.

¹⁷⁵ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 107.

In der SPD-Fraktion in der Nationalversammlung kam es zu heftigen Auseinandersetzungen darüber, ob man dem Friedensplan zustimmen könne. Die Reichsregierung unter Phillip Scheidemann zerbrach wegen der Uneinigkeit über Zustimmung oder Ablehnung des Vertrags.¹⁷⁶ Am 22. Juni 1919 stimmte Osterroth mit seiner Fraktion, mit der USPD, mit dem Zentrum und mit einigen Demokraten der Unterzeichnung des Friedensvertrags mit den Kriegsgegnern zu.¹⁷⁷

Die Versorgungslage der Bevölkerung wurde nicht besser und es kam im Reich und auch in Hamm am 3. Juli 1919 wegen der Lebensmittelknappheit und anderen Warenmangels, aber auch wegen des Preiswuchers zu Plünderungen und Ausschreitungen. Auf dem Marktplatz kam es zur Erregung über die Gemüsepreise. Eine „Kommission“ zog von Geschäft zu Geschäft, im Schlepptau eine Menschenmasse und forderte die Herabsetzung der Preise. Das Warenhaus Alsberg erklärte sich bereit, Kleidungsstücke zur Zeche Radbod zu schaffen und dort billig zu verkaufen. Die Waffenhandlung Lösche wurde ausgeraubt. Gewerkschaftsfunktionäre, die das Geschehen verfolgten, versuchten die Geschäfte zu schützen, mussten aber der Gewalt der Masse weichen, die zum Teil mit erhobenem Revolver vor ihnen stand. Das Warenhaus Alsberg war inzwischen total ausgeraubt. Gegen Abend trafen von auswärts herbeigerufene Soldaten in Hamm ein, worauf die Plünderer schnell verschwanden. Am folgenden Tag gingen Gewerkschaftsfunktionäre von Haus zu Haus und forderten Plünderer auf, die gestohlene Ware wieder zurück zu bringen, es wurde ihnen dazu Straffreiheit zugesichert.¹⁷⁸

Diese Vorfälle, nicht nur in Hamm, verdeutlichen, wie explosiv die Stimmung und die Lage im Reich war. Seit Februar 1919 als Stadtverordneter im Hamm hatte Osterroth die Ereignisse persönlich miterlebt und vermutete, dass die Ausschreitungen von radikalen Gruppen gelenkt worden seien. Das in der Revolution 1918 errungene gleiche Wahlrecht zu allen Körperschaften gab den Sozialdemokraten die Möglichkeit, die bisher in Hamm uneingeschränkt ausgeübte Macht der bürgerlichen Kreise in der Kommunalpolitik einzuschränken. Bei den Stadtverordnetenwahlen im Februar 1919 errangen die Sozialdemokraten 12 Mandate, die bürgerlichen Parteien hatten mit 30 Mandaten aber eine satte Mehrheit. Osterroth und der Oberlandesgerichtsrat Freymuth waren die Spitzenkandidaten bei dieser Wahl. Bei allem großen Interesse an den kommunalpolitischen Angelegenheiten in Hamm konnte Osterroth an einigen Sitzungen des Rates nicht teilnehmen, weil ihn seine Arbeit in der Nationalversammlung, die inzwischen von Weimar nach Berlin verlegt worden war, sehr beanspruchte. Seine Abwesenheit in Hamm wurde vom katholischen „Volksfreund“ entsprechend kommentiert. Inzwischen hatte sich der SPD-Abgeordnete Freymuth zur Wahl des Oberbürgermeisters der Stadt Hamm aufstellen lassen. Der Amtsinhaber wusste aber diese Kandidatur zu verhindern, weil

¹⁷⁶ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 108.

¹⁷⁷ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 108.

¹⁷⁸ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 108.

der Obergerichtsrat Freymuth, wie sich später herausstellte, durch die Teilnahme an der Revolution und die Mitwirkung im Arbeiterrat seinen Diensteid gegenüber dem preußischen König gebrochen hatte.¹⁷⁹ Damit hatte das Engagement Freymuths in der Revolutionsphase für ihn noch negative Folgen.

Die von Nikolaus Osterroth herausgegebene Zeitung „Der Hammer“, auf die Gründung wird später noch eingegangen, ließ es an Kritik bezüglich der Arbeit in der Stadtverwaltung nicht fehlen. Informanten hatten der Zeitung Missstände über die Lebensmittelrationierung zugebracht, über die selbstverständlich berichtet wurde. Als Maßnahmen des bürgerlichen Magistrats wurde dem „Hammer“ die Bekanntmachung amtlicher Nachrichten im Januar 1920 entzogen. Das bedeutete für die Leser natürlich erhebliche Nachteile, weil die täglichen Bekanntmachungen über Lebensmittelzuweisungen von elementarer Bedeutung waren. Es war für den „Hammer“ ein schwerer wirtschaftlicher Schlag, der außerdem einen obrigkeitstaatlichen Willkürakt darstellte und mit demokratischer Pressefreiheit nicht vereinbar war. Daraufhin brachte die SPD-Fraktion in der folgenden Stadtverordnetensitzung einen Antrag ein, in welchem sie forderte, den Magistratsbeschluss für unzulässig zu erklären und aufzuheben. Nach einer heftigen Diskussion wurde der Antrag im Sinne der SPD-Fraktion beschlossen. Für den Fall der Ablehnung des Antrags hatten die Sozialdemokraten zu einer friedlichen Demonstration aufgerufen. Der von dem Magistratsbeschluss unterrichtete Reichskommissar für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, Carl Severing, wies den Magistrat an, aufgrund der Ausnahmesituation im Reich den Beschluss gegen den „Hammer“ auszusetzen.¹⁸⁰ Der Magistrat wiederum nahm diese Entscheidung „als Eingriff in einen reinen Akt der Selbstverwaltung zur Kenntnis, über den man sich nicht beruhigen werde.“¹⁸¹ Im Nachgang zu diesem Konflikt kam es noch zu heftigen Auseinandersetzungen in der Presse zwischen Osterroth und dem katholischen Arbeitersekretär Isenrath im „Hammer“ und im katholischen „Volksfreund“.

Die Zeitung „Der Hammer“ erschien erstmals am 13. Dezember 1919 und wurde von Nikolaus Osterroth gegründet. Diese war nach „Saarwacht“ und „Bergwacht“ die dritte Zeitungsgründung Osterroths. Für den Druck errichtete er eine eigene Druckerei unter dem Namen „Osterroth & Co“. Osterroth war, wie schon an anderer Stelle erwähnt, mit den in Hamm erscheinenden Zeitungen aus sozialdemokratischer Sicht nicht zufrieden.¹⁸² Diese Lücke sollte „Der Hammer“ nun füllen und Osterroth rief in der ersten Ausgabe: „Arbeiter! Angestellte! Beamte!“ dazu auf:

¹⁷⁹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 115.

¹⁸⁰ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 116.

¹⁸¹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 116.

¹⁸² GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 113.

„Ihr müßt die Arbeiterpresse lesen! Der Hammer soll und will seinem Namen Ehre machen. Er soll hämmern am Aufbau der sozialistischen und demokratischen Republik.“¹⁸³

An Stelle eines kurzzeitig beschäftigten Redakteurs übernahm diese Funktion der aus der Arbeiterjugend stammende 19jährige Walter Poller, ein Sohn des Kieler Polizeipräsidenten. Poller redigierte den „Hammer“ mit starkem Temperament und rhetorischer Begabung bis 1933.¹⁸⁴

Die gewerkschaftliche Arbeit blieb für den Bergarbeiterverband und somit auch für Nikolaus Osterroth extrem schwierig. Die schlechte Versorgungslage versetzte die Bergleute in Aufruhr und in Streikstimmung. Angeheizt wurde diese noch durch entsprechende Agitation der spartakistischen Wortführer. Deren Ziel, eine Sechsstunden-Schicht einzuführen, erstmals gefordert im März 1919, und die Verwirklichung der Rätediktatur verbunden mit der Ablösung der demokratisch-parlamentarischen Regierung lief diametral zu der Meinung der Gewerkschaften und der Sozialdemokraten. Die Versammlungen des Bergarbeiterverbands, die auf den Schachtanlagen für Ruhe und Ordnung sorgen sollten, verliefen zum Teil chaotisch und wurden von Linksradikalen immer wieder gestört. Osterroth konnte in einer Versammlung der Bergleute auf der Zeche „Radbod“ in Hamm nicht verhindern, dass die Vertrauensleute der Gewerkschaften von den Spartakisten mit Revolvern bedroht wurden, weil sie der Agitation der Radikallinken nicht folgen wollten. Die hier geschilderten Umstände waren an vielen Orten der Industriegebiete der jungen Republik zu verzeichnen. Die Menschen hungerten und waren in jeder Hinsicht unterversorgt, viele Linke und Rechte waren radikalen politischen Lösungen nicht abgeneigt.¹⁸⁵

Die Historikerin Ursula Büttner schätzt auch rückblickend die Lage als überaus ernst ein: „Deutschland benötigte zur Abwendung einer Hungerkatastrophe dringend Importe.“¹⁸⁶ Die Alliierten hoben aber die über Deutschland verhängte Blockade erst nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrags am 12. Juli 1919 auf. Auch die Lebensmittel, die während der Waffenstillstandsverhandlungen zugesagt wurden, lieferten die Alliierten nicht. Die Belegschaftsversammlungen auf den Schachtanlagen wurden dort, wo Spartakisten vertreten oder in der Mehrheit waren, in militanter Weise geführt. Vor der Teilnahme an einer dieser Versammlungen wurde sogar Osterroth mit dem Tod bedroht. Ende April 1919 beschlossen alle Vorstandsmitglieder, Bezirksleiter und Lokalangestellten des Bergarbeiterverbands, dass sie in der

¹⁸³ GStAPK: NL Osterroth, Rep. 92, Nr. 355, „Der Hammer“ vom Januar 1919.

¹⁸⁴ Zu Walter Poller siehe: Peter Schäfer: Walter Poller. Lebenslanges Eintreten für Demokratie und Gerechtigkeit, in: Veronika Jüttemann (Hg): Helden und Außenseiter. Zur Geschichte des Nationalsozialismus in Westfalen nach 1945, Münster 2018, <https://miami.uni-muenster.de/Record/0935bcf9-95ac-4e05-a210-9663be1c7447>

¹⁸⁵ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 118.

¹⁸⁶ Büttner: Weimar, S. 47.

nächsten Generalversammlung des Verbands ihre Ämter zur Verfügung stellen wollten. Zur Begründung dieses Schritts führten sie aus:

„Wir können die Verantwortung nicht übernehmen für die wirtschaftliche Not und das unermessliche Leid, das durch die Streiks über die Arbeitermassen Deutschlands und die Bergarbeiterfamilien heraufbeschworen wird.“¹⁸⁷

Die Bergarbeiterführer hatten in der Tat den Einfluss auf die Mehrheit der Bergleute verloren, weil sich die gemäßigten Mitglieder der Gewerkschaft aus Angst vor Übergriffen der Linksradi-kalen den wilden Streiks anschlossen, die das Ziel hatten, Chaos anzurichten und die staatliche Ordnung zu zerstören. Im Übrigen wurden die, die ihre Funktionen im Verband zur Verfügung stellen wollten, in der Generalversammlung Mitte 1919 wiedergewählt. Die radikale Forderung nach Einführung der Sechsstunden-Schicht wurde erstmalig aufgeschoben. Aufgrund der Bedingungen des Versailler Vertrags und des sehr gegensätzlichen politischen Meinungsspektrums beruhigte sich die Lage in Deutschland nicht.¹⁸⁸

5.2. Kapp-Lüttwitz-Putsch, Rote Ruhrarmee und die „Schlacht bei Pelkum“: Mittler Osterroth zwischen den Welten

An den Ereignissen des Kapp-Lüttwitz-Putsches auf Reichsebene und dem Kampf der Roten Ruhrarmee im Ruhrgebiet lassen sich die politischen und bürgerlichen Fliehkräfte der Weimarer Republik zwischen rechts, links, national-radikal und konservativ exemplarisch darstellen. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch brach am 17. März 1920 unter dem Generalstreik der vereinigten Arbeiterschaft und dem Widerstand demokratisch gesinnter Kreise im Reich zusammen. Im Ruhrgebiet kehrte, trotz vieler erfüllter Forderungen der Gewerkschaften nach Verbesserung sowohl der politischen als auch der Lohn- und Arbeitsbedingungen, keine Ruhe ein. Hier hatten die radikalen Linken einschließlich des überwiegenden Teils der USPD in der Arbeiterschaft einen starken Rückhalt. Viele Arbeiter hatten sich bewaffnet, gründeten die Rote Ruhrarmee und kämpften gegen die Ordnungskräfte von Reichswehr und Freikorpsverbänden für eine Räterepublik und damit gegen die demokratische Verfassung von Weimar. Deutlich war nun die Spaltung der Arbeiterschaft zu erkennen. Auf der einen Seite die SPD als verfassungs- und regierungstreue Partei, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Bergarbeiterverband und andere Arbeitnehmervertretungen, auf der anderen Seite die USPD, wenige Sozialdemokraten und die Kommunisten mit anarchistischen und syndikalistischen Abspaltungen, die unter sich auch nicht zu einer klaren Linie finden konnten. Die Regierungen des Rei-

¹⁸⁷ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 120.

¹⁸⁸ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 121.

ches und Preußens und ihr Beauftragter, der sozialdemokratische Reichskommissar Carl Severing, versuchten den Konflikt mit den aufständischen Arbeitern friedlich zu lösen. In dem „Bielefelder Abkommen“ vom 24. März 1920 kamen die Regierungen der radikalen Arbeiterschaft entgegen. Das „Bielefelder Abkommen“ vom 24. März 1920 sah folgende Bedingungen vor:

- Bestrafung aller am Kapp-Lüttwitz-Putsch Schuldigen
- Gründliche Reinigung der Verwaltungen von gegenrevolutionären Personen
- Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitwirkung der Organisationen
- Sozialgesetze, die den Angestellten, Arbeitern und Beamten soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten
- Freies Beamtenrecht
- Sozialisierung aller dazu reifen Wirtschaftszweige
- Sofortige Einberufung der Sozialisierungskommissionen
- Übernahme des Kohlesyndikats und Kalisyndikats durch das Reich
- Wirksame Erfassung und gegebenenfalls Enteignung aller verfügbaren Lebensmittel
- Schärfste Bekämpfung von Wucherern und Schiebern
- Auflösung aller nicht treugebliebenen Truppen
- Bildung neuer Formationen aus Republikanern und Gewerkschaften¹⁸⁹

Im „Bielefelder Abkommen“ wurde auch bestimmt, dass Waffen und Munition sofort abzugeben sind. Gefangene sollten sofort freigelassen werden, außerdem wurde vereinbart, zur Unterstützung der ordentlichen Sicherheitsorgane Ortswehren aus republikanischen Kreisen zu bilden. Bei Erfüllung aller dieser vereinbarten Bedingungen sollte die Reichswehr nicht in das Ruhrgebiet einmarschieren.¹⁹⁰

Das „Bielefelder Abkommen“ stellte ein weiteres Entgegenkommen der Reichsregierung nach den Zugeständnissen für die Aufhebung des Generalstreiks am 22. März 1920 dar, trotzdem stellten die „Zentralräte“ der Arbeiterschaft in Essen und Hagen am 25. März die Forderung an ihre „Vollzugsräte“, bei der Reichsregierung die Zustimmung zu erlangen, dass die Waffen in den Händen der Arbeiter bleiben sollten. Der Zentralrat in Essen drohte mit einem weiteren Generalstreik, wenn diese Verhandlung scheitern sollte.¹⁹¹

So war die Lage, als Hermann Müller, Vorsitzender der SPD, der nach dem Rücktritt von Gustav Bauer die Führung der Reichsregierung der Weimarer Koalition übernahm. Am 28. März 1920 richtete die neue Reichsregierung ein Ultimatum an den Essener „Zentralrat“, dass bis zum 30. März, mittags 12.00 Uhr die gesicherte Annahme und Durchführung folgender Bedingungen forderte:

¹⁸⁹ Büttner, Ursula: Weimar, S. 144.

¹⁹⁰ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 127.

¹⁹¹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 128, sowie Büttner, Ursula: Weimar, S. 144.

- Uneingeschränkte Anerkennung der verfassungsgemäßen Staatsautorität
- Wiedereinsetzung der staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsorgane, soweit sie nicht durch Eintreten für die Kapp-Lüttwitz-Regierung belastet sind
- Sofortige Auflösung der Roten Armee
- Völlige Entwaffnung der gesamten Bevölkerung einschließlich der Einwohnerwehr unter Aufsicht der staatlichen Organe
- Sofortige Freilassung der Gefangenen¹⁹²

Wenn diese Bedingungen angenommen werden, komme es zu keinem Angriff, wenn nicht, werde der Inhaber der vollziehenden Gewalt, General von Watter¹⁹³ die Freiheit zum Handeln erhalten, um gesetzmäßige Verhältnisse herzustellen.¹⁹⁴ Soweit das Ultimatum der Reichsregierung, die unmissverständlich zu Recht und Ordnung im Sinne der Weimarer Verfassung zurückkehren wollte. General von Watter erließ in einem Zusatz zum Regierungsultimatum verschärfte Ausführungsbestimmungen und verlangte die Durchführung der Entwaffnung bis zum 30. März. Carl Severing vermerkte dazu in seinem Buch: „Im Wetter- und Watterwinkel“: „Die Antwort des Essener Zentralrats war die Proklamation eines neuen Generalstreiks, der begründet wurde mit den Zusätzen, die der General von Watter der Bekanntmachung der Regierung gegeben hatte.“ In diesen Zusätzen erkannte der Zentralrat, dessen Mitglieder sich in ihrer Mehrheit lange genug gegen das Bielefelder Abkommen erklärt hatten, eine Nichtbeachtung der Bielefelder Beschlüsse.¹⁹⁵ Severing bemerkte in seinem Buch noch, dass die Zusätze durch von Watter ohne seine Zustimmung dem Ultimatum der Reichsregierung angehängt worden waren.¹⁹⁶ Die Vollmachten des Zivilkommissars Severing wurden von der Reichsregierung dahingehend erweitert, dass militärische Handlungen nur mit seinem Einvernehmen erfolgen sollten. Damit lagen die Kompetenzen klar in der Hand der Politik. Am 31. März 1920 rief Severing, die Frist zur Entwaffnung der roten Ruhrarmee war am Vortag abgelaufen, noch einmal die Vertreter der Gewerkschaften und der SPD zu sich nach Münster, um ihnen mitzuteilen, dass es der Entschluss der Regierung sei, nun durch Einmarsch des Militärs ins Ruhrgebiet für Ruhe und Ordnung zu sorgen.¹⁹⁷

Severing hatte vorher eine Kommission, bestehend aus einem Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Grassmann, den USPD-Vertreter Brasse und Nikolaus Osterroth als SPD-

¹⁹² GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 128.

¹⁹³ Chef des Wehrkreiskommandos VI, Münster

¹⁹⁴ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 128.

¹⁹⁵ Severing Carl: Im Wetter- und Watterwinkel, Bielefeld 1927. Das Buch befindet sich im Nachlass Osterroth. Franz Osterroth zitiert daraus in der Materialsammlung über seinen Vater zum Teil wörtlich.

¹⁹⁶ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 128.

¹⁹⁷ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 129.

Vertreter in einige Ruhrgebietsorte entsandt, um ein Stimmungs- und Meinungsbild einzuholen. Grassmann und Osterroth wurden in Dortmund mit Erschießung bedroht, Brasse als USPD-Mitglied blieb unbehelligt. Die Kommission musste Severing berichten, dass eine gütliche Einigung mit den Linksradikele nicht möglich sei. USPD-Mitglied Brasse spielte ohnehin eine Doppelrolle, indem er zwar das Bielefelder Abkommen unterzeichnet hatte, aber die USPD-Presse weiterhin zum Generalstreik aufrief und die Waffenabgabe ablehnte.¹⁹⁸ Ein weiterer Tatbestand ließ Brasse in einem äußerst zweifelhaften Licht erscheinen. Osterroth wurde bekannt, dass Brasse im Besitz von Unterlagen war, die den General von Watter als Kapp-Anhänger entlarvten. Dieses Papier war einem Kurier von Watters durch Posten der Roten Ruhrarmee abgenommen worden. Brasse war nicht bereit, dieses belastende Material über von Watter herauszugeben. Er wollte es wohl anderweitig verwenden, vermutete Osterroth.¹⁹⁹

Osterroth wurde nach Berlin geschickt, in wessen Auftrag, lässt sich aus den Quellen nicht erschließen, um die Aufschiebung des Einmarsches des Militärs im Ruhrgebiet zu erwirken und die sofortige Entlassung des Generals von Watter bei der Reichsregierung zu erreichen. Dass die Reichsregierung eine friedliche Lösung im Ruhrgebiet suchte, war daran zu erkennen, dass der Termin des Einmarsches auf den 2. April, 12.00 Uhr hinausgeschoben wurde. Die sofortige Entlassung von Watters wollte Reichspräsident Ebert nur veranlassen, wenn ihm das belastende Material vorläge. Osterroth versuchte in einem Telegramm aus Berlin Brasse doch noch zur Herausgabe des Papiers zu bewegen, dies gelang ihm jedoch nicht.²⁰⁰ Dass Nikolaus Osterroth mit diesen Mittleraufgaben beauftragt wurde, zeugt von dem Vertrauen, welches ihm seitens der Preußischen Regierung entgegengebracht wurde.

Der Einmarsch der Truppen im Ruhrgebiet erfolgte dann am 2. April 1920. Neben den Reichswehrtruppen wurden auch Freikorps eingesetzt. Das war insofern fatal, weil diese Freikorps soeben noch am Kapp-Lüttwitz-Putsch beteiligt waren oder sich neutral verhalten hatten, aber sie bekamen nun die „Gelegenheit, wieder als Ordnungsmacht in der Innenpolitik aufzutreten.“²⁰¹ Es hatten allerdings schon vor dem 2. April erhebliche blutige Kämpfe zwischen Teilen der Roten Ruhrarmee, den Freikorpsverbänden und Reichswehren im Ruhrgebiet stattgefunden. Ausgelöst durch die Ablehnung der Bielefelder Beschlüsse durch die extrem linksradikalen Gruppierungen einerseits, aber auch durch nicht regierungskonforme Handlungen der Freikorpsverbände andererseits. Jürgen Lange hat die Geschichte des Kapp-Lüttwitz-Putsches bezogen auf das Ruhrgebiet und die sich anschließende Geschichte der Roten Ruhrar-

¹⁹⁸ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 129.

¹⁹⁹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 129.

²⁰⁰ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 130.

²⁰¹ Büttner, Ursula: Weimar, S. 144.

mee mit der finalen „Schlacht bei Pelkum“ in dem gleichnamigen Buch umfassend mit wissenschaftlicher Gründlichkeit niedergeschrieben. Einige Begebenheiten, die Franz Osterroth über seinen Vater festgehalten hat, finden in diesem Buch eine Bestätigung.²⁰² Carl Severing berichtet in seinem Buch²⁰³ zum Einmarsch der Reichs- und Freikorpsgruppen in das Ruhrgebiet, dass die Militärkräfte keine einheitliche Disziplin gezeigt hätten. Eine tadellose Haltung sei ihm über den württembergischen General Haas gemeldet worden. Wo Unstimmigkeiten vorkamen, sei durch Vorgesetzte sofort „Remedur“²⁰⁴ erfolgt. Severing weiter:

„Leider ließe sich dasselbe nicht von anderen Truppenkörpern sagen. Beim Einmarsch in die Ortschaft Fröndenberg²⁰⁵ seien Hochrufe auf den Kaiser ausgebracht worden, in die Führer und Teile der Mannschaft eingestimmt hätten, als ob sie noch im kaiserlichen Deutschland gewesen wären. In Buer²⁰⁶ und Bottrop seien gefangene Arbeiter aufgefordert worden, ‚Heil dir im Siegerkranz‘ zu singen, bei Nichtbefolgen hätte man sie misshandelt. Von dem Freikorps Ritter von Epp wären in Kamen²⁰⁷ ausgerechnet diejenigen Arbeiterführer in Schutzhaft genommen worden, die am erfolgreichsten für die Erfüllung des Bielefelder Abkommens eingestanden wären. Severing bemerkte weiter in seinen Erinnerungen, dass sich die sozialdemokratische Presse im Ruhrgebiet bemüht hätte, Bevölkerung und Reichswehr einander näher zu bringen, um Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen.“²⁰⁸

Der Militärbefehlshaber von Watter musste sich, aufgrund energischer Intervention ziviler Stellen, in einem Befehl vom 13. April 1920 gegen Ausschreitungen der Freikorps, aber auch vereinzelter Soldaten der Reichswehr wenden.²⁰⁹ Das Datum mag ein wenig verwundern, denn die Rote Ruhrarmee hatte sich bereits am 5. April 1920 aufgelöst oder sich in die britisch besetzte Zone zurückgezogen.²¹⁰ In einigen Orten kämpften aber immer noch einzelne Zellen der Roten Ruhrarmee gegen die Regierungskräfte oder leisteten bei der Entwaffnung Widerstand. Wie ungeheuerlich brutal einige Begebenheiten in diesem Bürgerkrieg abliefen, zeigt der Bericht einer Krankenschwester aus dem Nachlass Osterroths:²¹¹ Wie dieser Brief in den Nachlass Osterroths gelangt ist, lässt sich nicht klären. Osterroth war als Wahlkreisabgeordneter unmittelbar am Ort des Geschehens. Der Brief ist ohne Namensangabe der Verfasserin und ist Osterroth wohl persönlich übergeben worden.

²⁰² Lange, Jürgen: Die Schlacht bei Pelkum, Legenden und Dokumente im März 1920, Essen, 1994.

²⁰³ Severing, Carl: Im Wetter- und Watterwinkel, NL Osterroth, Nr. 1, S. 136.

²⁰⁴ Der Ausdruck bedeutet: für Abhilfe sorgen.

²⁰⁵ heute Kreis Unna, der Verfasser.

²⁰⁶ heute Stadtteil von Gelsenkirchen, der Verfasser.

²⁰⁷ heute Kreis Unna, der Verfasser.

²⁰⁸ Severing, Carl: Im Wetter- und Watterwinkel, NL Osterroth, Nr. 1, S. 136, 137.

²⁰⁹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 137.

²¹⁰ Büttner, Ursula: Weimar, S. 144.

²¹¹ GStAPK: NL Osterroth, Rep. 92, Nr. 28, Brief.

Hamm KL. Weststr. 7 den 10. April 20.

Bericht einer an den Kämpfen bei Pelkum teilgenommenen Rote-Kreuzschwester aus Witten.

Am 29. März kam eine Frau Pinnt aus Witten in die Wohnung meiner Eltern, es war gegen Abend, und erklärte, dass ich, da ich als Krankenpflegerin in Essen im Elisabeth-Hospital einen halbjährigen Kursus durchgemacht hatte, als Rotekreuzschwester mit müsste. Das ich als Rotekreuzschwester zur roten Armee sollte war mir nicht bekannt. Erst auf der Fahrt als wir beinahe Kamen erreicht hatten, erfuhr ich, dass ich als Krankenpflegerin in der roten Armee Dienst leisten sollte. Dienstag kamen wir in Pelkum an. Wir wurden in einem Saal einquartiert. Am Mittwoch hatten wir gegen Abend 2 Verwundete. Donnerstag den 1. April begab ich mich gegen 3 Uhr zur kämpfenden Truppe. Wir bekamen 6 Verwundete, wovon der letzte beim Verbinden starb. Als wir den letzten von einer Wiese geholt hatten, denselben in einem Gehöft untergebracht, kamen wir In Gefangenschaft. Bei all diesen Verwundeten war Frau Pinnt stets an meiner Seite. Ich habe nicht gesehen und ich möchte es bestreiten, dass Frau Pinnt eine Waffe getragen, vielmehr geschossen hat. An dem Gehöft wurden wir von Reichswehrsoldaten auf Waffen untersucht. Weder Waffen noch Munition wurden bei uns gefunden. 6 Rotgardisten, wovon 2 Sanitäter waren kamen an dem fraglichen Gehöft auch in Gefangenschaft. Bei einem will man 3 Kugeln gefunden haben, der dann ohne verhört zu werden, sofort niedergeschossen wurde. Wir wurden dann bis ungefähr zur Kirche geführt, dort mussten wir Schuhe und Strümpfe ausziehen. Waffen wurden auch dann bei Frau Pinnt und mir nicht gefunden. Die 5 Mann die mit uns bis ungefähr zur Kirche geführt, wobei die 2 Sanitäter waren, wurden dann an die Mauer gestellt, Hände hinterm Kopf zusammen und ohne verhört zu werden niedergeschossen. Einer von denen, der mir seine Brieftasche und sein Geld noch gab, bat flehentlich den Offizier, er sei unschuldig, habe nur Lebensmittel für die rote Armee gebracht und noch keine Waffe in der Hand gehabt. Sein Flehen nützte nicht, er wurde mit erschossen. Auch wir, Frau Pinnt und ich sollten erschossen werden, was jedoch in Letzter Minute aufgegeben wurde und wir wurden in Haft gesetzt. Bevor Wir in die Zelle des Amts Pelkum eingeführt wurden, trat ein Herr in Zivil an uns heran, hielt uns einen Gummischlauch unter die Nase und sagte 'den bekommt ihr zu schmecken'. Im Vorraum der Zelle wurden wir dann mit dem Gummischlauch von dem Herrn misshandelt. Ich erhielt ungefähr 20 Schlag über den Rücken. Am Abend kamen 4 Soldaten in unserer Zelle die uns in gemeinsamer Art beschimpften und wir wurden, Frau Pinnt und ich, nochmals mit einem Gummischlauch von den Soldaten misshandelt. Am Freitag morgen, es war kaum hell, mussten wir an die Klappe der Zellentür den Kopf hinhalten und bekamen mit dem Gummischlauch einen Schlag über den Kopf. Es konnte so gegen 9 Uhr sein, wurde Frau Pinnt aus der Zelle geholt und sie sagte dann, trotzdem wir vorher nichts miteinander gesprochen hatten: „jetzt hat wohl meine Stunde geschlagen“. Ich hörte kurz drauf Schüsse fallen und die Wachtposten sagten dann durch die Klappe, „das eine Sauluder ist erschossen, gleich kommst du dran“. Frau Pinnt ist nicht zurückgekehrt, sie ist erschossen worden. Am Freitag mittag bekam ich zum erstenmal etwas zu essen. Verhört Bin ich erst am 1. Ostertag

nachmittags gegen 3 Uhr, im Beisein von 2 Zivilpersonen. Kurz darauf wurde ich entlassen und bin von einem Herrn in Zivil begleitet worden bis Kamen, von wo aus ich zu Verwandten nach Werne a.d.L. fuhr. Als wir am Donnerstag von dem Gehöft ins Dorf geführt, lagen an einer Mauer an der auch die 5, mit uns in Gefangenschaft geratenen Männer erschossen wurden, nach meiner Schätzung schon 20 Erschossene. Alle Eingelieferten, die neben mir in die Zelle kamen haben geschrien, woraus zu schließen ist, dass sie misshandelt wurden.

In einem Bericht aus dem Buch von Jürgen Lange über die Schlacht von Pelkum ist von einer Frau Pint²¹² die Rede. Frau Pint sei wegen eines Revolvers im Strumpfbund erschossen worden. Die Krankenschwester, deren Name ist nicht bekannt, berichtete Osterroth aber, sie habe der Frau Pint einen Geldbetrag übergeben. Der Vorgang sei bemerkt worden und die Unglückliche erschossen worden. Wie sich der Vorgang tatsächlich zugetragen hat, lässt sich nicht mehr verifizieren. Eindeutig ist aber, dass Frau Pint als Krankenschwester von Regierungskräften erschossen wurde.

Ein anderer Bericht Langes ist ebenfalls sehr bemerkenswert, weil der Redakteur der SPD-Zeitung „Der Hammer“, Walter Poller eine Rolle spielt. Poller hatte sich als Vermittler zwischen der Reichswehr und Angehörigen der Roten Ruhrarmee eingesetzt, weil diese nicht mehr miteinander verhandeln wollten. Die Rote Ruhrarmee hatte die Zeche de Wendel²¹³ besetzt, die Reichswehr wollte die kampflose Übergabe der Zeche, die kämpfenden Arbeiter aber nicht. Walter Poller versuchte die Arbeiter zur Aufgabe des Widerstands zu bewegen. Das gelang ihm nach eigenen Angaben aber nicht, sondern er wurde von den Rotarmisten in Haft genommen und mit der Erschießung bedroht. Dieser Vorgang muss sich nach den Quellen am 1. oder 2. April 1920 ereignet haben. Der Erschießung entging Poller nur, weil einige der Arbeiter sich für ihn ausgesprochen hatten, da er sich stets offen und ehrlich für die Sache der Arbeiterschaft eingesetzt habe.²¹⁴

Ein schockierendes Schicksal erlitt Paul Weniger aus Bönen, Kreis Unna, politisch aktiv in der KPD und in der Gewerkschaft. Weniger, damals 31 Jahre alt, war als Mitglied der Bönener Arbeiterwehr einer der örtlichen Führer der Roten Ruhrarmee im Kampfabschnitt Pelkum/Herringen. Auch in diesem Abschnitt wollte die Ruhrarmee mit der Reichswehr verhandeln und Paul Weniger übernahm diese Aufgabe. Die Reichswehr verlangte die sofortige Einstellung des Feuers, davon konnte Weniger seine Leute auch überzeugen. Als Weniger wieder zur Reichswehr zurückging, um weiter zu verhandeln, wurde er verhaftet und am nächsten Morgen, am 3. April 1920 im Hof des Polizeigefängnisses in Hamm erschossen. Er wurde auf dem Friedhof in Bönen beerdigt. Die Grabrede hielt Walter Poller als SPD-Mitglied, obwohl Paul Weniger sein politischer Gegner war. Poller setzte damit ein Zeichen, weil ihn das Verhalten

²¹² Lange, Jürgen: Die Schlacht bei Pelkum, S. 169, Schreibweise Pinnt im Originalbrief.

²¹³ Späterer Name: Zeche Heinrich Robert, heute stillgelegt.

²¹⁴ Lange, Jürgen: Die Schlacht bei Pelkum, S. 143.

der Regierungstruppen empörte.²¹⁵ Zur Erinnerung an Paul Weniger wurde eine Straße in Bönen nach ihm benannt.

Um Pelkum herum kam es zu weiteren sehr blutigen Auseinandersetzungen. Hier hatten Zeitfreiwillige des Freikorps Ritter von Epp, nachdem ein Hauptmann aus ihren Reihen erschossen worden war, gefangene Kommunisten und andere linke Arbeiter getötet, zum Teil sehr junge Männer und auch Frauen, die nach schweren Misshandlungen umgebracht wurden. Nikolaus Osterroth berichtete später in der Presse, dass er selbst auf dem Friedhof in Pelkum mit Zeugen Leichen untersucht hat. Er hätte junge Leute im Alter von 16 bis 17 Jahren mit Beinverletzungen vorgefunden, deren Oberkörper mit vielen Dolchstößen durchbohrt waren.²¹⁶ Heute erinnert ein Gedenkstein auf dem Friedhof von Pelkum an die Opfer dieser „Schlacht bei Pelkum“.

Was blieb nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch und dem Kampf der Roten Ruhrarmee? Beide Ereignisse richteten sich gegen die gerade errichtete Demokratie. An den politischen Rändern stärkten sich die Rechts- und Linksextremen. Die linken Kräfte waren außerdem in drei Lager geteilt, die sich unversöhnlich gegenüberstanden, die SPD gegen die USPD und die KPD. Die SPD und ihr nahestehende Gewerkschaften, die regierungs- und staatsreu eine vermittelnde Rolle eingenommen hatten, die Recht und Ordnung wieder herstellen wollten, waren die Verlierer. Nikolaus Osterroth als SPD-Reichstagsabgeordneter und Bergarbeiterverbandsvertreter war ein exemplarisches Beispiel dafür. Er war noch einige Zeit mit den Folgen der Ereignisse in Pelkum beschäftigt. Von vielen Seiten, von Abgeordneten, von Polizeimannschaften, von Frauen aus bürgerlichen und aristokratischen Kreisen erhielt er Geldbeträge, um diese zur Unterstützung der Hinterbliebenen der Pelkumer Opfer weiterzuleiten.²¹⁷

5.3. Enttäuschung nach der Reichstagswahl und neue Aufgaben Osterroths

Die verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung trat am 21. Mai 1920 ein letztes Mal zusammen. Am 6. Juni 1920 sollte der Deutsche Reichstag zum ersten Mal gewählt werden. Nikolaus Osterroth wurde in einer Wahlkreis-Konferenz einstimmig zum Kandidaten des Kreises Hamm-Soest aufgestellt. Die Konferenz forderte vom Bezirksparteitag, dass Osterroth auf der Liste des Gesamtwahlkreises Westfalen-Süd (Westliches Westfalen) den zweiten Listenplatz erhalten sollte. Dem folgte der Bezirksparteitag jedoch nicht, sondern setzte Osterroth auf Platz sechs. Nach den schweren politischen Belastungen für die SPD im ersten Jahr der

²¹⁵ Lange, Jürgen: Die Schlacht, S. 144.

²¹⁶ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 131, der Bericht ist aus der „Freiheit“ vom 9. 4. 1920.

²¹⁷ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 132.

jungen Demokratie von Weimar rechnete man mit Wählerverlusten, so dass der sechste Listenplatz gefährdet war. Osterroth war durch seine eindrucksvollen Reden in der Nationalversammlung hervorgetreten und war ein gefragter Politiker über seinen Wahlkreis hinaus. Der Chefredakteur der „Rheinischen Zeitung“ konnte ihn dazu bringen, auch noch im 23. Wahlkreis Köln-Aachen zu kandidieren, wo Osterroth auf Platz vier der Wahlliste gesetzt wurde. Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ in Aachen stellte den Kandidaten mit folgenden Zeilen vor:

„In Osterroth besass die Verfassungsgebende Nationalversammlung einen ausserordentlichen geschickten und rednerisch sehr begabten Abgeordneten. Dass die zahlreiche Bevölkerung des Braunkohlen- und Wurmreviers²¹⁸ einen ihrer besten Vertreter im Parlament auf der Vorschlagsliste der Kölner Sozialdemokratie finden, dürfte allgemein mit grosser Befriedigung aufgenommen werden. Auch die Gewerkschaften werden der Kandidatur Osterroths starke Sympathie entgegenbringen.“²¹⁹

Nicht nur in seinem Wahlkreis war Osterroth als Wahlkämpfer unterwegs, sondern auch nach Bitten aus anderen Wahlkreisen, u. a. auch in Bayern. Er sprach in Augsburg, Führt, Aschaffenburg und München. Dort kam es bei der Begegnung mit ehemaligen Zeitfreiwilligen, denen er wegen der Ausschreitungen im Ruhrgebiet Vorhaltungen machte, zur persönlichen Bedrohung. Im Kölner Gürzenich hielt Osterroth eine Rede, über die in der „Rheinischen Zeitung“ ein ausführlicher Bericht erschien. In dieser Rede, so die Zeitung, prangerte Osterroth die Versuche der Schwerindustrie an, ihre Macht politisch zu verankern. Er sprach über den Zwang zum neuen Aufbau, um dem deutschen Volk die Lebensmöglichkeit zu sichern. Er warnte vor Gewaltkuren an der Wirtschaft und gab gleichzeitig ein Bekenntnis zur sozialistischen Demokratie ab.²²⁰ Osterroth vertrat damit die ideologische Linie der Sozialdemokratischen Partei, nämlich gesellschaftliche Veränderungen ausschließlich mit demokratischen Mitteln herbeizuführen. Dazu müssten selbstverständlich Wahlen gewonnen werden. Die Reichstagswahl am 6. Juni 1920 war für die SPD allerdings eine herbe Enttäuschung. Die Sitzverteilung nach der Wahl stellt sich im Vergleich zur Wahl zur Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 wie folgt dar:²²¹

| | SPD | USPD | KPD | DNVP | DVP | Zentr. | DDP | Bayr. V. |
|-----------|-----|------|-----|------|-----|--------|-----|----------|
| Wahl 1919 | 163 | 22 | 0 | 44 | 19 | 91 | 75 | 0 |
| Wahl 1920 | 102 | 84 | 4 | 71 | 65 | 64 | 39 | 21 |

²¹⁸ Steinkohlenrevier bei Aachen/ Stollberg

²¹⁹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 149, Zitat aus „Rheinische Zeitung“ ohne Datum.

²²⁰ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 149- 151.

²²¹ Büttner, Ursula: Weimar, Tabellen und Grafiken S. 802.

Auch die beiden anderen Parteien der Weimarer Regierungskoalition, das Zentrum und die DDP, hatten erhebliche Verluste hinnehmen müssen. Die SPD verlor gegenüber der Wahl vom Januar 1919 61 Sitze im Reichstag und kam somit nur auf 102 Abgeordnete. Die USPD erhielt 84 Sitze, 62 Sitze mehr als 1919. Hier wurde die Spaltung der Sozialdemokraten in Deutschland noch einmal sehr deutlich. Für Nikolaus Osterroth bedeutete das Wahlergebnis, dass er in beiden Wahlkreisen, Westfalen-Süd und Köln-Aachen, nicht in den Reichstag gewählt wurde. Die Sozialdemokraten in Hamm beschäftigten sich im Rahmen einer Parteiveranstaltung ausführlich mit der Wahlniederlage.

Die Zeitung „Der Hammer“ berichtete in der Ausgabe vom 13. Juni 1920 über diese Veranstaltung und titelte: „Osterroth über den Wahlausfall und seine Folgen.“ Osterroth führte aus, dass die Rechts-Parteien das Ziel verfolgt hätten, die Koalitionsparteien, vor allem aber die Sozialdemokratie zu schwächen. Das Wahlergebnis hätte dann zur Folge gehabt, dass bürgerliche Stimmen nach rechts gewandert sind und sozialistische Stimmen in das linke Lager. Osterroth konstatierte eine fortschreitende Radikalisierung der breiten Massen. Er beklagte die unverantwortliche Hetze von rechts und links gegen die Regierungskoalition, die in der Zeit des Zusammenbruchs die Verantwortung übernehmen musste. Osterroth wörtlich im „Hammer“:

„Der deutsche Michel ist noch recht unpolitisch und Michels Frau noch unpolitischer. Michel und Frau wissen positive Arbeit noch lange nicht hinreichend zu würdigen und fallen sehr leicht auf Schlagworte herein, die auf ihre Gefühlswallungen berechnet sind. Die Familie Michel hat jetzt das größte Unheil angerichtet, vor dem jetzt den Wahlsiegern von rechts und links angst und bange wird. Es gibt keine zuverlässige Regierungsmehrheit, wie immer man auch die Parteien gruppieren will.“²²²

Für Ursula Büttner ist die Reichstagswahl 1920 eine Zäsur. Wie auch Osterroth in seiner Wahlanalyse schon feststellte, hält Büttner in ihrem Buch fest, dass aufgrund des Wahlergebnisses vom 6. Juni 1920 eine stabile Regierung, auch in der Folgezeit nicht hätte gebildet werden können, weil die politischen Kräftekonstellationen dieses nicht zuließen.²²³ Am 25. Juni 1920 kam es dann zu einer rein bürgerlichen Regierung mit der Zentrumspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, ohne die SPD, die nicht mit der Deutschen Volkspartei koalieren wollte.

Osterroth war nun nicht mehr Reichstagsmitglied, aber seine Aufgaben als Gewerkschaftler waren ohnehin sehr umfangreich. Bereits am 27. Oktober 1919 hatte ihn der Bergarbeiterverband für einige Wochen ins Reichswirtschaftsministerium entsandt, um dort als Bergbaureferent das bergbauliche Siedlungswesen zu organisieren, mit dem Ziel ungefähr 40.000 Bergmannswohnungen zu bauen, die über 100.000 Angehörigen des Bergbaus eine Heimstatt

²²² GStAPK: NL Osterroth, Rep. 92, Nr. 434, „Der Hammer“ vom 13. 6. 1920.

²²³ Büttner, Ursula: Weimar, S. 147-148.

sichern sollen. Eine weitere Aufgabe fiel Osterroth im Ministerium zu, indem er dafür zu sorgen hatte, dass die notwendigen Reparationskohlemengen für die ehemaligen Kriegsgegner zur Verfügung standen. Am 1. April 1922 wurde er gleichzeitig Bergbaureferent im Reichsarbeitsministerium und sorgte dort dafür, dass die Folgen der Inflation die deutschen Bergarbeiter nicht so hart trafen, etwa durch Lebensmittelzuwendungen. Im Juni 1920 übernahm Osterroth eine Lobbyisten-Aufgabe in Berlin. Dort hatte der Bergarbeiterverband in der Wilhelmstraße 130 ein Büro, das die Verbindung zu Behörden, zu dem Reichstag und zu dem Preußischen Landtag aufrechterhielt und von Osterroth geleitet wurde.²²⁴ Die Verknüpfung von Regierungs-, politischer und gewerkschaftlicher Arbeit sorgte dafür, dass er auch ohne Reichstagsmandat ein gefragter Mann blieb. Bei den zahlreichen Lohn- und Arbeitskämpfen der Weimarer Zeit war Osterroth oft in der „Rolle des ehrlichen Maklers“ zu finden.²²⁵ Eine seiner Hauptaufgaben war es, mit allen geeigneten Mitteln die Kohleförderung zu steigern. Dazu musste die Arbeiterschaft motiviert werden. Er versuchte die Kumpel in einer Schrift über die Situation der Kohle in Deutschland zu Überschichten zu bewegen und erklärte ihnen, dass bei der gegenwärtigen Kohlenfördermenge die Zwangsabgaben an die Entente nicht gewährleistet seien und demnach weder die Industrie noch die Bevölkerung in Deutschland ausreichend mit Kohle versorgt werden könne.²²⁶

Im Rahmen einer Reparationskonferenz in Spa vom 5. bis 6. Juli 1920 hatte Deutschland gemäß des „Kohleabkommens“ der Entente sechs Monate lang je zwei Millionen Tonnen Kohle zu liefern und deren Gegenwert zum Inlandspreis auf dem Reparationskonto gutgeschrieben zu bekommen. Da der Weltmarktpreis für Kohle höher war als der Inlandspreis, sollte Deutschland fünf Goldmark je Tonne Kohle als Kredit erhalten, um Nahrungsmittel kaufen zu können. Auf Betreiben Frankreichs wurde angedroht, dass bei Nichterfüllung des Abkommens die Besetzung des Ruhrgebiets erfolgen solle, wie es der Versailler Vertrag als Sanktion vorsah.²²⁷ Osterroth und andere Bergarbeiterführer sowie Vertreter der Reichsregierung versuchten mit den Bergleuten ein Abkommen über eine temporär begrenzte Zeit zwecks Überschichten zu erreichen. Mit am Verhandlungstisch saßen auch Vertreter der Bergwerksunternehmen. Unter diesem Aspekt zeichnete sich wohl eine gewisse frühe Arbeitnehmermitbestimmung ab, anders als im Kaiserreich. Es wurde auch offiziell von der „Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeiterorganisationen“ gesprochen. Der Reichspostminister Giesberts fand für diese Arbeitsgemeinschaft lobende Worte, indem er sagte: „Wenn die Regierung ins Ruhrgebiet komme, um die Bergleute um erhöhte Kohleerzeugung zu bitten, so sei das ein geschichtliches Ereignis.“²²⁸

²²⁴ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 133.

²²⁵ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 134.

²²⁶ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 134- 136.

²²⁷ Büttner, Ursula: Weimar, S. 154.

²²⁸ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 136.

Damit begann die Zeit der Überschichtenabkommen, so dass sich die Kohlenversorgungslage entspannte. Die Bergleute bekamen Lohnzulagen und Sonderzuwendungen an Nahrungsmitteln. Das Überschichtenabkommen, das bis zum 14. März 1920 galt und zweimal wöchentlich im Anschluss an die normale Schicht eine halbe Überschicht (3,5 Stunden) festlegte, wurde bis zum 13. März 1921 unter starker Mitwirkung von Nikolaus Osterroth um einige Male verlängert. Unumstritten war das Abkommen in den Belegschaften der Schachtanlagen jedoch nicht. So berichtete das „Berliner Tageblatt“ am 25. Juli 1920 von einer Revierkonferenz des Bergarbeiterverbandes in Essen, in der 658 Bergleute von 256 Schachtanlagen versammelt waren. In dieser Konferenz informierten die Bergarbeiterführer Otto Hue (SPD) und Pieper (USPD) über die Beschlüsse von Spa. Es wurde deutlich, dass ein großer Teil der Bergleute eine Abneigung gegen die Verlängerungen des Überschichtenabkommens formulierte. Auch der Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitgebern wurde gefordert, dagegen protestierte Hue aber energisch. Er hielt den Vertrauensleuten vor, dass ein Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft ein Rückschritt sei und den Zechenbesitzern in die Hände arbeiten würde. Letztendlich nahmen die Delegierten der Revierkonferenz in Essen eine Entschließung des Vorstandes an, in der diesem das Vertrauen ausgesprochen wurde, weiterhin in der Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitgebern zu verhandeln. Der Antrag zum Austritt wurde abgelehnt.

Bezüglich der Überstundenregelung waren sich Osterroth und Hue in der Vorgehensweise geringfügig uneins. Osterroth sprach sich eindeutig für die Überstundenregelung aus, Hue wollte die Entscheidung darüber an eine Kommission überweisen. Sie waren aber enge Freunde und politische Kampfgefährten. Der Antrag zur Kündigung des Überschichten-Abkommens wurde auf Vorschlag von Hue an eine besondere Kommission überwiesen. Die Entschließung enthielt auch die Forderung nach einer besseren Ernährung für die Bergleute und weitere technische Betriebsverbesserungen in den Bergwerken und im Transportwesen. Weiter prangerte man die harten Forderungen des Kohleabkommens von Spa an und die Drohung der Entente, bei Nichterfüllung die militärische Besetzung des Ruhrgebiets durchzuführen. Dieser würde man sich energisch zur Wehr setzen.²²⁹ Der Annahme der Entschließung waren scharfe Zusammenstöße der SPD-Vertrauensleute um Osterroth mit denen der USPD und der Linksradiكالen vorausgegangen. Auch hier verdeutlichte sich die Zerrissenheit der deutschen Linken und der Arbeiterschaft, denn viele Sozialdemokraten standen noch Wochen vorher im Kampf um das Ruhrgebiet der Roten Ruhrarmee gegenüber.

Osterroth verteidigte weiterhin in vielen Veranstaltungen und in von ihm verfassten Schriften an die Bergarbeiter das für die Wirtschaft so bedeutende Überschichtenabkommen. Die Linksradiكالen opponierten auch weiter gegen das Abkommen. Die Einsicht, dass sich die neue demokratische Republik über eine starke Wirtschaft festigen könnte, war mit der Linken

²²⁹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 137, sinngemäß zitiert aus dem „Berliner Tageblatt“.

nach Osterroths Meinung nicht zu erreichen.²³⁰ Osterroth verfasste ein Plakat, welches auf allen Zechen und in den Bergmannskolonien angeschlagen wurde, um die Einsicht zur vermehrten Kohleförderung durch Überschichten mit folgendem Text zu erreichen:

Bergmann, höre und hilf!

Weisst Du, dass hunderte deutsche Großstädte mit ihrer Bevölkerung ohne Kohlen sind und die Verzweiflung dort mit dem Winter Einzug hält?

Weisst Du, dass zehntausende Fabriken, Gas- Wasser- und Elektrizitäts- nur Kohlen haben für wenige Tage?

Weisst Du, dass die Eisenbahnen nicht mit Kohlen versehen sind, um den notwendigen Verkehr aufrecht zu erhalten, um die Menschen mit Lebensmitteln und Rohstoffen zu versorgen?

Weisst Du, dass unser Geld um Vierfüntel entwertet ist, dass deshalb Dein Lohn seine Kaufkraft verloren hat?

Weisst Du, dass wir für den dritten Teil des deutschen Volkes die Lebensmittel und für das ganze Volk die Kleidung im Ausland kaufen müssen?

Weisst Du, dass unser Geld deshalb so entwertet und die eingeführten Waren deshalb so entsetzlich teuer sind, weil wir die ungeheuer grossen Einfuhrmengen nicht mit Kohle, Stahl und Industrie-Erzeugnissen bezahlen können wie früher?

Weisst Du, dass uns monatlich drei Millionen Tonnen Kohlen (60 Millionen Zentner) fehlen, um alle Arbeitshände in Deutschland beschäftigen zu können, dass wir mit Kohlen und Rohstoffen wieder eine Ausfuhr-Industrie aufbauen müssen, die uns allein vollwertige Zahlungsmittel schafft?

Weisst Du, dass nur eine Steigerung der Ausfuhr, die ohne Steigerung der Kohlenförderung nicht möglich ist, den Wert des Geldes steigert und die Kaufkraft Deines Lohnes erhöht?

Bergmann wisse, dass Millionen frirender Frauen und Kinder auf Dich blicken und dass Millionen Arbeitsloser von Dir Rettung aus der Not erwarten!

Bergmann, denke an die Solidaritätspflicht gegenüber Deinen 60 Millionen Volksgenossen!

²³⁰ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 137.

Bergmann, hilf!

Bergmann, sei Retter!²³¹

Osterroths dringlicher Appell an die Bergleute sollte auch dazu dienen, mit ihren Familien über die Überstundenregelung nachzudenken. Der öffentliche Druck durch die wirtschaftliche Lage und Angst vor Hunger und Armut sollten die Bergleute zur Einsicht bringen. Der Appell an die Solidaritätspflicht gehört für Osterroth zum Grundverständnis in der jungen Republik. Von den Linksradi­kalen wurde die Überstundenregelung vehement abgelehnt, entsprechend wurde auf den Schach­tanlagen dagegen agitiert. Osterroth unterstellte den Linksradi­kalen, dass sie kein Interesse daran hätten, die Republik über die Gesundung der Wirtschaft zu festigen.²³² Der Bergarbeitervorstand, die SPD und die Reichsregierung bemühten sich, umfangliche Streiks abzuwenden, auch in anderen Wirtschaftsbereichen, und das Überschichtenabkommen im Bergbau durch Zugeständnisse an die Arbeiter aufrecht zu erhalten.

Der Druck des Versailler Vertrages und die schleichende Geldentwertung belasteten Staat und Bevölkerung sehr. Außerdem stellten die auseinanderdriftenden politischen und gesellschaftlichen Kräfte eine permanente Gefahr für die junge Demokratie dar.

5.4. Preußischer Landtagsabgeordneter und Bergbaulobbyist

Nach der für Nikolaus Osterroth enttäuschenden Wahl als Kandidat zum Reichstag vom 6. Juni 1920 stellte ihn die Unterbezirkskonferenz der SPD des Wahlkreises Westfalen-Süd als Kandidat für den Preußischen Landtag auf. Da Osterroth für einen sicheren Listenplatz nominiert war, wurde er am 20. Februar 1921 in den Preußischen Landtag gewählt. Für Osterroth war das wieder eine neue Perspektive. Auch privat hatte sich für die Familie etwas geändert. Im Herbst 1920 waren die Osterroths nach Werder/ Havel verzogen, wo sie ein Haus gekauft hatten. Der Bergarbeiterverband wollte Nikolaus Osterroth eigentlich in den Vorstand mit Sitz in Bochum berufen, wo er auch ein Haus am Dienstort gekauft hatte. Die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit nahm dann doch einen anderen Verlauf. Der neue Wohnort Werder war für Osterroth wegen der Nähe zu Berlin von Vorteil, von dort konnte er seine Tätigkeit im Reichswirtschaftsministerium und dann als Mitglied des Preußischen Landtags wahrnehmen.

Im Preußischen Landtag gehörte Osterroth einer starken Bergbaulobby an, mit Otto Hue und dem Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes Fritz Husemann und anderen namhaften Funktionären des Verbandes war der Stein- und Braunkohlebergbau sehr präsent vertreten. Dazu

²³¹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 137- 138.

²³² GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 138.

ist zu bemerken, dass sich auf preußischem Staatsgebiet die größten Zechenbetriebe des Reiches befanden.²³³ Osterroth hatte sich, wie auch schon vorher im Reichstag, im Landtag ein hohes Ansehen und Kompetenz erworben. Beachtung fand seine erste Rede als Fraktionsredner am 16. April 1921 über den mitteldeutschen Aufstand, der vom 19. März bis zum 2. April 1921 unter anderem in Halle, Merseburg, Eisleben und Hettstedt stattfand, denen Aufstände in Hamburg und im Ruhrgebiet folgten.²³⁴ Diese Aufstände waren von linksradikalen Kräften im Reich initiiert worden. Die mitteldeutsche Region mit dem Mansfelder Bergbaurevier, der Industrieregion Halle- Merseburg und dem großen Leunawerk war eine Hochburg sowohl der KPD als auch der KAPD (Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands). Die Anhänger der SPD und der USPD hielten sich vom Aufruhr fern, aber die Kommunisten fanden bei den Arbeitern einen großen Rückhalt und lieferten sich mit der preußischen Polizei einen regelrechten Krieg mit dem Ziel, die Staats- und Gesellschaftsordnung zu verändern.²³⁵ Im Preußischen Landtag wurde die Regierung von der kommunistischen Fraktion und von den Rechtsfraktionen heftig angegriffen, weil sie einerseits zu kräftig eingegriffen hätte, andererseits zu wenig tatkräftig gegen die Kämpfe eingeschritten sei. In seiner Rede am 16. April griff Osterroth die KPD-Abgeordneten scharf an, indem er auf die Pflicht der Regierung hinwies, die Bergleute, ihre Familien und die Bevölkerung vor dem linken Terror zu schützen. Es sei schamloser Terror, die Zechen zu besetzen und sich gegen die Mehrheit der Belegschaften zu richten. Osterroth bezichtigte die Kommunisten, von Moskau gesteuert zu sein. Die wahren Sozialisten in der Republik seien achteinhalb Millionen organisierter Arbeiter in den freien Gewerkschaften.²³⁶

Osterroths leidenschaftliche Rede erzeugte nicht nur im preußischen Landtag, sondern auch in der Presse große Erregung bei rechten und linken Zeitungen. So schrieb der sozialdemokratische „Volkswille“, Hannover, dass Osterroth den Kommunisten in seiner Rede moralische Hiebe versetzt hätte. Das Zentralorgan der KPD „Die rote Fahne“ war selbstverständlich anderer Meinung und schrieb, dass Osterroth Kommunistenverleumdung betrieben habe unter dem Beifall seiner Genossen und der Bürgerlichen.²³⁷ In seine beißende Kritik an den Kommunisten schloss Osterroth auch die radikalen Mitglieder der USPD ein, so sehr er sich auch die Wiedervereinigung dieser mit der SPD wünschte. Im Herbst 1922 vereinigte sich dann auch der demokratisch gesinnte Teil der USPD wieder mit der SPD. Einige führende Mitglieder der USPD wurden Mitglied der preußischen Landtagsfraktion, wie zum Beispiel Ernst Reuter, der spätere Regierende Bürgermeister von West-Berlin. Osterroth verspürte jedoch nach dieser Vereinigung, ohne es zu spezifizieren, eine Veränderung im Stil und in der Politik der SPD, die

²³³ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 175- 176.

²³⁴ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 179- 180.

²³⁵ Büttner, Ursula: Weimar, S. 182.

²³⁶ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 179- 180, Franz zitiert aus der Rede seines Vaters.

²³⁷ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 183- 184, Nikolaus Osterroth hat die Zeitungen selbst zitiert.

nicht zum Segen der Partei war.²³⁸ Durch die Vereinigung musste selbstverständlich auf die eher nach links ausgerichteten Mitglieder der ehemaligen USPD Rücksicht genommen werden. Osterroth, revisionistisch wie die Mehrheit der SPD, sah die Veränderung offensichtlich mit Vorbehalten. „Es blieb also nach dem Ende der USPD bei den beiden Seelen der Sozialdemokratie“, so Franz Walter.²³⁹

Osterroth konzentrierte sich als Landtagsabgeordneter auf Fragen der Wirtschaftspolitik, des Bergbaus und der Bergarbeiterschaft. Eng verbunden mit den Bergarbeiterabgeordneten der sozialdemokratischen Landtagsfraktion blieb er auch mit dem Vorstand des Bergarbeiterverbandes persönlich und sachlich im engen Kontakt. Der Bergarbeiterführer Otto Hue, zugleich Mitglied der SPD-Fraktion im preußischen Landtag, übertrug Osterroth noch im Jahr 1921 einige seiner Aufgaben, die er wegen seines Gesundheitszustandes nicht mehr ausfüllen konnte. Osterroth übernahm den Vorsitz des Ausschusses für Handel und Gewerbe, als dessen Berichterstatter er alljährlich zum Berg-Etat im Plenum sprach. Sehr oft nahm er zu aktuellen Bergbau- und Bergarbeiterfragen Stellung. Ende April 1921 stellte Osterroth im Landtag eine kleine Anfrage zur Stilllegung der Zeche Maximilian in Hamm. Diese Zeche war durch einen Wassereinbruch von 1914- 1920 zunächst stillgelegt, sollte aber wegen der wertvollen Kohle durch das Abteufen zweier neuer Schächte wieder in Betrieb genommen werden. Der Industrielle Röchling hatte inzwischen die Mehrheit an der Aktiengesellschaft erworben, stoppte die Abteufarbeiten und kündigte kurzfristig 800 Bergleuten. Im Rahmen der Anfrage prangerte Osterroth die Entscheidung des Industriellen scharf an.²⁴⁰ Die Zeche Maximilian wurde trotz größter Proteste wegen betriebstechnischer Störungen geschlossen. Eine Abordnung von Bergleuten besuchte Osterroth als den zuständigen Abgeordneten für den Wahlkreis, um ihm ihren Unmut über die Stilllegung zu bekunden. Daraufhin bat Osterroth den Preußischen Landtag, das Staatsministerium zu ersuchen

1. die Stilllegung aufgrund der bestehenden Gesetze zu versagen
2. einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Stilllegung von Bergwerksunternehmungen und -anlagen von der Zustimmung der Bergbehörden abhängig macht
3. bei der Reichsregierung auf Vorlage eines Gesetzentwurfs zu dringen, der im Falle der Stilllegung die Enteignung des Unternehmens zugunsten des Gliedstaates ohne Entschädigung unter Fortfall der Bergwerksgerechtheit²⁴¹ sichert.

Osterroth wies in der Begründung zum Antrag auf die Kohlenot hin, in der sich das Reich befände, und dass die Belegschaften der Zechen größte Anstrengungen durch Überschichten

²³⁸ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 184.

²³⁹ Walter, Franz: Die SPD, S. 80.

²⁴⁰ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 186.

²⁴¹ Preußisches Berggesetz von 1865, dass Bergbauwillige Anspruch gegenüber dem Staat haben, nach Mineralien zu schürfen, auch ohne den Willen des Grundstückseigentümers.

leisteten, um den Mangel zu lindern.²⁴² Durch Wegfall der Kohlegebiete aufgrund des Versailler Vertrags in Elsaß-Lothringen und Oberschlesien und zusätzlicher Kohlelieferungen an Frankreich und England gemäß des Kohleabkommens vom September 1920 war das Deutsche Reich nicht in der Lage, seinen eigenen Kohlebedarf zu decken.²⁴³

Die Besetzung des Ruhrgebiets 1923/ 24 durch französische und belgische Truppen wegen nicht erbrachter Reparationsleistungen war eine weitere Herausforderung für Preußen und das Reich. In seiner Schrift: „Der deutsche Arbeiter und der Ruhreinfall“²⁴⁴ beschrieb Osterroth eindringlich die Unfähigkeit der Besatzer, ein so komplexes Industriesystem wie es das Ruhrgebiet darstellte, produktiv zu beherrschen. Da er auch dem Ruhrhauptreferat des Reichsarbeitsministeriums angehörte, wurde Osterroth zu einem der stärksten Wortführer des Widerstands in der Öffentlichkeit. Er sagte am 2. März 1923 bei der Beratung des Berg-Etats im Preußischen Landtag:

*„Wir müssen der Bevölkerung, die durch den Ruhreinfall so hart betroffen ist, unsere höchste Anerkennung aussprechen. An der Ruhr wird für die Aufrechterhaltung der deutschen wirtschaftlichen Unabhängigkeit und für die deutschen Lebensnotwendigkeiten gekämpft.“*²⁴⁵

In einem Brief vom 1. Februar 1923 an seinen Sohn Franz kommt Nikolaus Osterroth intern zu aus seiner Sicht folgenden politisch-pessimistischen Betrachtungen, er schrieb:

*„So imponierend die Abwehr des Ruhreinfalls ist, sie birgt riesige Gefahren in sich. Die Extreme rechts und links waren beängstigend. Kommt die unvermeidliche Wirtschaftsnot mit ihrer Auswirkung auf die breiten Massen, so wird aus dem Hosianah ein Gekreuzigter. Ich fürchte, dass, wenn die Gewerkschaften nicht ganz klug lavieren, werden sie unterhöhlt und unfähig, das Bollwerk des drohenden Bürgerkrieges zu sein. Ich bin in dieser Frage nicht sehr optimistisch, wiewohl wir noch lange nicht am Ende der Abwehrmittel sind. Die Franzosen werden sicher nicht die Nutznießer des Einbruchs sein, aber wir werden durch den tiefen Abgrund gehen müssen und wissen heute noch nicht, ob wir die Einheit der Republik erhalten können.“*²⁴⁶

²⁴² GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 186- 187.

²⁴³ Büttner, Ursula: Weimar, S. 154.

²⁴⁴ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 167.

²⁴⁵ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 170- 171.

²⁴⁶ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, Brief von Nikolaus Osterroth an seinen Sohn Franz vom 01.02.1923, zitiert nach: unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 170.

In der Zeitschrift „Das neue Deutschland“²⁴⁷ unterstellte Nikolaus Osterroth den französischen Besatzern des Ruhrgebiets, dass der Grund des Ruhreinfalls keineswegs die in Verzug geratenen Reparationsleistungen von Holz und Kohle waren, sondern dass die Vernichtung der deutschen Montanwirtschaft und damit der weiterverarbeitenden Industrie zugunsten der französischen Wirtschaft die wahre Absicht der Franzosen war.²⁴⁸ Jedenfalls bedeutete die Besetzung des Ruhrgebiets durch die franko-belgischen Truppen mit ihren repressiven Maßnahmen eine Destabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland.

In seiner persönlichen Einschätzung der politischen Lage im Reich hatte Nikolaus Osterroth recht. In den Jahren seit der Revolution 1918 bis Ende 1923 war die Weimarer Demokratie von linken und mehr noch von rechten extremen Kräften bedroht. Die Bemühungen Osterroths als Sozialdemokrat, als Bergbaureferent und als Gewerkschafter die Partei zu einigen, die Wirtschaftlichkeit des Bergbaus zu beachten und dabei die Interessen der Bergleute zu wahren, fand bei Freunden und Gegnern hohe Beachtung. Osterroth entwickelte sich, seit er Bergbaureferent im Ministerium war und in der preußischen Landtagsfraktion als Bergbauspezialist galt, immer mehr zu einem Wirtschaftspolitiker.

5.5 Vorstandsmitglied und Sozialdirektor der Preußag:

Nikolaus Osterroth verabschiedete sich Ende 1923 aus seiner Funktion als Bergbaureferent des Reichsarbeits- und des Reichswirtschaftsministeriums, um in der neugeschaffenen „Preußischen Bergwerks- und Hütten- AG“ (Preußag) Vorstandsmitglied und Sozialdirektor zu werden. Er blieb aber Mitglied des Preußischen Landtags. Die Gründung der „Preußag“ ging auf Vorstellungen konservativer Kräfte im Preußischen Landtag schon vor dem Ersten Weltkrieg zurück, die staatlichen Bergbaubetriebe zu privatisieren. Die Vorarbeiten zur Gründung der privatrechtlichen Aktiengesellschaft begannen im Jahr 1922, mit dem Ziel, eine größere Wirtschaftlichkeit als ein staatliches Unternehmen zu erzielen, losgelöst von Staatsbürokratie und starren Führungsstrukturen. Die Aktien blieben im Besitz des preußischen Staates und konnten ohne Zustimmung des Landtages nicht verkauft werden. Der Vorstand der Preußag bestand aus dem kaufmännischen Generaldirektor, dem technischen Generaldirektor und drei stellvertretenden Direktoren.²⁴⁹ In einem Brief vom 10. November 1923 schrieb Osterroth an

²⁴⁷ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, Grabowsky, Ad., Dr., Hrsg.: „Das neue Deutschland“, Heft 4/5, 1923, zitiert nach: unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 169.

²⁴⁸ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, Grabowsky, Ad., Dr., Hrsg.: „Das neue Deutschland“, Heft 4/5, 1923, zitiert nach: unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 169.

²⁴⁹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 205.

seinen Sohn Franz: „In der neuen staatlichen Bergwerks-AG, die ja der grösste Wirtschaftskonzern sein wird, soll ich die umfangreichen Aufgaben des Sozialdirektors übernehmen.“²⁵⁰ In diesem Brief teilte Osterroth seine Genugtuung mit, dass er von allen Parteien im Landtag für diese Funktion gebilligt worden sei. Er verband mit dieser neuen Tätigkeit auch, in eine Lebensaufgabe hinein zu wechseln, und er hatte dabei politische Zielsetzungen im Visier. Er schrieb seinem Sohn:

„Es gilt zu beweisen, dass der sozialisierte Betrieb einen Leistungsrekord aufzustellen in der Lage ist, dass der Arbeiter als Wirtschaftssubjekt Daseinsberechtigung hat. Ich werde den Gemeinschaftsgeist beim fiskalischen Kumpel schon zu wecken wissen. Ich werde seine materiellen Interessen nicht vergessen. Und aus der Leistung und der zielsicheren Verwendung der Produktion wollen wir eine horizontale und vertikale Erweiterung des Unternehmens, dass in zehn Jahren niemand mehr sagen soll, dass der Sozialismus graue Theorie ist.“²⁵¹

Die personelle Zusammensetzung des Preußag-Vorstandes mit einem Personaldirektor entsprach durchaus dem späteren Montan-Mitbestimmungsgesetz vom 21. Mai 1951, in dem festgelegt war, dass ein Mitglied des Vorstandes für alle Personal- und Sozialfragen zuständig ist.²⁵² Somit war die Preußag ein moderner privatrechtlich angelegter Staatsbetrieb. Osterroth war sich sehr darüber bewusst, dass er der erste sozialistische Wirtschaftspraktiker war und unter der Beobachtung von Freunden und Gegnern stand. Aber er war nach eigenen Vorstellungen gewillt, den sozialpolitischen Erfolg in der Preußag zu garantieren.²⁵³ Osterroths Vorstellungen fanden im Vorstand der Preußag einstimmige Zustimmung und im preußischen Landtag mehrheitliche Anerkennung. In der Presse wurde Osterroths Berufung in den Preußag-Vorstand unterschiedlich kommentiert.

In der Zeitung „Der Hammer“ beschwerte sich der Betriebsrat Artur Seifert von der Zeche Radbod in Hamm über einen Artikel in der „Westfälischen Landeszeitung“ aus Münster, in der Osterroth verächtlich gemacht wurde, weil er ohne akademische Bildung sich anmaße in höchsten Stellen des Staates zu dienen. Seifert zitiert im „Hammer“ einige der von der „Westfälischen Landeszeitung“ verwendeten Schlag- und Schimpfwörter: „roter Agitator“, „Gefängnisbewohner“, „Kiepenkerl“, „Hausierer“, „Nichtskönner“, „Tongrubenbergmann“. Seifert resümiert in seinem Artikel im „Hammer“:

²⁵⁰ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, Brief von Nikolaus Osterroth an seinen Sohn Franz vom 10.11.1923, zitiert nach: unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 209.

²⁵¹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, Brief von Nikolaus Osterroth an seinen Sohn Franz vom 10.11.1923, zitiert nach: unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 209.

²⁵² <http://www.wirtschaftslexikon24.com/d/montanmitbestimmungsgesetz/montanmitbestimmungsgesetz.htm> (letzter Zugriff: 26.10.2021)

²⁵³ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, „Der Hammer“ ohne Datum, zitiert nach: unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 209.

„Aber wie ist es denn? Waren nicht zum grössten Teil die politischen Freunde der „Westfälischen Landeszeitung“ jene, die dazu beigetragen haben, dass Osterroth Hausierer und Kiepenkerl wurde, dass er über zwei Jahre das Gefängnis von innen besehen musste, die ihn gehetzt und gejagt haben wegen seines andauernden Kampfes mit den Grubenbaronen, für die Bessergestaltung der Lebensinteressen der Arbeiterschaft?!“²⁵⁴

Für Nikolaus Osterroth war es aufgrund seiner Tätigkeit nicht leicht, einerseits die Interessen des Preußag-Vorstandes vertreten zu müssen, andererseits aber Arbeitnehmeranliegen einzufordern. Oft musste er Beschlüsse des Aufsichtsrates, die nicht mit den Vorstellungen des Bergarbeiterverbandes konform gingen, gegenüber seinen ehemaligen Bezirksleiter-Kollegen versuchen zu erklären. Im Kreuzfeuer der Kritik stehend, von links und rechts und massiv von den Nationalsozialisten, wirkte Osterroth bis zum Ende der Weimarer Republik für die Preußag.²⁵⁵

In einer Sonderausgabe des Preußag-Magazins „profile“ vom September 1999 erscheint unter dem Titel „Zeitreise. 75 Jahre Preußag. Ein Unternehmen im Wandel“²⁵⁶ eine kurze Würdigung Nikolaus Osterroths. Dass man sich seiner 66 Jahre nach seinem Ausscheiden aus dem Konzern erinnert, spricht für das Ansehen, das sich Osterroth im Konzern erworben hat. In diesem Aufsatz von Dr. Bernhard Stier geht der Autor zunächst auf die Gründung der Preußag ein. „Aber auch sozialpolitisch sollen die Unternehmen Schrittmacherfunktionen übernehmen.“ Darüber, wie erfolgreich die Preußag und ihre Schwesterunternehmen in dieser Hinsicht waren, herrschen geteilte Meinungen. Eine Untersuchung über „Preußen“ als Unternehmer kommt zu dem Urteil, es seien insgesamt nur „wenige Beispiele für sozialpolitische Funktion zu finden.“ Über Nikolaus Osterroth heißt es:

„Eine Sonderrolle nimmt auch Nikolaus Osterroth ein. Am 1. Januar 1924 wird er Sozialdirektor der Preußag, ein Posten, den es nirgendwo sonst gibt. Seine Aufgabe sieht er darin, das neue Unternehmen innerlich zusammenzuhalten. Er sagte damals: ‚In der neuen Betriebsform wird sich ein Geist entwickeln, in dem auch die Beamten sich heimisch und nicht als Fremdkörper fühlen werden. Das Personal wird sich, glaube ich, zusammenschließen lassen zu einem gemeinschaftlichen Familiengeist, in dem sich jeder als Treuhänder des ihm anvertrauten Gutes fühlt.‘ Heute würde man sagen: Corporate Identity.“²⁵⁷

²⁵⁴ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, „Der Hammer“ ohne Datum, zitiert nach: unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 211.

²⁵⁵ Die Firmengeschichte der Preußag reicht bis in die jüngste Gegenwart der Nachkriegsgeschichte.

²⁵⁶ Stier, Bernhard: Zeitreise. 75 Jahre Preußag. Ein Unternehmen im Wandel, in: Magazin Preußag profile: Sonderausgabe September 1999, S. 6- 7, https://www.tuigroup.com/damfiles/default/konzern/geschichte/profile_sonderausgabe_1999-ef457733e3cc0e5f2fd5a9909063bc85.pdf (letzter Zugriff: 10.08.2021.)

²⁵⁷ Stier: Zeitreise, S.7.

5.6. Rauer Parlamentsalltag und Kampf gegen den Nationalsozialismus

Nikolaus Osterroth empfand die Weimarer Republik als seine eigene Sache, der er mit ganzem Herzen diente.²⁵⁸ Die Verfassungen des Reiches und der deutschen Länder waren das Ergebnis jahrelangen, opferbereiten Kampfes für die Demokratie. Die Republik stand jedoch, wie wissenschaftlich hinreichend beschrieben, von Beginn an unter einer permanenten Bedrohung: politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Dies äußerte sich auch in den Parlamenten, wie dem preußischen Landtag, wo die Debatten oft in unwürdiger Weise geführt wurden. Osterroth hielt in seinen Erinnerungen fest, dass viele Auftritte von Parlamentariern der Kommunisten und der Nationalsozialisten mit Absicht sehr rüpelhaft waren. Zwischenrufe, lärmende Unterbrechungen von Rednern anderer Parteien, sogar tätliche Angriffe auf Andersgesinnte des Landtages waren häufig der Fall und solche Abgeordnete sahen darin eine „revolutionäre Politik“, so Osterroth.

Der Abgeordnete Thiele (SPD) erwähnte in der Presse, dass weibliche Abgeordnete der SPD im Vorbeigehen als „Huren“ oder „sozialistisches Saustück“ bezeichnet wurden. Osterroth, der mit seiner rhetorischen Begabung in Debatten das Verhalten der linken und nationalsozialistischen Abgeordneten attackierte, geriet besonders ins Kreuzfeuer der politischen Gegner. In der Landtagssitzung vom 12. Oktober 1926 bezeichnete der kommunistische Abgeordnete Abel, ein Bergmann aus Hannover, ihn in einem Zwischenruf als „Lump und Arbeiterverräter“. Ausgerechnet für diesen Abgeordneten Abel hatte Osterroth in einer Fürsprache beim preußischen Handelsminister dafür gesorgt, dass er für die Dauer der Landtagssitzungen seinen Lohn als Bergmann zusätzlich gezahlt bekam. Osterroth sorgte auch als Personaldirektor dafür, dass Abel während eines Streiks im Juli 1925 seinen Lohn erhielt, obwohl ihm dieser als Streikposten nicht zustand. Allerdings hielt das Abel nicht ab, bei seinen Mitstreikenden zu klagen, dass er auch keinen Lohn erhielt.²⁵⁹ Osterroth berichtete in seinen Erinnerungen noch über einige sehr unwürdige Begegnungen, tätliche Angriffe und massive Beleidigungen durch linke und rechte Abgeordnete, die in der damaligen Presse ausführlich beschrieben wurden.²⁶⁰ So berichtete der „Volkswille“ in Hannover in einer Ausgabe im Oktober 1926 unter dem Titel „Wie ein Lump die verdiente Behandlung kriegt“ ausführlich über eine tätliche Auseinandersetzung zwischen dem kommunistischen Abgeordneten Schulz mit der Familie Osterroth.

Für das Ansehen der parlamentarischen Demokratie waren diese Begebenheiten und Ausfälle sehr abträglich und boten den Gegnern der Demokratie genug Argumente für ihre Verachtung

²⁵⁸ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 226.

²⁵⁹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 229, Franz zitiert aus einem Brief seines Vaters an den „Volkswillen“, Hannover.

²⁶⁰ GStAPK: NL Osterroth, Rep. 92, Nr. 523, Zeitung „Der Volkswille“, Hannover, Oktober 1926.

des Parlamentarismus. Die Hauptgefahr für die Demokratie von Weimar, so beurteilte Osterroth die innenpolitische Lage seiner Zeit schon sehr früh zu Beginn der 1920er Jahre, kam allerdings nicht von linken Strömungen, auch nicht von Monarchisten, sondern kam in Gestalt der demagogisch-terroristischen Massenbewegung nach dem Vorbild der Faschisten in Italien. Als Sozialdirektor beobachtete er in den Betrieben der Preußag, dass die Unruhestifter in den Belegschaften keineswegs nur unter den Kommunisten zu finden waren, sondern maßgeblich Nationalsozialisten waren, die überwiegend zu den Angestellten seiner Betriebe zählten. Osterroth wörtlich:

„Ist es ein Zufall, dass bei den Plünderungen in rheinisch-westfälischen Großstädten die spartakistischen Verbrecherhaufen auszogen mit der Parole „Gegen die Juden“? Das schamlose Treiben der deutschnationalen Demagogen sei somit auf ihre Klassenantipoden übergesprungen. Die Schuld fällt zurück auf die intellektuellen Urheber. Die Schmach aber flammt ihnen nicht mehr übers Antlitz, weil sie der Menschheit Bestes, das Schamgefühl, verloren haben.“

Mit diesem Satz schließt ein Zeitungsartikel Osterroths, der ein beeindruckendes Bekenntnis gegen den Antisemitismus und den Rassismus war.²⁶¹

Osterroth zählte einige Menschen jüdischen Glaubens zu seinen Freunden, so zum Beispiel aus Hammer Zeiten den ehemaligen Oberlandesgerichtsrat Freymuth und seinen Fraktionsvorsitzenden im preußischen Landtag Ernst Heilmann. Er verabscheute den Antisemitismus, der sich im Kaiserreich bereits verstärkt zeigte und von den Nationalsozialisten zum politischen Programm erhoben wurde. Schon im Februar 1920 verfasste Osterroth einen Artikel, der in allen SPD-Tageszeitungen im Reich erschien, mit dem Titel „Der Jude wird verbrannt“.²⁶² Dieses sei der Schlachtruf in allen „Ebbeumständen“ der Menschheitsgeschichte gewesen. Osterroth schlug dabei den Bogen vom intoleranten Patriarchen von Jerusalem aus der Zeit der Kreuzzüge über die Judenverfolgungen im Mittelalter, über den Antisemitismus der Kaiserzeit bis zur Gegenwart von Weimar. Er prangerte in dem Artikel die deutschnationalen Reaktionäre „lichtblonder Färbung“ an, die sich von niedrigsten politischen Instinkten leiten lassen würden, indem sie den Schlachtruf „Juden raus“ als Brücke zur Wiedererlangung ihrer früheren politischen und wirtschaftlichen Machtstellung benutzen möchten. Osterroths ethische Auffassung spiegelt sich in dem Satz wider: „Nicht die Farbe des Haares und der Haut, nicht die Form der Nase machen den Menschen, sondern seine Gesinnung.“ Osterroth beschreibt weiter einen Vorgang während seines Einsatzes im Ersten Weltkrieg 1915 an der polnischen Grenze.

²⁶¹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 271, zum Erscheinen des Artikels in einer Ludwigshafener Zeitung gibt es keine weitere Angabe.

²⁶² GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 271- 272.

In dem vom Krieg sehr heimgesuchten Ort Kalisch mit überwiegend jüdischer Bevölkerung mietete ein alter, kranker, kinderreicher Jude Kirschbäume am Straßenrand an, um von der verkauften Ernte ein bescheidenes Einkommen zu erzielen. Soldatenkameraden Osterroths plünderten die Kirschen und misshandelten den alten Juden, der den Diebstahl verhindern wollte, auf abscheuliche Weise. Der Geschädigte vereitelte sogar, dass Osterroth die Kirschdiebe bei den Vorgesetzten meldete. Als Osterroth und einige der Peiniger an der Ruhr erkrankten, brachte dieser Jude ihnen zur Genesung Milch und Weißbrot ins Krankenrevier und beharrte darauf, keine Bezahlung erhalten zu wollen. Osterroth stellt in seinem Artikel die Frage: „Wer sieht in seinen Zügen nicht das Charakterbild des Lessingschen Nathan?“²⁶³ Weiterhin berichtete Osterroth, dass er 1917 im schlimmsten „Steckrübenwinter“ als Gewerkschaftssekretär für die Ärmsten der Armen, Kriegskrüppel, Kriegerwitwen und Kriegswaisen Lebensmittel erbat und an jüdischen Türen niemals abgewiesen wurde, im Gegensatz zu begüterten christlichen Häusern. Ein jüdischer Kaufmann hätte sogar Friedensware teils unentgeltlich, teils zu Friedenspreisen zur Verfügung gestellt. Osterroth resümiert in dem Artikel: „Nathangröße, vor der ich in Ehrfurcht den Hut ziehe, weil ich sie in diesem Ausmass nur bei Juden fand.“²⁶⁴ Für sich stellte Osterroth fest, dass es für ihn als Sozialdemokraten mit streng christlicher Jugenderziehung völlig unverständlich war, dass die Judenhetze auch von irreführenden Arbeitermassen praktiziert wurde.

Die Debattenkultur, der Antisemitismus, der militante Rechts- und Linksradikalismus, Mordterror gegen politische Gegner und Repräsentanten der Republik mit der Parole gegen die „Judenrepublik“ überlagerten die Erfolge der Politik im Reich und auch in Preußen. So gab es zahlreiche positive Entwicklungen im wirtschaftlichen Sektor, trotz der Belastungen durch den Versailler Vertrag und die Inflation 1923. In einem neuen Geist entwickelten sich Kunst und Kultur und das gesellschaftliche Leben, inklusive einer beginnenden Emanzipation des weiblichen Geschlechts.

Die politische Auseinandersetzung fand ab dem Ende der 1920iger Jahre immer häufiger auf den Straßen oder in Sälen statt, begleitet von Krawallen und Gewalttätigkeiten. Neben den Kampfgruppen der KPD agierten die SA und die SS wie ein militärischer Kampfverband, gut organisiert und ausgerüstet. Osterroth dazu in seinen Erinnerungen:

„Das Reichsbanner Schwarzrotgold, die republikanische Abwehrorganisation, die sich früh und täglich mit SA und SS herumschlagen musste, hatte am ersten erkannt, woher die wirkliche Gefahr für die Weimarer Republik kam.“²⁶⁵

²⁶³ Osterroth nimmt Bezug auf das Drama „Nathan der Weise“ von Lessing.

²⁶⁴ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 271- 272.

²⁶⁵ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 232.

Osterroth begrüßte diese republikanische Kampforganisation, die die Veranstaltungen der demokratischen Parteien beschützte und im Volk die demokratischen Verfassungssymbole und -werte popularisierte und unterstützte sie entschieden.

Bei der Reichstagswahl 1930 stieg die NSDAP zur zweitstärksten Partei auf und verstärkte ihre Präsenz auch auf der Straße im ganzen Reich. Die linken demokratischen Kräfte vereinigten sich 1931 als Antwort darauf in der „Eisernen Front“, wie Reichsbanner, Freie Gewerkschaften, Arbeitersportbewegung und die SPD als Bollwerk gegen die „braune Gefahr“. In vielen großen Kundgebungen stellte sich die „Eiserne Front“ gegen die immer stärkere Bedrohung der Demokratie.²⁶⁶ Auch Nikolaus Osterroth engagierte sich hier als Wahlkreisabgeordneter für Hamm/ Soest. Am 23. Februar 1932 berichtete der „Hammer“ unter dem Titel: „Massenaufmarsch der Eisernen Front beim Generalappell in Hamm“. Der „Hammer“ schrieb zu Beginn des Artikels über den „glänzenden Verlauf“ der Massendemonstration „wie unsere Stadt sie seit Revolutionszeiten nicht mehr gesehen hat“. Weiter berichtete er, dass, obwohl über 2.000 Republikaner an der Veranstaltung teilnahmen, ein Teil der Arbeiter nicht mit demonstriert hätte. Die Zeitung wörtlich: „Dass ein Teil der Hammer Arbeiterschaft nicht mitmachte, der sicherlich – wie er es durch seine Führer auch schriftlich versichern ließ – seinen egoistischen Standpunkt aufgeben wird, wenn die Stunde nur noch ein Nein oder Ja zuläßt.“²⁶⁷

In Hamm verfügte die KPD bei den Arbeitern über eine breite Anhängerschaft, sie bekämpfte zwar auch den Nationalsozialismus, war aber auch erbitterter Feind der Sozialdemokratie. Die Demonstration vor dem Volkshaus in Hamm eröffnete der Leiter der Eisernen Front in Hamm, Reichsbannerführer Wienhold. Der „Hammer“ berichtete:

„Ueberall wehen heute in deutschen Landen die schwarz-rot-goldenen Fahnen, überall demonstrieren heute die Republikaner in einem Millionenaufgebot für Freiheit und soziale Gerechtigkeit, für die Demokratie, gegen den Faschismus. Erst wenige Wochen sind vergangen, seitdem der Ruf zur Bildung der Eisernen Front erklang, heute sind schon 20 Millionen Fäuste bereit, mit dem Nazispuk ein gründliches Ende zu machen. Eisern die Front, eisern die Faust. Eisern der Ruf, der das Land durchbraust. Unser Herz für Dich, deutsche Republik.“²⁶⁸

Einige Zeilen weiter schreibt der „Hammer“ über den „Kameraden“ Poller, der einen Prolog hielt: „Uns reißt die Geduld. Wir haben es satt. Heraus wer noch zwei Fäuste hat! Wir machen jetzt Schluß. Es ist uns zuviel. Es wird uns zu bunt das Narrenspiel!“ Danach redete Nikolaus Osterroth zu den Versammelten. Laut Zeitungsbericht schlägt Osterroth in seiner Rede einen

²⁶⁶ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 232.

²⁶⁷ GStAPK: NL Osterroth, Rep. 92, Nr. 568, „Der Hammer“ vom 23. Februar 1932.

²⁶⁸ GStAPK: NL Osterroth, Rep. 92, Nr. 568, „Der Hammer“ vom 23. Februar 1932.

Bogen von der Verantwortung, die Sozialdemokraten nach der Revolution 1918 getragen haben, vom Kampf gegen Links- und Rechtsradikale bei den Umsturzversuchen. Er erinnerte an die Errungenschaften der letzten Jahre für die Arbeiterschaft und schloss dann mit einem Appell an die „Herzen und Hirne“ aller Republikaner, für die Demokratie zu kämpfen.²⁶⁹ Noch war das von Otto Braun als Ministerpräsident und vom Innenminister Karl Severing geführte Preußen die „Festung staatlicher Macht“, die für die Demokratie zu garantieren schien. Osterroth glaubte fest daran, dass die preußische Polizei und die Reichsbanner-Schufu²⁷⁰ einen Putsch der Nationalsozialisten niederschlagen würden.²⁷¹

Mit der Wahl zum Preußischen Landtag am 24. April 1932 kam es für die SPD zu einer herben Enttäuschung. Sie stürzte ab auf 94 Sitze und verlor damit 43 Sitze, während die NSDAP von 9 Mandaten auf 162 Mandate anwuchs und im Landtag die stärkste Fraktion stellte. Die KPD hatte 57 Mandate erhalten. Für die SPD, die viele Jahre die Regierungsverantwortung getragen hatte, entstand plötzlich eine sehr schwierige Lage. Zwischen Nationalsozialisten, Kommunisten und den Regierungsparteien kam es zu wilden Szenen. Die beiden antidemokratischen Parteien NSDAP und KPD wären in Lage gewesen, mit anderen Parteien eine Regierung zu bilden, aber sie vergingen sich im Landtag in verbalen Attacken gegeneinander und auf der Straße mit ihren militanten Organisationen in Tötlichkeiten. Zusammen aber schlugen sie auf ihren erklärten Hauptfeind, die SPD ein, sowie auf den demokratischen Staat. Da keine Regierungsmehrheit zustande kam, blieb die Braun-Severing-Regierung geschäftsführend bis zum sogenannten Preußenschlag²⁷² am 20. Juli 1932 im Amt. Osterroth bemerkte dazu: „In diesem Landtag sozialdemokratischer Abgeordneter zu sein, macht keine Freude mehr.“²⁷³

Welche Formen des Umgangs im Landtag von den Nationalsozialisten im Landtag getätigt wurden, lässt sich an folgendem Vorfall verdeutlichen: In einer Debatte, in der es um Bergbaufragen ging, verkündete ein NSDAP-Redner langatmige NS-Parolen und beleidigte dabei den SPD-Abgeordneten Leinert. Es kam zu Buh-Rufen und daraufhin meldete sich der NSDAP-Abgeordnete Kube, um zur Geschäftsordnung zu sprechen:

„Wenn ein deutscher Arbeiter, wie der Vorredner, der ehrlich als Bergmann sein Brot erwirbt, hier in diesem Haus spricht, dann [haben] es die vollgefressenen Bonzen der SPD für geschmackvoll gehalten, diesen deutschen Arbeiter durch dämliche Bemerkungen zu

²⁶⁹ GStAPK: NL Osterroth, Rep. 92, Nr. 568, „Der Hammer“ vom 23. Februar 1932.

²⁷⁰ Schutzformation des Reichsbanners

²⁷¹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 232.

²⁷² Büttner, Ursula: Weimar, S. 797: Verhängung des Ausnahmezustands über Berlin und Brandenburg, Ablösung der geschäftsführenden Landesregierung durch Reichskommissare aufgrund von Art. 48 der Reichsverfassung

²⁷³ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 233.

*unterbrechen. Namens meiner Fraktion erkläre ich: Wir werden in Zukunft ein derartiges Verhalten nicht dulden, sondern es mit Brachialgewalt zu brechen wissen.*²⁷⁴

Als dann Nikolaus Osterroth für die SPD das Wort erhielt, kam von den Nationalsozialisten der Zuruf: „Vollgefressener Gewerkschaftsbonzel!“ Diesen verbalen Angriffen durch die Nationalsozialisten folgten, wie angekündigt, auch tätliche Angriffe durch die bewaffneten Kräfte der NSDAP.

Trotzdem trat Osterroth bei den Wahlen zum preußischen Landtag im März 1933 erneut an. In der Generalversammlung des SPD-Unterbezirks Hamm-Soest am 13. Februar 1933, die im Volkshaus im Hamm stattfand, wurde Nikolaus Osterroth als der bisherige Abgeordnete wieder für den preußischen Landtag als Kandidat aufgestellt. Eigentlich wollte Osterroth krankheitsbedingt schon 1932 nicht mehr für den Landtag kandidieren, aber seine Mitstreiter im Wahlkreis drängten ihn zur Kandidatur. Vergeblich hatte er versucht, an seiner Stelle August Schmidt,²⁷⁵ ein Vorstandsmitglied des Bergarbeiterverbandes, zur Kandidatur zu bewegen. In seiner zweistündigen Rede vor der Generalversammlung verdeutlichte Osterroth, dass es nun um Sein oder Nichtsein ginge. Er erinnerte noch einmal an die Übernahme der politischen Verantwortung der SPD 1918 und die folgenden vierzehn Jahre aufopferungsvoller erfolgreicher Arbeit für den Aufbau und die Demokratie Deutschlands. Die Belohnung sei, so Osterroth wörtlich:

*„...dass man jetzt sozialdemokratische Bürgermeister niederknallt, Freiheitskämpfer ermordet, Attentate und Terrorakte gegen uns verübt. Zu Hunderten fallen in diesen Tagen unsere Leute, die nur das Allgemeinwohl erstrebten. Unsere Gegner haben sich nie auf dem Boden des Geistes, des besseren Arguments mit uns messen wollen. Sie haben immer gemeuchelt.“*²⁷⁶

Osterroth reflektierte in seiner mutigen Kampfreden die Weimarer Demokratie und beleuchtete alle wichtigen gesellschaftlichen und politischen Ereignisse und Abläufe. Er schloss die Rede mit einem Appell:

*„Seid auch entschlossen, das Äußerste zu wagen im Kampf um menschliche und demokratische Freiheiten, für den Wiederaufstieg und den Sieg der deutschen Arbeiterklasse.“*²⁷⁷

²⁷⁴ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 238.

²⁷⁵ August Schmidt war nach 1945 Vorsitzender der IG-Bergbau

²⁷⁶ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 238, Franz zitiert aus der Rede von Osterroth, die er am 13. Februar 1933 auf der Generalversammlung des SPD-Unterbezirks in Hamm gehalten hat.

²⁷⁷ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 238, Franz zitiert aus der Rede von Osterroth, die er am 13. Februar 1933 auf der Generalversammlung des SPD-Unterbezirks in Hamm gehalten hat.

Die preußische Landtagswahl fand am 5. März 1933 statt. Die NSDAP bekam 43,2% der Wählerstimmen, das bedeutete 211 Sitze, die SPD erzielte 16,6% der Stimmen mit 80 Mandaten.²⁷⁸

6. Die zerstörte Demokratie und das Lebensende von Nikolaus Osterroth

Nach der Wahl zum Preußischen Landtag am 5. März 1933 fand am 22. März 1933 die Eröffnungssitzung statt, die bereits äußerlich von den Gewinnern der Wahl, der NSDAP, auffällig aufgemacht wurde. Auf dem Gebäude wehte die schwarzweiße Fahne, neben ihr die schwarzweißrote und die Hakenkreuzfahnen. Ebenso war auch der Sitzungssaal dekoriert. Im Haus waren Hilfspolizisten (SA- Leute mit Binden) aufgestellt. Auf der überfüllten Tribüne saß auch der Prinz August-Wilhelm von Preußen. In Polizeiuniform zog dann die NS- Fraktion in militärischer Weise in den Landtag ein. Nach Osterroths Beschreibung wurde die SPD-Fraktion mit „höhnischen und schadensfrohen Blicken“ gemustert. General von Litzmann hielt als Alterspräsident, von den NSDAP- Abgeordneten mit Hitlergruß begrüßt, eine Ansprache, nach der die NSDAP-Fraktion keinen anderen Führer als Adolf Hitler anerkennen werde; ein Affront gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg. Der Fraktionsführer der NSDAP, Kube, diffamierte in seiner Rede die bisherigen Koalitionsparteien und kündigte an: „In diesem Hause reden Sie und ihresgleichen nicht! Er kündigte die Ausrottung der „Pest des Marxismus“ und des „9. Novembers mit Stumpf und Stiel“ an.²⁷⁹ Es folgten im Laufe der Sitzung noch weitere Drohungen gegen die demokratischen Parteien. Ein Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Jürgen Jürgensen, den verhafteten SPD- Abgeordneten Kleinspehn sofort aus der Haft zu entlassen, wurde von der NSDAP-Mehrheit mit dem Zuruf abgelehnt: „Das könnte euch so passen!“²⁸⁰ Die neue Geschäftsordnung des Landtags wurde von Roland Freisler, dem späteren Präsidenten des Volksgerichtshofs in Berlin, eingebracht und war auf die Interessen der NSDAP-Herrschaft zugeschnitten. Freisler bemerkte, da wäre „nichts zu ändern, zu deuten, zu reden“ und stellte den Antrag, diese Geschäftsordnung en bloc anzunehmen; mit der NSDAP- Mehrheit geschah es auch so.

In der Landtagssitzung am 18. Mai 1933 stand die Beratung des Ermächtigungsgesetzes zur Debatte, welches der preußischen Regierung ungewöhnliche Vollmachten einräumen sollte, wie zuvor das Ermächtigungsgesetz des Reiches. Nachdem der SPD- Fraktionsvorsitzende Szil-lat die Erklärung abgegeben hatte, dass die SPD das Gesetz ablehnen werde, wurde der SPD von den Nationalsozialisten das Recht abgesprochen, im Landtag von „Freiheit und Gleichberechtigung“ zu sprechen. Der NSDAP-Fraktionsvorsitzende Kube sagte in Richtung der SPD,

²⁷⁸ <https://www.wahlen-in-deutschland.de/wlPreussen.htm> (letzter Zugriff: 27.10.2021)

²⁷⁹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 242.

²⁸⁰ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 242.

dass die von ihm geführte Mehrheit im Landtag nicht mehr gewillt sei, Provokationen der SPD hinzunehmen: „Ihre Aufgabe ist es, sich zu schämen und zu schweigen!“²⁸¹ Daraufhin riefen die NSDAP- Abgeordneten: „Raus, raus, raus!“

Die Gewerkschaftsbewegung war am 2. Mai 1933 schon zerschlagen und ging in der „Deutschen Arbeitsfront“ auf, das war für Osterroth „ein Nagel zu meinem Sarg“. Am 22. Juni 1933 wurde die Sozialdemokratische Partei verboten. Das „Gesetz gegen die Neubildung der Parteien“ außerhalb der NSDAP sah schwere Strafen für Bestrebungen zur Bildung von Parteien vor.²⁸²

Die Gesundheit von Nikolaus Osterroth hatte sich in der Zwischenzeit weiter verschlechtert, er war sehr krank. Der Arzt Dr. Callam aus Werder untersuchte ihn und fertigte ein ärztliches Gutachten an, demnach war Osterroth dauerhaft arbeitsunfähig. Am 19. September 1933 starb Nikolaus Osterroth im Alter von 58 Jahren im Kreis seiner Familie in seinem Haus in Werder. Viele Freunde und hochrangige Persönlichkeiten schrieben der Witwe und der Familie, um ihr Mitgefühl auszudrücken. Einige Textfragmente aus den Beileidsbekundungen zitiert Franz Osterroth in seinen Aufzeichnungen, zum Beispiel von Walter Poller. Der Redakteur des „Hammer“, bekundete in seinem Beileidsschreiben die Verehrung und Bewunderung, die er für Osterroth empfunden habe.²⁸³ „Besonders aufschlussreich waren die Trauerbriefe der Nichtsozialisten,“ so Franz Osterroth. Oberbergrat Benerer schrieb:

„Er war mir stets ein gütiger und wohlwollender Vorgesetzter, immer gefällig und immer bereit, aus dem reichen Schatz seiner Erfahrung und Kenntnisse mitzuteilen. Ich habe in meinem Leben nicht viel so liebenswürdige Menschen kennengelernt.“²⁸⁴

Mit Sicherheit ist anzunehmen, dass Nikolaus Osterroth durch seinen Tod einer Verhaftung durch die NSDAP entgangen ist. Es ist die Ironie seines Schicksals, dass sein Tod mit dem Ende der Weimarer Demokratie zusammenfiel. Für diese Demokratie hatte er aufopfernd gekämpft, oft auch ohne Rücksicht auf seine Gesundheit. Seine Familie war immer sein Rückhalt gewesen, schon in der Kaiserzeit hatten seine Frau und später auch die Kinder seinen Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit mitgetragen und miterlitten.

²⁸¹ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 244.

²⁸² Herbert, Ulrich: Geschichte, S. 318.

²⁸³ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 245.

²⁸⁴ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 245.

7. Schlussbetrachtungen und Fazit

Den Kampf für demokratische Freiheit und soziale Gerechtigkeit in der Kaiserzeit sowie den Aufstieg und Fall der Demokratie von Weimar am Leben und Wirken von Nikolaus Osterroth zu beleuchten, lautete die Fragestellung in dieser Arbeit. Zwar gehört dieser Zeitraum zu dem gründlich und umfassend erforschten Teil unserer Geschichte, aber aus der Perspektive des Erlebens und Wirkens eines Individuums wirkt Geschichte nicht statisch, sondern plastischer und authentischer.

Nikolaus Osterroth, der streng katholisch erzogen im wilhelminischen Obrigkeitsstaat aufwuchs, lernte schon in frühen Kinder- und Jugendtagen als Messdiener und angehender Bergmann im Tonbergbau die zutiefst ungerechten sozialen Verhältnisse in der Gesellschaft der Kaiserzeit kennen. Seine Begegnungen mit freien Gewerkschaften und Sozialdemokraten und deren politischen Ansichten zu Staat und Gesellschaft ließen ihn an seiner bisherigen kirchlichen und politischen Sozialisation zweifeln. Nachdem er Mitglied des Bergarbeiterverbandes und später Sozialdemokrat wurde, sah er sich den Anfeindungen in seiner engsten Familie, zudem von Seiten der Kirche und der Obrigkeit ausgesetzt. Für seine politische Überzeugung wurde Osterroth, wie auch viele andere Sozialdemokraten, einige Male zu Gefängnisstrafen verurteilt. Das stellte jedes Mal eine Belastung für die Familie dar, weil der Lebensunterhalt damit ungesichert war. Der Rückhalt in den Familien mit den Frauen war es aber, der die politische Arbeit der Sozialdemokraten und Gewerkschaftler entscheidend unterstützte. Sie litten sehr, so schrieb Julie Bebel, die Frau von August Bebel, an die Frau von Wilhelm Liebknecht, Natalie:

„Unsere Männer sind ja so gut und brav und haben ihre Familie sehr lieb, das werden wir gerne zugeben, aber durch die ununterbrochenen Hetzereien und Überbürdung im Arbeiten und dem fortgesetzten Kampfe mit ihren Ansichten werden sie uns immer mehr entzogen und der richtige Sinn für die Familie geht ihnen immer mehr verloren.“²⁸⁵

Als Nikolaus Osterroth am 7. Februar 1913 mal wieder eine Gefängnisstrafe antreten musste, packte er seinen Bücherkoffer wie gewohnt, nahm Abschied von der Familie, besonders innig von seiner gerade geborenen Tochter. Am 8. März sollte er entlassen werden. Zu Hause standen schon Kaffee und Kuchen auf dem Tisch. Vor dem Gefängnistor standen die zwei ältesten Söhne Osterroths und eine Schar von Sozialdemokraten, um ihn in Empfang zu nehmen. Aus dem Gefängnistor trat aber nicht er, sondern der Direktor, um den Wartenden zu verkünden, dass auf Anordnung der Staatsanwaltschaft eine weitere Untersuchungshaft verhängt worden sei. Am nächsten Tag schrieb Osterroth einen Brief an seine Frau, in welchem er seinen Seelenzustand offenbarte:

²⁸⁵ Zitiert nach: Nonn, Christof: 12 Tage und ein halbes Jahrhundert, München 2020, S. 117.

„Die Sehnsucht verzehrt mich bald und ich zähle die Minuten bis zur Entlassung. Ich habe sie so oft schon erlebt, die Freuden des Wiedersehens, aber wenn man in seinem Seelenleben so vereinsamt wird wie ich im letzten Jahr und wenn man so viele Enttäuschungen durchlebt hat mit Leuten, die einem als Kampfgefährten gegeben sind, dann wird man menschenscheu und das Bedürfnis nach Familienglück wächst. Und je mehr Kinder, desto mehr Bänder, die mein Herz umstricken.“²⁸⁶

In beiden Briefen, von Julie Bebel und von Osterroth, wird deutlich, was für einen hohen menschlichen Preis Sozialdemokraten und Gewerkschaftler und ihre Familien in der Kaiserzeit für ihre politische Überzeugung gezahlt haben.

Umfassend betrachtet stellte sich die Kaiserzeit in großer Vielschichtigkeit dar. Die industrielle Entwicklung und wirtschaftliche Dynamik waren gleichzeitig verbunden mit weitgehendem politischem Stillstand, mit demokratischen Lernprozessen und autoritärer Verkrustung, mit bahnbrechenden Sozialreformen sowie großen sozialen Konflikten.²⁸⁷ In diesen komplexen Zusammenhängen kämpfte Nikolaus Osterroth für seine Vorstellungen von Freiheit, Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Demokratie. Beispielhaft war die wissenschaftliche Befragung der Bergarbeiterfamilien im Waldenburger Revier über die sozialen Verhältnisse und sein Einsatz für die Rechte von Frauen, für die er sich so leidenschaftlich verwendete.

Der Erste Weltkrieg und die Revolution 1918 veränderten die Verhältnisse in Deutschland und Europa grundlegend. Die Hoffnungen der Sozialdemokratie, die auch Osterroth vertrat, aus Deutschland einen sozialistischen Staat zu formen, erfüllten sich nicht. Zu sehr zerstritten waren die linken Kräfte und bald auch Todfeinde, so dass es zu keiner linken politischen Mehrheit kam. Die Sozialdemokratie und mit ihr auch Osterroth wollte auch keine Revolution im Sinne der radikalen Linken, keinen grundlegenden Austausch der alten Führungseliten im Reich, in der Verwaltung und der Justiz und bei den Streitkräften, sondern setzte auf einen behutsamen Umbau der sozialen Verhältnisse im Reich unter der Wahrung von „Ruhe und Ordnung“. Das zeigen die überlieferten Stellungnahmen, die öffentlichen Aufrufe und Aktivitäten Osterroths aus diesen Monaten sehr deutlich, etwa als Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in Hamm. Der Rat der Volksbeauftragten vom 10. November 1918 bestehend aus Mitgliedern der SPD und der USPD und vom 29. Dezember 1918 nur noch aus SPD-Mitgliedern hätte auch nicht über exekutive Kräfte verfügen können, um gewaltsam etwas ändern zu können. Dazu war die sich anbahnende Demokratie bei den Kräften an den Schaltstellen der Macht in Verwaltung, Justiz und Armee zu sehr verhasst. Darüber äußert sich auch der Historiker Franz Walter in seinem Buch. Es sei unter Historikern mittlerweile gang und gäbe, „die Sozialdemokraten für ihre Versäumnisse während 1918/ 19 zu schelten“. Diese hätten die Zeit zwischen

²⁸⁶ GStAPK: NL Osterroth, Nr. 1, unveröffentlichte Materialsammlung zusammengestellt und verfasst von seinem Sohn Franz, S. 54.

²⁸⁷ Nonn, Christof: 12 Tage und ein halbes Jahrhundert, S. 11.

dem Sturz der Monarchie und den Wahlen zur Nationalversammlung nicht hinreichend genutzt, um die „antidemokratischen Kräfte des alten Obrigkeitsstaates“ dauerhaft zu entmachten. Dazu hätten die Schwerindustriellen enteignet werden müssen, ebenfalls die Rittergutsbesitzer im Osten. Dringend erforderlich wäre es auch gewesen, die Verwaltung zu demokratisieren und das Militär zu republikanisieren. Der Weimarer Republik wäre damit ein „stabiles Fundament verschafft worden“. ²⁸⁸ Franz Walter relativiert die Denkrichtung indem er den Sozialdemokraten zu Gute hält, dass zwischen dem Ende der Monarchie und den Wahlen zur Nationalversammlung gerade nur zwei Monate lagen. In diesen wären ein so radikaler Umbau des Staates ohne starke Verluste in der deutschen Wirtschaft, das heißt noch größere Not für die Bevölkerung, die Erneuerung des Führungspersonals in Verwaltung und Militärwesen nicht möglich gewesen. Vor allem das Leid der Bevölkerung war für Osterroth der wichtigste Grund, die erste Priorität im Winter 1918/19 auf die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu legen, um die Not der Menschen nicht noch zu vergrößern, einen Bürgerkrieg zu vermeiden und die notwendige breite Legitimation für die von ihm gewünschte neue politische Ordnung zu erlangen. In den folgenden Wahlen erreichten die Sozialdemokraten niemals eine absolute Mehrheit. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Mehrheit der Deutschen einen revolutionären Umbau des Staates nicht hingenommen hätte. ²⁸⁹ Osterroth litt, wie in dieser Arbeit gezeigt werden konnte, unter dem Ausgang der Wahlen, er zog es jedoch nie in Betracht, seine politischen Ziele anders als auf demokratischem Weg zu verfolgen. In zahlreichen Reden im preußischen Landtag wandte er sich als Bergarbeitervertreter rhetorisch geschickt gegen radikale Strömungen von links und von rechts. Es war immer Osterroths Auffassung, wie für alle gemäßigten und revisionistischen Sozialdemokraten, dass sich nur mit Ruhe und Ordnung soziale und wirtschaftliche Probleme lösen lassen.

Schon bald stand er, wie die Sozialdemokraten allgemein, im Kreuzfeuer von Kommunisten und rechten Kräften. So blieb es während der ganzen Zeit der Weimarer Republik. Nikolaus Osterroth hatte seine politischen Gedanken und Vorstellungen 1920 unter dem Titel „Wir und USPD“ im „Vorwärts“ veröffentlicht und auf das Dilemma der Spaltung der linken Kräfte im Reich hingewiesen, eine Beobachtung, die zahlreiche Geschichts- und Politikwissenschaftler in den folgenden Jahrzehnten teilen sollten. Ebenfalls 1920 veröffentlichte Osterroth eine Schrift zum immer stärker werdenden Antisemitismus in Deutschland. Unter dem Titel „Der Jude wird verbrannt“ geißelte er den Antisemitismus und den Rassismus allgemein und verurteilte die deutschnationalen Reaktionäre wegen ihrer jüdenfeindlichen Gesinnung. Heute, nach mehr als einhundert Jahren, hat Osterroths Haltung nichts von ihrer Aktualität verloren.

Als Gewerkschafter vertrat Osterroth im Preußischen Landtag die Rechte der Arbeitnehmer, insbesondere die Interessen der deutschen Bergleute, aber auch als Vorstandsmitglied der Preußag die Anliegen des Bergbaus. Vehement sprach er sich für die Zugehörigkeit der Gewerkschaften zu den Arbeitsgemeinschaften mit den Arbeitgebern aus, was durchaus als ein

²⁸⁸ Walter, Franz: Die SPD, S. 71.

²⁸⁹ Walter, Franz: Die SPD, S. 71.

Vorläufer der heutigen Organisation der Beziehung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern angesehen werden kann. In jedem Fall stellte diese Konstellation eine Demokratisierung der Arbeitswelt und eine betriebliche Mitbestimmung dar, wie es Osterroth in seiner Position als Personaldirektor und Mitglied des Preußag- Vorstandes verkörperte.

Nach den Zeiten der Putsche von rechts und links, den politischen Morden, dem Zusammenbruch der Währung und der Wirtschaft, durch außen- und innenpolitische Konflikte beruhigte sich ab 1924 die Lage in der Weimarer Republik.²⁹⁰ Es formierten sich allerdings die politischen Kräfte rechts und links der demokratischen Mitte, die nach wie vor die Demokratie in Frage stellten. Die Aktivitäten dieser Gruppen spiegelten sich in den Parlamentsdebatten, in der Presse und durch militante Auseinandersetzungen auf der Straße vor allem seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise wider, nachdem die Weimarer Republik in ihren mittleren Jahren erste Erfolge hatte feiern und weniger krisenhafte Zeiten genießen können.

Nikolaus Osterroth war am Ende der Weimarer Republik schon sehr krank und arbeitsunfähig und schied als Vorstandsmitglied bei der Preußag aus. Am 19. September 1933 starb Nikolaus Osterroth im Alter von 58 Jahren nach einem opfer- und kampferprobten Leben als Gewerkschafter und Sozialdemokrat. An seinem Leben lassen sich exemplarisch die politischen und gesellschaftlichen Umbrüche und Entwicklungen seiner Zeit aufzeigen, von der Kaiserzeit über die Weltkriegszeit und durch die Zeit der Weimarer Republik. Persönlich war sein Leben erfolgreich, vom Bergmann entwickelte er sich zu einem hoch angesehenen Politiker, Gewerkschafter und Personaldirektor. Die Werte, für die er unter Entbehrungen gekämpft hatte, Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie, gingen 1933 unter. Ganz offensichtlich waren die Deutschen in ihrer Mehrheit für die Demokratie nicht reif. Die vierzehn Weimarer Jahre waren, das muss man allerdings auch berücksichtigen, für die junge Republik durch äußere und innere Belastungen geprägt. Die demokratischen Parteien waren nicht fähig oder willig, wirksame Koalitionen einzugehen, um diese Herausforderungen zu bewältigen. Wie enttäuschend diese Umstände für Osterroth gewesen sein müssen, wissen wir nicht. Aber es ist zu vermuten, dass sein früher Tod im Zusammenhang mit den Belastungen seines Wirkens stand.

Wir, die in sicheren demokratischen und wirtschaftlichen Verhältnissen leben, für die Osterroth zeitlebens kämpfte, müssen uns immer wieder daran erinnern, wie fragil Freiheit und Demokratie sind, dass sie nicht selbstverständlich sind und ohne persönliches Engagement nicht dauerhaft Bestand haben werden. Osterroth ein bescheidenes Denkmal zu setzen und sein Leben in Erinnerung zu rufen, ist ein Beitrag zur Erinnerungskultur, ohne die sich Politik nicht entwickeln kann. Die Preußag würdigte Osterroth als Sozialdirektor und Vorstandsmitglied und die Stadt Dortmund benannte in den 1960iger Jahren im Stadtteil Eving eine Straße, den Osterrothweg, nach ihm, um dauerhaft an ihn zu erinnern.

²⁹⁰ Büttner, Ursula, Weimar, S. 338.

8. Quellen- und Literaturverzeichnis

Primärquellen

Archivarische Quellen:

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz

- VI, HA. Nachlass Osterroth Nr. 1, Materialsammlung verfasst und zusammengestellt von seinem Sohn Franz
- VI, HA. Nachlass Osterroth Rep. 92, Dokumente, Zeitungsartikel, Gerichtsakten u. A.

Gedruckte Quellen:

- Osterroth, Nikolaus: Vom Beter zum Kämpfer, Berlin 1980, 2. Auflage.
- Müller-Lyer, Franz-Carl: Die Entwicklungsstufen der Menschheit. Eine systematische Soziologie in Überblicken und Einzeldarstellungen, mehrere Bände München 1908ff.
- Severing Carl: Im Wetter- und Watterwinkel, Bielefeld 1927

Quellen im Internet:

- Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrats in Hamm: [https://www.hammwiki.info/wiki/Arbeiter- und Soldatenrat](https://www.hammwiki.info/wiki/Arbeiter-und_Soldatenrat), letzter Zugriff 06.03.2021.
- Erfurter Programm der SPD 1891: https://erfurt-web.de/Text_Erfurter_Programm, (letzter Zugriff: 28.8.2020)

Sekundärliteratur:

Gedruckte Literatur:

- Brunner, Otto, u. A. (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart 1972, darin: Artikel „Demokratie“.
- Büttner, Ursula: Weimar, Die überforderte Republik 1918- 1933, Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 729, Bonn 2010.
- Engelmann, Bernt: Vorwärts und nicht vergessen, München 1988, 1. Auflage.
- Franke, Klaus Dieter: Die Zeit der Weimarer Republik, in: Catenhusen, Wolf-Michael, Franke, Klaus Dieter (Hrsg.): 100 Jahre SPD in Münster, 1878- 1978, Münster 1978.
- Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, Sonderausgabe München 2017.
- Hohorst, Gerd, u. A.: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 2 1870- 1914, München 1978, 2. Auflage.

- Lange, Jürgen: Die Schlacht bei Pelkum, Legenden und Dokumente im März 1920, Essen 1994.
- Nonn, Christoph: 12 Tage und ein halbes Jahrhundert, München 2020.
- Oschilewsky, Walther: Ein Mann vor Ort. Zum 100. Geburtstag von Nikolaus Osterroth, in: Die Neue Gesellschaft (1975), Nr. 22, S. 328-330.
- Schäfer, Peter: Walter Poller, Lebenslanges Eintreten für Demokratie und Gerechtigkeit, in: Jüttemann, Veronika (Hrsg.): Helden und Außenseiter. Zur Geschichte des Nationalsozialismus in Westfalen nach 1945, Münster 2018.
- Walter, Franz: Die SPD, Biographie einer Partei, Reinbeck 2018.

Graue Literatur:

- Blaschke, Olaf: Tischvorlage zur Vorlesung WWU Münster WS 19/20, Einführung in die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Übersicht 3, basierend auf: Nonn, Christoph: Das 19. und 20. Jahrhunderts, Paderborn 2007, S. 151

Literatur im Internet:

- Artikel: Freymuth, Arnold: https://de.wikipedia.org/wiki/Arnold_Freymuth, letzter Zugriff vom 26.01.2021.
- Artikel: Hoffmann, Adolf: https://de.wikipedia.org/wiki/Adolph_Hoffmann , letzter Zugriff: 26.10.2021.
- Artikel: Montanmitbestimmungsgesetz: <http://www.wirtschaftslexikon24.com/d/montanmitbestimmungsgesetz/montanmitbestimmungsgesetz.htm>, letzter Zugriff: 26.10.2021.
- Artikel: „Novemberverbrecher“: <https://de.wikipedia.org/wiki/Novemberverbrecher> , letzter Zugriff 29.03.2021.
- Artikel: Popp, Adelheid: https://de.wikipedia.org/wiki/Adelheid_Popp, letzter Zugriff 25.10.2021.
- Stier, Bernhard: Zeitreise. 75 Jahre Preußag. Ein Unternehmen im Wandel, in: Magazin Preußag profile: Sonderausgabe September 1999, S. 6- 7, https://www.tu-igroup.com/damfiles/default/konzern/geschichte/profile_sonderausgabe_1999-ef457733e3cc0e5f2fd5a9909063bc85.pdf letzter Zugriff 10.08.2021.
- Wahlergebnisse Preußischer Landtag: <https://www.wahlen-in-deutschland.de/wlPreussen.htm> , letzter Zugriff: 27.10.2021.